

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1984.

Arbeiter! Rüstet zur Maifeier!

Gefährlicher Uebermut!

Die Gontentottenwahlen haben den Herrschenden gar mächtig den Kamm schwellen lassen. Daß sich eine Million von Wählern fand, die sich durch die Dernburgsche Kolonialpropaganda und die Liebertsche Reichslägerverbandshege für den Gontentottenblock an die Wahlurne schleppen ließ, kam der Reaktion selbst so überraschend, daß ihr ehemaliger Pessimismus einem förmlichen Uebermut gewichen ist. Wenn es möglich war, trotz der unsummen Geißelschleuderung für Südwestafrica und der Kolonialstandale einen Gontentottenblock nicht nur für die Wahlkampagne zusammenzubringen, sondern den Freisinn bis zur äußersten bürgerlichen „Demokratie“ durch die perverse konservativ-liberale Paarung in eine Heeres-, Marine- und Kolonialbegeisterung zu versetzen, wie sie ehe- dem nicht einmal die Nationalliberalen aufzubringen vermocht hätten — muß freilich der junckerlich-militaristischen Reaktion alles möglich und alles erlaubt scheinen! So hielt es denn auch die Regierung, die sich sonst bei den Militärdebatten in die Defensive gedrängt sah, für opportun, diesmal forsch und fest zur Offensive gegen die Sozialdemokratie überzugehen. Herr v. Einem, der, wie man behauptet, seine Ministerwürde einem Jitai zu danken hat, gefiel sich geradezu im „Niederreiten“. Göttlich unbefangene wie Dernburg und an Kasernenwägen mit einem Oldenburg-Januskaum um die Palme streitend, ritt er gegen die Sozialdemokratie in die Schranken. Und die Blodmehreheit sorgte dann durch prompten Debatte-schluf dafür, daß die gebührende Antwort aufgeschoben werden mußte.

Was Herr v. Einem niedergedrückt hat, war freilich nicht die Sozialdemokratie, sondern geschichtliche Tatsachen, militärische Erfahrungen und der gesunde Menschenverstand. Der Kriegsminister behandelte nach dem schlechten alten Vorbild aller Samaschknöpfe wieder einmal die Milizidee mit souveränem Spott. Gegen die von Vebel zitierten Urteile von Fachleuten über die militärische Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der schweizerischen Miliz wußte er nichts vorzubringen, als die alten, hundertmal widerlegten Legenden von der Unzulänglichkeit der französischen und amerikanischen Volkshere, die einfach „Banden“ gewesen seien. Aber selbst wenn diese abgeschmackte Behauptung ebenso richtig wäre, wie sie falsch ist: was beweist das gegen die Forderung der Volkshere im sozialdemokratischen Sinne? Diese Volkshere soll ja aus militärisch geschulten, disziplinierten Mannschaften bestehen. Aus Mannschaften, denen eine militärische Jugend-erziehung einen viel höheren Grad wahrhaft militärischer Ausbildung verleihen soll, als sie das heutige stehende Heer besitzt.

Aber Herr v. Einem weiß nur zu gut, warum er die Forderungen der Sozialdemokratie ignoriert und entstellt und auf einem selbstkonstruierten Popanz herumprunkt. Er weiß, warum er gegen die Sozialdemokratie die erschreckliche Anklage erhebt, sie wolle den militärischen Geist untergraben und dadurch die deutsche Nation wehrlos machen. Das klingt so hübsch nach Hochverrat und ist so trefflich geeignet, alle Angstphylister nach Liebert'schem Rezept gegen die vaterlandslose Rote aufzuputtsen!

Schade nur, daß diese Manier der Sozialistenvernichtung schon etliche Jahrzehnte alt ist. Ist doch auch die Forderung der Erziehung des stehenden Heeres durch eine Volkshere so alt, wie die Sozialdemokratie selber! Die Entbedung des Herrn v. Einem, daß die Sozialdemokratie das System des heutigen Militarismus bekämpft, ist deshalb wirklich nicht gerade neu!

Selbstverständlich bekämpfen wir das System des heutigen Militarismus! Wir bekämpfen es, weil es erstens die Wehrhaftigkeit der Nation nicht zur vollen Entfaltung bringt, und zweitens, weil es durch und durch antidemokratisch, antikulturell und volksfeindlich ist!

Das Wesen unseres heutigen Militarismus besteht ja erst in zweiter Linie in der Erziehung zur Wehrhaftigkeit; sein A und O ist vielmehr die Erziehung zur unbedingten Disziplin, zum „Kadavergehorsam“. Selbstverständlich ist kein Wehrsystem ohne Disziplin denkbar. Aber diese Disziplin soll die Einsicht in die Notwendigkeit freiwilliger Unterordnung sein. Die Disziplin unseres heutigen Militarismus dagegen hält nichts von dem moralischen Faktor; als einziges Mittel zur Erreichung der Disziplin erachtet sie den eisernen Zwang, die völlige Unterordnung des Individuums. Der Vorgesetzte soll seine Leute völlig „in der Hand haben“. Der militärische Organismus soll funktionieren wie eine Maschine. Und zur Erziehung solcher Disziplin hält man alle die Eigentümlichkeiten

unseres Militarismus für notwendig: den Samaschendriß, den Parademarsch, all die unendlich zeitraubenden Exekutionen, die mit der wirklichen Gefechtsausbildung nicht das mindeste zu tun haben. Dieser Drill soll eben Mittel zum Zweck sein, das Mittel, die Mannschaften zum unbedingtesten Gehorsam zu erziehen, sie in jeder Lage völlig „in der Hand zu haben“.

Dies Festhalten an den Traditionen des alten Wehrsystems wäre freilich unerklärlich, wenn es sich nur um die Bekämpfung des äußeren Feindes handelte. Denn selbst Wilhelm II. hat ja zugegeben, daß nicht nur auch ein Nichtchrist ein ausgezeichnete Soldat sein könne, sondern daß man sogar ohne Parademarsch siegen könne. Man hält eben so unbedingtesten fest an den Traditionen des altpreußischen Systems, weil man das stehende Heer auch als Bollwerk gegen den „inneren Feind“ betrachtet. Dazu genügt freilich nicht die Erziehung zu höchster Wehrhaftigkeit, zu kriegerischer Disziplin, dazu bedarf man allerdings jener Disziplin, jenes unbedingten Gehorsams, den unser heutiges Militärsystem den Mannschaften durch alle Mittel des Drills und eines drakonischen Strafsystems einzuschleichen sucht.

Daß sich aber unter solchen Umständen das deutsche Proletariat jemals mit dem herrschenden kapitalistischen Militärsystem befreunden könnte, ist völlig ausgeschlossen. Und an dieser Tatsache werden weder liberale Lockungen noch Einemische Kapuzinaden das allergeringste ändern.

Unsere beiden Fraktionsredner haben ja klar und deutlich die Mittel genannt, durch die die nichtbesitzende Klasse einzig mit dem Wehrsystem ausgeöhnt werden kann: die Verkürzung der Dienstzeit, die Preisgabe des Kadavergehorsams, die Demokratisierung des Offizierskorps und der ganzen Heeresorganisation. Ist so das Heer in eine Volkshere verwandelt und zu einem organischen Gliede des demokratisierten Volkskörpers geworden, so wird auch das Proletariat die Mittel für ein solches Wehrsystem bewilligen. Aber auch nur dann!

Unsere Herrschenden und unsere Herren Militärs sollten sich aber auch nicht allzu siegesicher fühlen. Auch der eiserne Drill findet seine Sgrante an der Kuffürung und dem Klassenbewußtsein des erstarkenden Proletariats. Und trotz der Gontentottenwahlen hat ja die Sozialdemokratie 250 000 Stimmen gewonnen! Die Gespensterrufschrei vor Kasernenagitation und ähnlichen kleinlichen Mitteln, auf die die Sozialdemokratie gern verzichten kann, ist ebenso tödlich wie das übermütige Pochen auf die momentane Macht. Die Verbreitung der sozialistischen Weltanschauung, des Gefühls der persönlichen Würde und der Erkenntnis des proletarischen Klassenkampfes lockert langsam, aber sicher das Fundament der bürgerlichen Klassenherrschaft, und damit auch des auf der Klassenherrschaft beruhenden heutigen Militarismus.

Die heutigen Machthaber handeln deshalb nur in ihrem eigenen Interesse, wenn sie rechtzeitig dem Drängen der Massen Rechnung tragen. Vollends unverständlich ist es uns aber, woher man den Mut nimmt, gerade in einem Augenblick das deutsche Proletariat im Rücken zu brüskieren und seine Forderungen in der leichtesten Weise zu verhöhnen, wo gewisse Kreise keinen sehnlicheren Wunsch zu haben scheinen, als einen internationalen Kriegsbrand zu entfachen! Auch wenn von solch unerhört frivolem Treiben keine augenblickliche Gefahr droht, früher oder später könnte sich dieser chaubini'sche Tobsuchtsanfall bitter rächen! Und ist man wirklich so unfähig verblendet, zu wähnen, es sei ganz einerlei, ob das Volk in Waffen ins Feld zieht im Gefühle seines nationalen Rechts — oder aber in innerlicher Empörung über eine herrschende Clique, deren Uebermut Hunderttausende von Menschenleben geopfert werden sollen?!

Sieg in Glauchau-Weerrane.

Glauchau, 26. April. (W. T. V.) Bei der heute stattgehabten Reichstagsersatzwahl im 17. sächsischen Wahlkreise (Glauchau-Weerrane) erhielt Dr. Glanz (natl.) 12 710, Mollenbühr (Soz.) 17 165 Stimmen; Mollenbühr ist somit gewählt. Mit hin haben wir bei der heutigen Wahl 490 Stimmen gewonnen und der Gontentottenblock 744 Stimmen verloren.

Der beispiellos heiße Wahlkampf im 17. sächsischen Wahlkreise hat trotz aller Anstrengungen der Gegner mit dem Siege Mollenbührs geendet. Das Erbe Kuers ist der Sozialdemokratie gewahrt geblieben!

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgeliebene Kolonial-
getrie oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Beleg-
und Veranlassungs-Kingigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg., Stellegenheute und Schlo-
stellen-Kingigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über
10 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Hauptwahl vom 25. Januar d. J. hatte auch in Glauchau-Weerrane im Zeichen der Gontentottenwahl gestanden. Es war den koalitierten Gegnern gelungen, die Wahlbeteiligung kolossal zu steigern, von 79,4 Prozent auf 98 Prozent. Die Stimmengahl der Gegner wuchs denn auch ganz erheblich, von 7392 auf 13 454 nationalliberale Stimmen, während die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sich leider von 18 349 auf 16 675 verminderte.

Da seit der Hauptwahl erst drei Monate verstrichen, war von vornherein nicht zu erwarten, daß sich bei der Ersatzwahl ein wesentlich anderes Bild ergeben werde. Das war um so weniger zu erwarten, als diesmal von den Gegnern unter Führung des Reichslägerverbandes die Agitation noch ungleich intensiver betrieben wurde, als vor dem 25. Januar. Die reichsverbändlerisch organisierte Gegnerschaft beschränkte sich diesmal nicht nur auf Hebreden und massenhafte Verbreitung von Seh- und Flugschriften, sondern sie schuf sich mit staupeleser Offenheit ihre Sprengkolonnen, um dadurch die ohnehin so beschränkte Versammlungsfreiheit der Sozialdemokratie völlig zu vereiteln. Hinzu kommt, daß für diese Ersatzwahl die alten Wählerlisten maßgebend waren, wodurch die weniger seghafte proletarische Bevölkerung wesentlich in erster Linie benachteiligt wurde.

All diese schädigen Mittel haben jedoch nicht verfangen. Die proletarischen Kerngruppen haben sich durch alle Tricks nicht demutieren lassen. Als Nachfolger unseres untergebliebenen Kuers kommt nun Genosse Mollenbühr in den Reichstag, der bewährte parlamentarische Sachwalter der Arbeiterchaft, der beste Kenner der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Sieg in Glauchau-Weerrane — vorwärts allerwege!

Die „Reform“ der Majestätsbeleidigung.

Der schon seit gerauem angekündigte Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. Er lautet:

Für die Verfolgung und Bestrafung der in den §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen gelten nachstehende Vorschriften:

Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird.

Die Verfolgung tritt, sofern die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein; für den Bereich der Militärstrafgerichtsbarkeit ist nur in Friedenszeiten die Genehmigung erforderlich, und steht deren Erteilung der Militärjustizverwaltung zu.

Die Verfolgung verfährt in sechs Monaten. Ist die Strafbarkeit nach Absatz 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung.

Die Aenderung des bisherigen Zustandes besteht zunächst darin, daß die Beleidigung als Majestätsbeleidigung nur dann geahndet werden soll, wenn sie „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ begangen wurde. Das dürfte von vornherein den Majestätsbeleidigern Straffreiheit sichern, deren „monarchische Gesinnung“ über jeden Zweifel erhaben ist, also den Angehörigen der „staatsverhaltenden“ Parteien. Von der Verfolgung solcher Majestätsbeleidigungen, die ja nicht öffentlich, sondern am Stammtisch und im vertrauten Kreise zu fallen pflegen, hat man freilich auch bisher wenig gehört. Vielleicht wird man allerdings auch gelegentlich armen Teufeln eine unbedachte Aeußerung als nicht durch „Böswilligkeit“ eingegeben zugute rechnen. Zumal die Verfolgung künftig bei nicht öffentlichen Beleidigungen nicht von dem Ermessen eines überertrigen Staatsanwalts, sondern von der Genehmigung der Landes-Justizverwaltung abhängen soll.

Eine weitere Neuerung ist die allgemeine Bestimmung, daß die Majestätsbeleidigungen künftig in sechs Monaten verfahren sollen, eine Bestimmung, die bisher nur für die Presse galt, die ja tagtäglich, soweit wenigstens die sozialdemokratische Presse in Frage kommt, von der Staatsanwaltschaft gewissenhaft nach intrinseerlichen Dingen durchstöbert zu werden pflegt. Die Begründung des Gesetzentwurfs besagt, daß dadurch gehässiger Denunziantentum und persönlicher Nachsucht gesteuert werden solle.

Uebrigens soll nach dem letzten Absatz auch dann, wenn keine „böswillige“ oder „vorbedachte“ Beleidigung vorliegt, den Beleidigten das Recht eingeräumt sein, durch persönlichen Strafantrag ein Verfahren wegen Beleidigung herbeizuführen.

Die Sozialdemokratie wird von diesen Neuerungen keinen Vorteil haben. Bei Sozialdemokraten wird man wahrscheinlich die „Böswilligkeit“ und den „Vorbedacht“ bei ihrer demokratischen Gesinnung ohne weiteres voraussetzen! Das sagt zu allem Ueberflus auch ganz ungeschminkt die Begründung selbst:

„Die Gründe, die für die Einführung der Genehmigung bei der Verfolgung nicht öffentlich begangener Majestätsbeleidigungen sprechen, treffen auf die Fälle von Beleidigungen, die in der Öffentlichkeit vor sich gehen, nicht zu. Abgesehen davon, daß diese Fälle in der Regel ohne Denunziation zur Kenntnis der Behörde gelangen, werden sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl vermöge der dabei obwaltenden, gegen die monarchischen Einrichtungen sich richtenden und öffentlich kundgegebenen Intention das Staatsinteresse so sehr berühren, daß eine Verfolgung der Genehmigung zur Strafverfolgung nicht in Frage kommen kann.“

Die ganze Vorlage stellt sich also im wesentlichen um ein neues Ausnahmengesetz gegen den „Umsturz“ dar! Das war ja auch vorauszusehen!

Das ganze Ergebnis dieser „Reform“ ist schließlich nur die drollige Tatsache, daß bei Monarchisten künftig die Majestätsbeleidigungen straflos sein sollen!

Die Denkschrift über die Bestrafung der Altvahauptlinge.

Bekanntlich hatte im Jahre 1906 der Altvahauptling Dika Alwa nebst einer Anzahl Unterhauptlinge eine Beschwerdeschrift über das Puttkamerische System in Kamerun an den Reichslanzler und den Reichstag gerichtet. Diese Beschwerdeschrift wurde von der Regierung dem damaligen Gouverneur von Kamerun, Jesso von Puttkamer, überandt. Die Beschwerdeführer wurden daraufhin sofort verhaftet. Nach elfstägiger Verhandlung wurden sie dann wegen Beleidigung der kameruner Behörden zu Gefängnisstrafen von 9, 7, 3 Jahren bis herab zu 1½ Monaten verurteilt! Die Kolonialdebatten führten zu einer erneuten Verhandlung, die zur Herabsetzung der Strafen auf durchschnittlich 5 Monate Gefängnis führte.

Die Denkschrift über das Ergebnis der Untersuchung in der Angelegenheit ist nunmehr dem Reichstag in Gestalt einer Denkschrift von 72 Seiten zugegangen. Wir behalten uns eine eingehendere Würdigung der Denkschrift vor und erörtern vorläufig nur zur Charakteristik des kameruner Systems die Darlegungen über den Punkt 1 der Beschwerde.

Vorausgesetzt sei, daß in diesem Punkte von der zweiten Instanz eine Beleidigung nicht erblickt wurde. Gleichwohl enthalten die Auslassungen der Denkschrift gerade über diesen Punkt ungemein viel Interessantes.

Die Alwa-Leute beschwerten sich, daß sie bei der hiesigen Umgestaltung der „Stadt“ Duala 1. durch unbezahlte Zwangsarbeit, 2. durch ohne Schadenersatz erfolgte Zerstörung von 370 Häusern, von Gärten und Fruchtbäumen geschädigt worden seien. Den Well-Leuten sei die Arbeit bezahlt und ihr Schaden vergütet worden, ihnen nicht.

Was sagt nun dazu die Denkschrift?

Sie gibt zu, daß den Well-Leuten tatsächlich aus Staatsmitteln für den Abbruch ihrer Hütten Entschädigungen gezahlt worden seien — freilich nur „bis das Geld ausging“.

Sie gibt zu, daß den Alwa-Leuten 370 Hütten, ferner Gärten und Fruchtbäume ohne Schadenersatz zerstört worden sind.

Sie gibt zu, daß nach den Bestimmungen der Kolonialgesetzgebung die Enteignung der Eingeborenen nur gegen volle Entschädigung erfolgen durfte, daß aber diese Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Man habe wohl die Eingeborenen für den ihnen genommenen Grund und Boden entschädigt, nicht aber für den Verlust an Häusern, Gärten und Fruchtbäumen! Und das, obwohl die Eingeborenen gezwungen wurden, sich unter größerem Aufwand an Arbeit und Kosten ihre Häuser nach den behördlichen Vorschriften wieder aufzubauen.

Sie gibt zu, daß irgend welche Bestimmungen über Zwangsarbeit der Eingeborenen nicht existieren. Sie meint aber, daß durch solche Zwangsarbeit die „faulen“ Eingeborenen nur zur Arbeit erzogen würden. Auch behauptet sie, solche Arbeitsleistung stelle nur einen Modus der Besteuerung dar. Zu gleicher Zeit aber konstatiert sie, daß die Alwa-Leute von der Zwangsarbeit dispensiert worden seien, um durch Eigenarbeit die Steuern aufbringen zu können!

Sie gibt zu, daß die öffentlichen Zwangsarbeiter wegen „Trägheit“ usw. körperlich geächtigt oder sonst bestraft worden seien, da ja den Bezirksamtströmern und Stationsleitern das Recht zustehe, auch in einem privaten Dienstverhältnis stehende Farbige auf die Beschwerde ihrer Arbeitgeber hin prägen oder — bis zu 14 Tagen — in Ketten legen zu lassen!

Das alles widerzuehrt den Alwa-Leuten! Entweder entgegen bestimmten Vorschriften oder auf Grund willkürlicher Anordnungen! Als sie sich aber beschwerten und sich „beleidigender“ Ausdrücke bedienten, flogen sie ins Loch!

So machten die kameruner Behörden moralische Eroberungen unter den Eingeborenen! —

Ein Opfer des Militarismus.

Anfangs vorigen Jahres verursachte in Berlin die verhängnisvolle Flucht des Dragoners Peters von der 4. Eskadron des 2. Garde-Drägerregiments allgemeines Aufsehen. Die Vorgänge, die der Flucht vorausgingen, waren kurz folgende: In der Nacht zum 3. Februar war der Dragoner Peters in angetrunkenem Zustande aus einem Lokal in der Bacterwaldstraße herausgekommen. Inoffiziell ging er an dem Sergeanten Jahr vom Franz-Grenadierregiment vorüber, ohne ihn zu grüßen. Der Sergeant rief den Dragoner an, doch dieser antwortete nicht, sondern lief davon. Der Vorgesetzte eilte hinter ihm her und erreichte ihn auch. P. versuchte sich nun loszureißen und stieß J. vor die Brust. Auf die Frage des Vorgesetzten, wie er heiße, antwortete er „Knoblauch“. Zwischen dem Vorgesetzten und dem Untergebenen entstand schließlich ein kurzes Ringen. Mit Mühe konnte dann J. den sich Widerstrebenden nach der Wache der Franz-Kajette transportieren. Noch im Portal des Kaserneneingangs versuchte der Dragoner zu entfliehen. Auf der Wache endlich kam er zur Ruhe. Vor seinen Augen mußten dann die Grenadiere, die ihn zur südlichen Arrestanstalt transportieren sollten, die Gewehre scharf laden und P. wurde auf die schweren Folgen einer etwaigen Flucht aufmerksam gemacht. In der Prinz August von Württembergstraße ergreift der Arrestant plötzlich die Flucht und lief in die Hasenhöhe hinein. Beinahe riefen die eskortierenden Grenadiere „Halt“, aber vergeblich. Da trachten kurz hintereinander vier Schüsse und mit einem Auffschrei brach der Flüchtling zusammen. Eine der Kugeln hatte ihm eine Rippe zerschmettert und eine zweite die Weinschäufel zertrümmert. „Ihr seid mir nette Kameraden!“ diese Worte rief der Schwerverwundete den hinzueilenden Soldaten zu. Lange Zeit schwebte P. im

Garnisonlazarett zwischen Tod und Leben. Heute ist er ein Krüppel. Am 28. Mai wurde er vor das Kriegsgericht der Garde-Kavalleriebrigade gestellt und wegen Ungehorsams, Verlegen eines Vorgesetzten, Widersehung und Beharrens im Ungehorsam zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr und vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Urteils hatten sowohl der Angeklagte als auch der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Der erstere bat um Freisprechung in einem Punkte der Anklage, der letztere forderte Verurteilung des Angeklagten wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten und Erhöhung der Gesamtstrafe. Am 26. Juni verhandelte das Oberkriegsgericht des Garde-Korps gegen P. Es kam zu dem Beschluß, die Sitzung zu vertagen und den Angeklagten auf seinen Geisteszustand hin beobachten zu lassen. P. war inzwischen längere Zeit in der Charité und im Garnisonlazarett untergebracht. Gestern fand nun eine erneute Verhandlung vor dem erwähnten Oberkriegsgericht statt. Es handelte sich hauptsächlich darum, festzustellen, ob bei dem Angeklagten der Schutz des § 51 des Reichs-Strafgesetzbuches Anwendung finden könne. Das Gericht hat eine ganze Reihe

ärztlicher Sachverständigen-Gutachten eingefordert. Ein von zwei Oberstabsärzten eingegangenes Gutachten geht dahin, daß der Angeklagte infolge der erlittenen Krankheiten und des genossenen Alkohols nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Ein vom Generalarzt eingefordertes Obergutachten besagt gleichfalls, daß P. unzurechnungsfähig gewesen sei, und ebenso schließt sich in diesem Sinne ein Gutachten an, das vom wissenschaftlichen Senat der Kaiser Wilhelm-Akademie abgegeben war. Geheimrat Kraus von der Charité, der gestern als Sachverständiger geladen war, bekundete, daß sich der Angeklagte in einem Dämmerzustand befunden habe. P. stamme aus einer Epileptikerfamilie, und solche Menschen würden schon bei geringem Alkoholenuss in Dämmerzustände verfallen. Der ebenfalls als Sachverständiger vernommene Stabsarzt Dr. Stier kam in seinem ausführlichen Gutachten zu dem Schluß, daß sich P. in einem Rauschzustand befunden habe, der gänzlich anders sei als der Rauschzustand des vollsinnigen Menschen. Er habe den Grad der Trunkenheit erreicht, den der § 51 des Reichs-Strafgesetzbuches fordere. Das Urteil gegen P. lautete auf ein Jahr und einen Tag Gefängnis. Das Oberkriegsgericht wird für den Angeklagten ein Gnadengesuch einreichen. (Warum da erst die Verurteilung?)

Ob man auch dem Krüppel wieder gesunde Knochen geben kann?

Zu den bayerischen Landtagswahlen

wird uns aus Nürnberg geschrieben:

Am 31. Mai wählt das bayerische Volk zum ersten Male seinen Landtag vermittelst der direkten Wahl. Neben manchen Vorzügen enthält das neue Wahlgesez eine Reihe von Mängeln, die das alte Gesez nicht kannte und die eine hochwohlweise Interpretationskunst zu einem Wahlschickenspiel zu benutzen suchte. Das alte Gesez forderte z. B. 3-jährige Steuerleistung, während im neuen Wahlgesez eine einjährige Steuerleistung verlangt wird. Diese Bestimmung ist im Regierungsbezirk Oberfranken so ausgelegt worden, als ob nur derjenige wählen dürfe, der seine Steuer für das erste Semester 1907 gezahlt habe. Nun sind aber eine große Anzahl Personen gar nicht in der Lage, ihre Steuern schon bis zum Schluß der Wählerliste — 10. Mai 1907 — zahlen zu können — nicht weil sie nicht wollen, sondern weil ihre Zahlungstermine später gelegt sind und die Rentämter keine Verpflichtung haben, Steuern vor dem Fälligkeitstermin anzunehmen. Das Staatsministerium hat jedoch diese Auslegung, die von der oberfränkischen Regierung als korrekt bezeichnet wurde, für unrichtig erklärt. Es genügt nach seiner Auslegung, wenn die Steuer für das zweite Semester 1906 entrichtet ist. Weiter enthält das neue Gesez die Bestimmung, daß der Wähler seine Stimme nur dort abgeben darf, wo er wohnt. Davon werden besonders die großen Städte mit mehreren Wahlkreisen benachteiligt. Verzieht ein Wähler während der Zeit vom Schluß der Wählerliste bis zum Wahltag in einen anderen Kreis, so geht er seines Wahlrechtes verlustig, da er nur dort wählen kann, wo er am Wahltag wohnt und in die Liste eingetragen ist.

Der Wahlkampf selbst wird jetzt noch nicht mit der Heftigkeit geführt, wie das sonst der Fall ist. Dazu mag der vorangegangene Reichstagswahlkampf, der mit beispielloser Erbitterung geführt wurde, beitragen. Vielfach auch wird den Wahlen zum Landesparlament nicht die Bedeutung beigegeben wie den Reichstagswahlen. Im Landtage werden eben doch nicht die großen politischen Fragen entschieden. Das Schwergewicht des parlamentarismus liegt im Reichstage. Ferner fehlt es an einer zugkräftigen Wahlparole. Auch die Regierung verhält sich ziemlich passiv. Voraussichtlich werden deshalb die Wahlen an der politischen Struktur des Landes wenig ändern. Die Ultramontanen werden auch im neuen Landtage die Mehrheit haben. Die Liberalen — dazu zählt in Bayern die ganze Front von Haußmann bis Wassermann — versuchen allerdings alles mögliche, um Mandate zu erlangen. Sie kühnhandeln mit Gott und der Welt, wobei sie insbesondere die Bauernbündler über den Rüssel zu barbieren suchen. Mit Sozialdemokraten, Konservativen, Ultramontanen sucht der abgehaarte bayerische Liberalismus Casselmann-Müllerscher Paarung „Bereinerungen“ zu treffen. Es gibt in der Politik nichts Widerslicheres als diese Mandatsgier unserer Liberalen. Sie hat bereits zur Sprengung der liberal-agrarischen Koalition geführt.

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf mit aller Entschlossenheit aufgenommen. Getreu dem Schweinfurter Beschluß, der alle Kompromisserei verbietet, führt sie diesen Kampf mit voller prinzipieller Schärfe gegen alle bürgerlichen Parteien. Unsere Kandidatenaufstellung ist fast vollständig erledigt. Alle aussichtsreichen Kreise sind besetzt. Die mündliche und schriftliche Agitation wird in wirksamer Weise betrieben, wobei allerdings die räumlich sehr ausgedehnten Streden die Arbeit sehr erschweren, zumal die Fahrgelegenheit viel zu wünschen übrig läßt.

Soweit sich die Situation übersehen läßt, dürfte das Zentrum vielleicht an ein Duzend Mandate einbüßen, ohne damit allerdings die Majorität zu verlieren. Die Liberalen werden wohl etwas verstärkt in den neuen Landtag zurückkehren. Vor allem hoffen sie auf gute Erfolge in der Pfalz. Auch in München dürften ihnen einige Mandate ausfallen. Die Bauernbündler werden voraussichtlich in der alten Stärke zurückkehren. Die Sozialdemokratie wird — das braucht nicht hervorgehoben zu werden — keine Anstrengung unversucht lassen, um mit einer wesentlich verstärkten Fraktion in der Brannerstraße zu München Einzug halten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April 1907.

Die Beerdigung des Genossen Schweichel

findet am Sonntagmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Magstraße, nahe der Station Oberstraße, aus statt.

Militärische Musteranstalten.

Die Arbeitsverhältnisse in den Militärwerkstätten geben alljährlich bei den Etatsberatungen Anlaß, eine Reihe von Mißständen, von Wünschen und Beschwerden der Arbeiter und Angestellten im Reichstage zu besprechen. Auch heute nahmen diese Aufstellungen wieder den größten Teil der Sitzung in Anspruch.

Der Abg. Pauli-Potsdam, der sonst immer als freiwilliger Regierungskommissar unseren Genossen Zubeil gegenübertrat, wenn dieser die Wünsche und Beschwerden der Staatsarbeiter vortrug, sah sich heute selbst veranlaßt, als Sprachrohr für gerechte Beschwerden, speziell von Beamten in den Militärwerkstätten, aufzutreten. Ursache dazu mag für Herrn Pauli wohl sein, daß die Zahl der sozialdemokratischen Wähler in Spandau stark gewachsen ist — ein Zeugnis dafür, wie die Arbeiter die Vertretung ihrer Interessen durch die Sozialdemokratie zu würdigen wissen.

Genosse Zubeil auch heute dem Kriegsminister ein langes Register von Beschwerden und Wünschen der Arbeiter in den Militärwerkstätten zu Spandau und Hanau vor, aus dem wir nur hervorheben wollen die Beschwerden über farge Löhne, über die Entlassung alter oder im Betriebe erkrankter Arbeiter, vor allem aber über die Gefinnungs-schnüffelei, die unter den Arbeitern durch Beamte betrieben wird und zur Spitzelzucht führt. Hat sich doch ein Ingenieur sogar in den sozialdemokratischen Wahlverein eingeschlichen, um zu erschnüffeln, ob Staatsarbeiter der sozialdemokratischen Organisation angehören! — Der Regierungsvertreter, Sigt v. Armin, konnte diesen Vorwurf der Gefinnungs-schnüffelei nicht entkräften, aber er versuchte die Debatte auf ein anderes Gebiet zu schieben und verkündete schneidig, daß alle die, welche eine sozialdemokratisch-agitatorische Betätigung in den Staatsinstituten entfalten, entlassen würden. Zubeil erwiderte, daß er nicht eine sozialdemokratische Agitation in den Staatswerkstätten verteidigt, sondern daß er die Gefinnungs-schnüffelei, die sogar außerhalb der Werkstätten gegen die Arbeiter betrieben wird, kritisiert habe.

Auch der Abgeordnete Becker-Köln, der sonst dem Abgeordneten Pauli immer sekundiert hatte, trug Wünsche und Beschwerden der Arbeiter in den Staatswerkstätten zu Sieburg vor. Der Redner kritisierte auch ein Flugblatt des Hottentottenbunds, das den Staatsarbeitern gedroht hatte, ihre Wünsche würden nicht erfüllt, wenn ein Feind der Regierung gewählt werde! —

Als Pauli-Potsdam sich es doch nicht verkneifen konnte, die Mißregelung eines Arbeiters zu verteidigen, der in einer sozialdemokratischen Versammlung hervorgetreten sei, wurde ihm von Zubeil scharf erwidert und erklärt, daß diese Verteidigung seine, Zubeils Angaben von vorhin am besten bestätige.

Zum Schluß entspann sich eine lebhaft Debatte über den Verkauf reichsiskalischen Terrains in Charlottenburg zu einem Offiziersversammlungsraum. Genosse Südekum forderte die Ablehnung dieser Position, einmal, weil der Preis zu niedrig sei, dann aber, weil reichsiskalisches Areal überhaupt nicht veräußert werden sollte. Die Position wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen genehmigt. Dann ward in schneller Folge die zweite Beratung des Militärstats beendet.

Morgen: Beratung des Poststats.

Sturm im Dreiklassenparlament.

Die dritte Etatsberatung verlief am Freitag zunächst in der das Dreiklassenparlament charakterisierenden Note.

Weim Berger tat lang Abg. Dr. Volz (natl.), der Generalsekretär des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, ein Loblied auf die ober-schlesischen Grubenmagnaten, die bekanntlich ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen abspießen. Die Tatsache, daß in Oberschlesien die Löhne niedrig sind, konnte Herr Volz nicht bestreiten, aber erklärte diese niedrigen Löhne durch die „Paulheit der Arbeiter“! Die Qualität der Arbeiter hat sich nach Herrn Dr. Volz verschlechtert, die Arbeiter machen zuviel Dummelchichten! Daher ihr niedriges Einkommen! — Doch trotz der „Dummelerei“ der Arbeiter der Unternehmerprofit von Jahr zu Jahr steigt, verschwieg der Sachwalter des Grubenkapitals.

Tolle Anschauungen über die Sozialdemokratie entwickelte der Bürgermeister des Städtchens Wiebrich, der national-liberale Abgeordnete Wolff, bei der Beratung des Handelsstats. Er betonte den Nutzen der Haushaltungsschulen und glaubte, eine besondere Förderung dieser Einrichtungen dadurch zu erreichen, daß er sie als Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie anpries. Die Haushaltungsschulen erziehen die Mädchen „zu praktischen, arbeitssamen und verständigen Hausfrauen“, deren Männer dann später zufrieden bleiben, kein Wirtshaus besuchen und infolgedessen auch nicht der Sozialdemokratie anheimfallen!

Die Beratung des Justizstats gab dem Grafen Kanitz wieder Gelegenheit, die Regierung aufzufordern, daß sie den Agrariern die Gefangenen zur Ausbeutung zur Verfügung stellen möge. (Für die Löhne, die in Ostelbien gezahlt werden, bekommt man allerdings kaum noch freie Arbeiter.) Anstatt dem agrarischen Redner die Wahrheit zu sagen und ihn auf die Unverschämtheit seiner Forderung hinzuweisen, erklärte sich ein Kommissar des Ministers zur Befriedigung der junkerlichen Wünsche bereit! Da sage noch jemand, daß die preussische Regierung nicht die Geschäfte der Agrarier besorgt!

Zu den bereits angedeuteten förmlichen Debatten kam es sodann anlässlich der Beratung des Kultustats. Schon seit den Reichstagswahlen haben die Nationalliberalen die Entfernung des Herrn v. Studt von seinem Ministerposten verlangt. Wir sind wahrlich die letzten, die Herrn v. Studt eine Träne nachweinen würden. Dieser „Minister des Geistes“ hat sich in seiner langen Amtstätigkeit als schlimmster Feind jeder Kultur, als Gott und Schirmherr der Dummelänner erwiesen, als einen Mann, der noch mit beiden Füßen im Mittelalter steet und der jedem — auch dem geringsten — Fortschritt todschneidlich gegenübersteht. Aber wenn irgendeine Partei durch ihr Verhalten das Recht verliert hat, die Entlassung des Ministers zu fordern, dann sind es die Nationalliberalen, die durch ihren schmachvollen Berrat beim Volksschulgesetz die Stellung des Herrn v. Studt befestigen halfen. Inzwischen haben die Nationalliberalen eingesehen, daß sie jämmerlich über Ohr gehauen sind. Vellagte sich doch erst kürzlich ihr Führer, Dr. Friedberg, darüber, daß die Regierung das Vertrauen, das ihr die Nationalliberalen entgegengebracht hätten, bitter getauscht habe, da der Volksschulgesetzentwurf nicht ihnen, sondern den Konservativen auf den Leib geschrieben war. Die Rut der Nationalliberalen ist also durchaus erklärlich, aber daß sich diese Rut bis zu Tobsuchtsanfällen steigert, das ist doch ein höchst bedenkliches Symptom. Die Anwesenheit des Herrn v. Studt ist auf einige nationalliberale Führer dieselbe Wirkung

Wie das rote Tuch auf gewisse Tiere, Herr v. Studt hat die Niederlassung einiger Franziskaner in Schlesien gestiftet. Darob große Entrüstung unter den Nachkommen der Kulturkämpfer, die in jener Erlaubnis ein Entgegenkommen gegenüber dem Zentrum und den Untergang des preussischen Staates erblicken. Herr Dr. Friedberg, der lauteste Auser im Streit, tobte und witterte gegen den Minister, der noch immer zu glauben scheint, daß ohne das Zentrum nicht regiert werden könne. Die Ursache des Streites ist wirklich lächerlich, aber die Rationalisten lassen nun einmal danach, auch in Preußen Regierungspartei zu werden. Der Weg zur Regierung jedoch geht nur über die Leiche des Kultusministers. Daher der erbitterte Kampf, der sich weniger gegen das System Studt als gegen die Person richtet. Der Minister tat das Klügste, was er tun konnte: er erklärte schließlich, Herrn Dr. Friedberg überhaupt nicht mehr antworten zu wollen. Dieser rächte sich durch eine Beleidigung, die ihm einen Ordnungsruf zugog. — Beim nächsten parlamentarischen Abend, den Herr v. Studt veranstaltete, wird sich Herr Dr. Friedberg mit seinen Getreuen schon wieder einfinden, Allzu tragisch darf man die Sache halt nicht nehmen.

Nach diesem Zwischenfall, der mehrere Stunden in Anspruch genommen hatte, fand das Haus endlich Zeit, sich mit Volkskulturfragen zu befassen. Die Abgg. H. v. Brecht und Gen. (nall.) hatten einen Antrag eingebracht; im Hinblick auf die Untersuchungen, die der Handelsminister und der Deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtsverfahren über die Vorbildung der Fortbildungsschüler angestellt haben, in eine allgemeine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit der Volksschulunterricht den Anforderungen des Lebens genügt; worauf die etwaigen Mängel zurückzuführen sind und welche Maßregeln zu ihrer Beseitigung erforderlich erscheinen, und die Ergebnisse dieser Prüfung dem Abgeordnetenhaus in einer Denkschrift mitzuteilen. Nach belangloser Debatte, in der u. a. Herr v. Studt über den zersetzenden Einfluß jammerte, den die bösen Sozialdemokraten auf die Volksschüler ausüben, wurde diesem wichtigen Antrag das obligate Begründungsrecht erteilt. Er wurde der Unterrichtscommission überwiesen. — Ob und in welchem Zustande er wieder an die Öffentlichkeit gelangen wird, das wissen die Götter. —

Eine „musterstaatliche“ Justizleistung.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Viel besprochen wird selbst in bürgerlichen Kreisen die Höhe des Strafmaßes in dem (vom „Vorwärts“ bereits telegraphisch mitgeteilten) Prozeß gegen den Redakteur Emil Raier von der „Vollstimme“ wegen angeblicher Beleidigung des Gerichtsherrn der 28. Division in Karlsruhe. Der Anklage, die am Mittwoch vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung kam, liegt der folgende Tatbestand zugrunde:

Anfang November v. J. machte die „Vollstimme“ die allgemeine Aufsicht erregende Mitteilung, daß Tags zuvor der Mannheimer Bezirksrichter, Richtermeister a. D. v. Ruschwig, anlässlich einer Kontrollversammlung eine heftige Rede gegen die sozialistische Jugendorganisation gehalten und dabei den süddeutschen Führer dieser Bewegung, den jetzigen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Frank-Mannheim einen „Lumpen“ genannt habe, der nicht wert sei, daß man ihn anspreche. Die Nachricht stellte sich als vollständig den Tatsachen entsprechend heraus. Dr. Frank stellte beim Kriegsgericht der 28. Division in Karlsruhe gegen v. Ruschwig Strafantrag, während dieser bald nach dem Vorkommnis auf „Umlauf“ ging. Einige Wochen darauf brachte der hiesige Amtsverwalter die Nachricht, v. Ruschwig werde wahrscheinlich seine Ehrabschneidereien nicht zu verantworten haben, da er sich als geistig nicht normal erwiesen habe und zur Unternehmung seines Amtes in eine Irrenanstalt gebracht worden sei; der Militärbehörde könne — hieß es in dem Amtsblatt dann weiter — der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie einen offenbar kranken Mann auf einen so verantwortungsvollen Posten stellte. Die „Vollstimme“ übernahm anderen Tages diese Nachricht und knüpfte eine Bemerkung daran, in der es unter anderem hieß, die geistige Ungerechtfertigkeit des Herrn v. Ruschwig sei, also erst entdeckt worden, als es galt, ihn wegen einer schweren Beleidigung eines sozialistischen Führers zur Rechenschaft zu ziehen. Hätte dieser Zwischenfall nicht stattgefunden, so stünde Herr v. Ruschwig vielleicht noch an der Spitze des Bezirkskommandos. Darauf stellte das Generalkommando des 14. Armeekorps in Karlsruhe Strafantrag wegen Beleidigung des Kriegsgerichts der 28. Division, und der „jungliberale“ Herr Staatsanwalt Junghaus in Mannheim, derselbe Herr, der die Zeugniszwangsaktion gegen Redakteur Oskar Sed unternahm, erhob pflichtschuldigst Anklage gegen den für den in Betracht kommenden Teil der „Vollstimme“ verantwortlichen Redakteur Emil Raier.

Obwohl Raier und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rah, durchaus einleuchtend dargelegten, daß als die Stelle, die den Ruschwigs „der strafgerichtlichen Verfolgung entziehen“ wolle, nicht das Kriegsgericht, sondern einflussreiche Freunde, Verwandte usw. gemeint seien, und obwohl Raier behauptete, daß er den inkriminierten Artikel nicht selbst schrieb, sondern eingesandt erhielt, beantworteten die Geschworenen die Frage nach einfacher Beleidigung (§ 188 St.-G.-B.) mit Ja, nachdem sie es doch nicht über sich gebracht hätten, Raier des schweren Vergehens gegen § 188 (üble Nachrede) schuldig zu sprechen. Immerhin ist anzunehmen, daß sie voraussetzten, das Gericht werde von dem milderen Schuldspruch infolgedessen einen weniger strengen Gebrauch machen, als es Raier zu einer Geld- oder kurzen Haftstrafe verurteilen werde. Allgemein war deshalb das Erstaunen, als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wengler, der schon während der Verhandlung durch seine wenig sympatische Behandlung des Angeklagten Raier aufgefallen war, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten verkündete, obwohl die inkriminierte Notiz zudem noch in der Hitze des Wahlkampfes (am 8. Januar v. J.) erschienen war. Auch bei diesem Strafmaß spielten — wie der Vorsitzende in der knappen Urteilsbegründung ausdrücklich hervorhob — die Vorstrafen Raiers eine entscheidende Rolle, obwohl sie alle auf ganz anderem Gebiet liegen, nämlich natürlich aus Versehen rekurrieren, und sich unter ihnen nur eine einzige kurze Freiheitsstrafe befindet.

Wenn es schließlich nicht dazu kommen soll, daß sozialistische Redakteure, die sich nun einmal der Bestrafung wegen Vergehens nicht entziehen können, für die kleinsten Bagatelldelikte, die einem anderen höchstens eine kleine Geldstrafe eintragen würden, stets mit schweren Freiheitsstrafen bestraft werden müssen, so muß mit dieser mißbräuchlichen Bewertung des Vorstrafenverzeichnisses bei der Ausmessung von Verurteilungen endlich einmal aufgeräumt werden.

Gehalts- und Titelfragen in der Hamburger Bürgerschaft.

In den beiden letzten Sitzungen beschäftigte sich das Hamburger Landesparlament mit der neuen Gehaltsordnung, die auch wieder neue Titel vorschlägt. Erst seit dem Vorjahr kennt man in Hamburg Ratsstellen, während bis dahin das Staatswesen auch ohne solche auszukommen vermochte, indem man die Beamten-

schaft einteilte in Oberbeamte mit sehr hohen Gehaltsbezügen, um die sie mancher preussische Kollege mit stolz klingenden Titeln beneidete, und Beamte mit ziemlich lang bemessenen Gehältern. Jetzt ist das anders geworden. Dem Hinweis mancher Titelfaktes auf Preußen haben die maßgebenden Faktoren nicht zu widerstehen vermocht. Allmählich hat man Räte bei der Polizei und den anderen Behörden geschaffen; vor kurzem sind aus Bauinspektoren Bauärzte geworden, während die Land- und Amtsrichter sowie die Staatsanwälte sich vorläufig noch ohne Ratsittel behelfen müssen. Dagegen hat in ihrer Dauerlösung vom Mittwochabend die Bürgerschaft aus den Hauptlehrern „Rektoren“ und aus den Gerichtsschreibern „Gerichtsdirektoren“ gemacht, zugleich wurden „nachts um zwölf“ die Gehaltsvorschlüsse der Kommission angenommen, wodurch das Staatsbudget um 4 Millionen Mark belastet wird. Wie das im Klassenhaat nicht anders zu erwarten ist, auch wenn er die Firma „Republik“ trägt, hat man die Oberbeamten reichlich, dagegen die mittleren und unteren Beamten mit homöopathischen Zulagen bedacht. Der von unseren Genossen vorgeschlagene „Ausgleich“ fand keine Gegenliebe. Die Volksschullehrer, Gerichtsdirektoren und Polizeikommissare kommen im Endgehalt auf 4800 M., die hier sehr zahlreiche Kategorie der Hollauffeher auf 3400 M., und die Schulleute auf 2350 M. Einige höhere Beamtengruppen erhalten dagegen Zulagen bis zu 2000 M. Ein Hamburger Brandmeister bezieht ein doppelt so hohes Gehalt als sein Berliner Kollege. Ähnlich so steht es in anderen Beamtenklassen aus. Ein Land- oder Amtsrichter bezieht im Endgehalt etwa 2000 M. mehr als ein preussischer Oberlandesgerichtsrat oder Landesgerichtsdirektor.

Die gefassten Beschlüsse bedürfen noch der Zustimmung des Senats.

Zentrum und Dreiklassenwahlrecht.

Bekanntlich hat die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses den Antrag auf Einbringung eines Gesetzesentwurfes gestellt, durch den für die Landtagswahlen in Preußen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt werde. Eine Anzahl von Zentrumsabgeordneten hat den Antrag nicht unterschrieben. Als sozialdemokratische Blätter auf diesen Mangel hinwiesen, hat die Zentrumsfraktion das auf Zufall zurückzuführen versucht. Jetzt erfahren wir von einem Zentrumsabgeordneten, daß hier nicht der Zufall, sondern wohlwollende Absicht vorlag. Zu den ultramontanen Dreiklassenhausmännern, die den Antrag nicht unterschrieben haben, gehört nämlich auch der Graf Spee, den jetzt die Eifelbauern im Wahlkreis Walmedy-Montjoie-Schleiden als Nachfolger des Prinzen Arenberg in den Reichstag haben möchten. Von den Anhängern der Ferverschen Kandidatur ist dem Grafen seine Haltung in der Wahlrechtsfrage vorgehalten worden, deshalb erklärt er in der „Rheinischen Volksstimme“ eine Erklärung, worin es heißt:

„Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Antrag der Zentrumsfraktion auf Abänderung des Landtagswahlrechtes nicht mit unterzeichnet habe. Ich stelle fest, daß mit mir eine Anzahl Zentrumsabgeordnete denselben Standpunkt in dieser Frage einnehmen und den Antrag nicht mit unterzeichnet haben, wie Graf Valfestrem, Geheimrat König, Graf Prachma, Prinz Arenberg, Albers, Weder, Deder, Euler, Ostrop, Pingen, Kinteler, Rügenberg, Strohwiß, Stromberg, Ueberberg, Wattendorf, Graf Wolf-Rettendorf.“

Ich bemerke, daß ich die Mängel des Landtagswahlrechtes unumwunden anerkenne und für eine sachgemäße Abänderung bin. Was ich jedoch nicht wünsche, ist, daß das System des Reichstagswahlrechtes ohne weiteres auf das Landtagswahlrecht übertragen werde.“

Graf Spee führt uns da eine recht stattliche Anzahl Namen von Zentrumsabgeordneten und zwar solche von hohem und einflussreichem Range an, die sich gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erklären. Man sieht, die Wahlrechtsfreundlichkeit des Zentrums ist sehr zweifelhaft. Besonders auffallend ist das Verhalten des Grafen Spee, der sich gegen die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen erklärt, aber kein Bedenken trägt, sich vermittelst dieses Wahlrechtes in den Reichstag wählen zu lassen. —

Fürstliche Demokraten und konservative Republikaner.

Zu einer grandiosen Poffe kam es am Donnerstag im Breslauer Stadtparlament. Die konservative Minderheit, die mit Schmerz sieht, daß die verrückte Wahlbezirkseinteilung sie in der ersten Klasse (Höchstbesteuerter) nicht Fuß fassen und zur Herrschaft kommen läßt, beantragten eine — gerechtere Wahlbezirkseinteilung — und die liberalen sekundierten. Die freisinnige Mehrheit wies dieses „Anstößen“ mit Entrüstung und Komödianten-Argumenten zurück. Seit die Breslauer Freisinnigen die Ehre hatten, für einen leibhaftigen Fürsten Stimmen zu dürfen, treten sie nur noch als Lohale auf. Ihr Führer, Justizrat Heilberg, derselbe, der im Januar dem Hofheld zu Füßen lag, brachte es fertig, die Unsinngigkeit der jetzigen Einteilung u. a. folgendermaßen zu rechtfertigen: „Man darf nicht vergessen, daß es etwas anderes ist, ob Leute an der Wahl teilnehmen, die im Innern der Stadt ansässig oder dort Gewerbetreibende sind, als wenn sie an der Peripherie wohnen und vielfältige Interessen haben. Wenn es da vorkommt, daß Wähler eines Bezirks ein dreimal so weitgehendes Wahlrecht haben wie andere in anderen Bezirken, so ist das noch lange keine Konstruktivität.“

Also der freisinnige Führer, derselbe, dessen Reichstagswähler bei der Stichwahl in Breslau-Vand für den Junker Garner stimmten. Die konservativen aber legen an der Hand der amtlichen Ziffern dar, daß die jetzige Einteilung viele Kommunalwähler entrechte. Komme es doch vor, daß in einigen Bezirken nur 200, in anderen dagegen über 600 Wähler seien! Und das tollste: Weil im Reich die Freisinnigen es mit den Konservativen nicht verderben dürfen, und weil sie in Breslau bei Stichwahlen aufeinander angewiesen sind, fand kein Freisinniger den Mut, die Heuschrecke der Konservativen zu kennzeichnen!

Um so ausfälliger wurde das von sozialdemokratischer Seite befohlene. Genosse Rabe erklärte sich im Prinzip mit dem konservativen Antrag einverstanden, wies aber zugleich darauf hin, daß dieselben Konservativen, die hier so ostentativ ihr Gerechtigkeitsgefühl herausbängen, in der Entrechtung der preussischen Proletariat keine Ungerechtigkeiten und in der junkerlichen Wahlkreisverteilung im Reich sozusagen einen Idealzustand erblickten. Es sei zum mindesten auffallend, daß die Konservativen ihr Gerechtigkeitsgefühl immer nur dann entdeckten, wenn es ihren Sonderinteressen diene.

Das Eintreten der Sozialdemokraten für den Antrag rief wiederholt den freisinnigen Oberbürgermeister auf den Plan, und tatsächlich gelang es seiner auf bescheidene Leute zugeschnittenen Vereblichkeit, den Antrag mit Hilfe seiner „allergetreuesten Opposition“ zu Falle zu bringen. Die ungerichte Einteilung der Wahlbezirke bleibt also bestehen, bis — die Arbeiter die dritte Klasse erobert haben.

Rechter Hand — linker Hand, alles verläuscht. In Breslau beweisen die Freisinnigen in klassischer Weise, daß die Junkerpolizei kein Privilegium der Junker ist. —

Die beleidigte Schutztruppe.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß die Dortmunder Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Arbeiterssekretär Wilhelm Arnswald aus Bochum Anklage erhoben hat wegen Beleidigung der Schutztruppe. Genosse Arnswald soll das Staatsverbrechen begangen haben als Redner in einer Reichstagswählerversammlung am 18. Januar in Proßlunde. Am Donnerstag sollte vor der Dortmunder Strafkammer die Hauptverhandlung stattfinden. Genosse Arnswald wendete gegen die Anklage ein, er habe sich lediglich referierend verhalten und sich auf die Rede Webers gestützt, die dieser am 1. Dezember 1906 im Reichstage gehalten habe. Die wahrheitsgetreue Wiedergabe von Reichstagsreden sei aber nicht strafbar. Es erfolgte schließlich Vertagung der Sache. Der stenographische Reichstagsbericht soll daraufhin geprüft werden, ob Webel wirklich die Kolonialstandale in seiner Rede zur Sprache gebracht hat. Ferner soll auch der Kolonialdirektor Dernburg über die Vorgänge gehört werden. —

Militarismus und Antimilitarismus.

Die Hausfugungen nach der Scheit des Genossen Karl Viehnecht über „Militarismus und Antimilitarismus“ werden fortgesetzt. Wie uns telegraphisch aus Frankfurt a. Main gemeldet wird, wurde auch dort heute in der Buchhandlung der „Vollstimme“ nach der Broschüre gefahndet — jedoch ohne positives Resultat.

Zigarren-Hausarbeit.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit zugegangen. Wegen Mangel an Arbeitskräften in der Fabrikation der Zigarren sind die Vorschriften dieses durchaus unternehmerfreundlichen und lediglich den Arbeiter belastenden Gesetzesentwurfes und seine Befreiung zurückstellen.

Widerlegung gegen Vorgesetzte — als solche gelten auch die Wachtposten — wird nach dem Militärstrafgesetz streng bestraft; die Mindeststrafe ist sechs Monate Gefängnis. Die leicht ein Soldat zu einer solchen Anklage kommen kann zeigte folgender Fall, der vor dem Chemnitzer Kriegsgericht zur Verhandlung stand. Der Soldat Stark aus Ebersbach bei Goidau war am 7. April ohne Rachtzeichen bis früh in die dritte Stunde ausgeblieben. Als er 3 1/2 Uhr einpasseieren wollte, sagte er dem ihn danach fragenden Unteroffizier, daß er ein Rachtzeichen habe, ergriff aber die Flucht, als er es vorzeigen sollte. Er ließ unglücklicherweise einem Wachtposten in die Hände, der ihn auf die Kufe des ihn verfolgenden Unteroffiziers am Arm festhielt. Stark aber soll sich mit Gewalt losgerissen haben. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme erachtete sich das Standgericht, das Widerlegung für nachgewiesen erachtete, für unzulässig und verwies die Sache an das Kriegsgericht. Hier dasselbe Ergebnis des Tatbestandes. Dem Angeklagten winkte also eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe wegen des oben geschilderten an sich harmlosen Vorganges; das schämt selbst dem Gericht zu ungeheuerlich vorzukommen zu sein, denn es erklärte, daß der Vorgang bezüglich der Widerlegung nicht genügend aufgeklärt sei und erkannte auf Freisprechung. Wegen der anderen Delikte wurde St. mit fünf Tagen Mittelarrest bestraft. —

Zu den Militärdebatten im Reichstage. Genosse Webel schreibt uns: In den Berichten der bürgerlichen Presse über die Reichstagsitzung am 25. April heißt es an einer Stelle des Berichtes über die Rede des Kriegsministers: Wenn Sie (die Sozialdemokraten) das nicht wollen, daß das von den Redakteuren geschrieben wird; so schmeißen Sie die Redakteure zum Fenster hinaus. (Webel ruft: Das ist auch gehen.)

Diesem mir unterstellten ganz unsinnigen Jurat habe ich nicht gemacht, ich tief vielmehr: „Wenn das geschähe, so schrie man über uns“, mit welchem Satz ich auf das Verhalten der bürgerlichen Presse in Sachen der sechs „Vorwärts“-Redakteure anspielte. —

Der zweiten württembergischen Kammer ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Beschaffung von Geldmitteln für den Eisenbahnbau und für außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrsabteilung in der Finanzperiode 1907/08 zugegangen. Er fordert insgesamt 35 400 000 M.

Ungarn.

Beamten-Schurigelei.

Budapest, 26. April. Finanzminister Bekere hat allen kroatisch-slovenischen Finanzbeamten die Teilnahme an einem zur Besprechung der politischen Lage einberufenen Kongress verboten, da er nicht zugeben könne, daß die Beamten zum Umsturz der staatsrechtlichen Verfassung die Initiative ergreifen. Gegen Zuwiderhandelnde sollen die strengsten Maßregeln ergriffen werden.

Die preussische Manier, Beamte wie kleine Kinder zu behandeln, macht Schule. Erst hat Frankreichs Premier, Herr Clemenceau, die Beamten-Schurigelei adoptiert, jetzt folgt Herr Bekere nach. Er handhabt die Phrasen vom „Umsturz“ usw. so virtuos, als hätte er bei Herrn von Bülow Privatstunden genommen.

Spanien.

Zu den Wahlen.

Madrid, 26. April. Bei der Nachprüfung der Wahlhandlung im Rathaus kam es heute zu heftigen Streitigkeiten zwischen den mit der Prüfung betrauten Personen und den Parlamentarierkandidaten. Die Polizei mußte einschreiten, um die erregte Menge im Raume zu halten; es wurden fünf Verhaftungen vorgenommen. Unter den Kandidaten, die als gewählt verkündet wurden, befindet sich der Dichter Perez Galdos. —

England.

Das Loch unterm Kermesskanal wird nicht gerissen: Die Bill, betreffend die Anlage eines Tunnels unter der Meerenge von Dover, ist am Donnerstagabend von den Mitgliedern des Unterhauses, welche die Bill eingebracht hatten, zurückgezogen worden. —

Amerika.

Roosevelts Antwort.

Auf die Proteste und Vorwürfe aus den Reihen der organisierten Arbeiter gegen Roosevelts Aeußerung, daß die angeklagten Arbeiterführer Roger und Haywood keine „wünschenswerten Bürger“ seien, hat der Präsident jetzt geantwortet. Auf einen Protest, der ihm überreicht wurde, entgegnete er, daß auch eine angeklagte Person der Kritik unterstehe wie jeder andere, und er bestätigte, daß er Roger und Haywood als schädliche Agitatoren kritisiert habe. — In der Presse der Großkapitalisten wird Roosevelt seiner Haltung wegen noch gelobt, und Roger und Haywood werden bereits als Mörder des Gouverneurs Steinberg von Idaho bezeichnet, obwohl nicht einmal die Anklage sie mit dem Morde in unmittelbare Verbindung bringt!

In Arbeiterkreisen ist die Erregung groß, und das Auftreten des Präsidenten erfährt überall die entschiedenste Mißbilligung. Hunderte von Versammlungen werden zum Proteste abgehalten, und scharfe Resolutionen gegen den Präsidenten finden überall Annahme. Man fordert Gerechtigkeit für Roger und Haywood, und man zweifelt nicht daran, daß ein unparteiischer Prozeß ihre Unschuld klar zutage fördern muß.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Holzindustrie

dauern fort. Die beigen Zentralvorstände des deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeber-Schutzverbandes der deutschen Holzindustrie haben in ihrer gestern in den Räumen des Berliner Gewerbe-Richters abgehaltenen ersten gemeinschaftlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, nach Abschluß der jetzigen Verhandlungen öftere gemeinsame Sitzungen abzuhalten, um zu allgemeinen Streitfragen Stellung zu nehmen.

Die erste dieser Sitzungen nach Beilegung der jetzigen Differenzen ist bereits für den Monat Juni festgesetzt und zwar soll sie in Eisenach stattfinden. Voraussichtlich wird in derselben hauptsächlich über die Frage des Arbeitsnachweises verhandelt werden, um wenn möglich, ein einheitliches Regulativ zu vereinbaren. Aber auch über die Lohnfrage und Arbeitszeit glaubt man in absehbarer Zeit an die Festsetzung gewisser einheitlicher Normen herantreten zu können.

Im übrigen wurde in der Sitzung völlige Uebereinstimmung beider Parteien darüber erzielt, daß Streitigkeiten in Zukunft möglichst dadurch verhütet werden sollen, daß vor Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung die beiden Zentralvorstände gewissermaßen als zentrales Schiedsamt zur Vermittelung angerufen werden müssen. Die Sitzungen der beiden Vorstände werden in den nächsten Tagen noch fortgesetzt.

Berlin und Umgegend.

Die Bädergehilfen vor dem Oberbürgermeister.

Die Berliner Bädergehilfen haben jeden Anlaß benützt, um ihre Friedensliebe zu bekunden und erklärt, ihre Wünsche vor ein unparteiisches Schiedsgericht bringen zu wollen, dessen Entscheidung sie sich beugen wollten. Im Gegensatz dazu haben die Innungsmeister erklärt, jedem unparteiischen Gericht aus dem Wege gehen zu wollen und nur das Innungsschiedsgericht als kompetent anzuerkennen, d. h. sie wollen sich unter allen Umständen selbst Recht geben und sich dann den Gehälfen gegenüber auf diesen eigentümlichen Rechtstitel berufen.

Die Gehälfen haben sich nun an den Oberbürgermeister gewandt und legen ihm den Konflikt wie folgt dar:

„Zwischen den Bäderinnungen von Berlin und den Vororten und der betreffenden Gewerkschaft sind über den im Vorjahre abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag und seine Auslegung ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen, die sich in letzter Zeit derartig zuspitzen haben, daß sie zum Ausbruch eines Streiks zu führen drohen.“

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon im Winter vor Abbruch der Beziehungen den Innungen den Vorschlag gemacht, die Streitfragen dem Einigungsamt des Berliner Gewerbe-Richters als unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Innungen gingen leider darauf nicht ein, sondern wollten sich dem Innungs-Schiedsgericht unterwerfen. Die Gewerkschaft kann dieses Innungs-Schiedsgericht aber nicht als unparteiisches Schiedsgericht betrachten, da sein Vorsitzender von den Innungen abhängig ist.

Nun ist es zu einer Lohnbewegung gekommen, in deren Verlauf sich die Gewerkschaft auf den Standpunkt gestellt hat, in Verhandlungen mit den Innungen nur unter unparteiischer Leitung und Kontrolle einzutreten, damit solche widerlichen Streitigkeiten über die Auslegung, wie sie der letzte Vertrag zeitigte, vermieden werden. Zu diesem Zweck hat die Gewerkschaft den beteiligten Innungen wiederum das Einigungsamt des Berliner Gewerbe-Richters als Einigungsamt vorgeschlagen. Die Innungen lehnten dieses aber ab und wollen entweder das Innungsschiedsgericht oder freie Verhandlungen, wie im Vorjahre. Darauf kann aber die Gewerkschaft aus den oben angeführten Gründen nicht eingehen.“

Die Bädergehilfen bitten dann darum, daß der Herr Oberbürgermeister seinen Einfluß dahin geltend machen möge, daß die Innungen von Berlin und den Vororten, vertreten durch den Obermeister Fritz Schmidt, Berlin, Fruchtstraße 21, sich mit dem Einigungsamt des Berliner Gewerbe-Richters und seiner Leitung befreunden mögen. Falls dies nicht möglich sein sollte, wird der Herr Oberbürgermeister gebeten, die Leitung der Verhandlungen selbst zu übernehmen oder dieselben einem anderen hohen städtischen Beamten übertragen zu wollen.

Schon bei früheren, tief in das wirtschaftliche Getriebe der Reichshauptstadt einschneidenden Lohnkämpfen habe der Oberbürgermeister ja vermittelnd und friedensstiftend eingegriffen und hoffen deswegen die Bädergehilfen, daß es dem Ansehen des Stadt-Oberhauptes auch diesmal gelingen werde, vermittelnd wirken zu können.

In Anbetracht der Erregung, die die Gewerkschaft ergriffen hat, bitten die Bäder, die Angelegenheit beschleunigen zu wollen. Die Versammlung der Gehälfen vom 23. April hat beschlossen, die eben. Antwort am Dienstag den 7. Mai zur Kenntnis zu nehmen. Die Gewerkschaft spricht dann noch die Hoffnung aus, daß es dem Eingreifen des Oberbürgermeisters gelingen möge, einen schweren wirtschaftlichen Kampf zu vermeiden.

Das Schriftstück ist unterzeichnet vom deutschen Bäderverband und den Mitgliedern der beiden hauptsächlich in Frage kommenden Bäderinnungen „Germania“ und „Konkordia“.

Eineingeleit.

Die „National-Zeitung“ veröffentlicht demnächst ein „geheimtes“ Zirkular des Holzarbeiterverbandes wegen der Raifeler. Weniger schadenfroh als dieses Unternehmerorgan, raten wir ihm, den Zeilenreißer, der ihm das Ding aufhängt, kein Zeilenhonorar zu zahlen, wenn der Schwindler nicht so schlau war, sich sein Geheimnis vor der Preisgabe bezahlen zu lassen. Die „National-Zeitung“ hätte nämlich das „geheimte“ Aktienstück ohne Ankosten aus Nr. 17 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abdrucken können. — Damit fallen natürlich auch alle die abertausend Schlußfolgerungen der „National-Zeitung“, zu denen das „geheimte“ Schriftstück sie verleitet hat.

Achtung, Metallarbeiter! In den Norddeutschen Eisenwerken in Oberschönweide sind die Differenzen durch Verhandlungen beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Zum Tarifvertrag der Herrenmaschinisten.

In einer Mitgliederversammlung der Berliner Filiale des Schneiderverbandes machte Runge einige Mitteilungen zum Tarifvertrag in der Herrenmaschinistenbranche. Die Einteilung der Geschäfte nach den Tarifklassen wird wohl noch in dieser Woche zu Ende geführt werden, so daß Anfang der nächsten Woche ein klarer Ueberblick über die Verhältnisse möglich sein wird. Bis jetzt haben 88 von den 210 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes wegen der Tarifklasse, in die sie eingereiht wurden, reklamiert. Solche Fälle werden selbstverständlich sorgfältig geprüft, damit bei der Klasseneinteilung weder dem Arbeitgeber noch den Gehälfen unrecht geschieht. Der Redner macht ferner Mitteilung von einer Anzahl

nicht dem Arbeitgeberverbande angehörender Firmen, die den Tarifvertrag anerkannt haben. Außerdem macht der Redner auf die Lohnbücher aufmerksam, wie sie in allen Geschäften eingeführt sein müssen. Es ist vorgekommen, daß den Gehälfen Lohnbücher angeboten wurden, in denen lediglich der Gesamtlohn der Stücke angegeben war. Solche Lohnbücher sind in allen Fällen zurückzuweisen. Das richtige Lohnbuch, wie es auch vom Schneiderverband geliefert wird, zeigt getrennt aufgeführt: Erstens den Gegenstand der Arbeit mit dem Grundpreis und dann die Extrazuschläge. In den einzelnen Geschäften haben nun die Gehälfen genau darauf zu achten, daß der Tarif auch wirklich überall anerkannt und streng durchgeführt wird. In dieser Woche wird man hier und da noch a Kontoforderungen als ein unermessliches Uebel hinnehmen müssen. Wo dies der Fall ist, soll es der Ortsverwaltung bis Montag mitgeteilt werden, damit die Verhältnisse so schnell wie möglich endgültig geregelt werden können.

Die Versammlung beriet auch über die Raifeler und faßte hierzu folgenden Beschluß:

„Die Mitgliederversammlung fordert die Mitglieder auf, die Forderungen des 1. Mai zahlreich zu bezeugen.“

Der Friede ist in der Herrenmaschinistenbranche nun auch in allen übrigen Streik- und Aussperrungsorten wieder hergestellt. In manchem der Orte hat es allerdings bedeutend länger gedauert, als die Arbeitgeber und ihr Verband wünschten und wollten. Am längsten dauerte es in Halberstadt, bis den Gehälfen Entgegenkommen und Sicherheit genug geboten wurde, daß ihnen die Wiederaufnahme der Arbeit ratham erschien. Erst am Dienstag dieser Woche wurde hier die Arbeit wieder aufgenommen.

Zu unserer Notiz „Unternehmer-Wort“ in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ wird uns seitens des Schneiderverbandes berichtet, daß es sich in Düsseldorf keineswegs um eine neue Aussperrung handelt, sondern um eine Maßregel, wie sie auch in anderen Städten von den Arbeitgebern getroffen wurde, um sich nach Abschluß des Kampfes ihre alten Arbeitskräfte zu sichern. Nach den mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Vereinbarungen sollte, ebenso wie die Arbeitgeber verpflichtet wurden, die Streikenden und Aussperrten alle wieder einzustellen, auch jeder Gehälfe wieder bei dem Meister in Arbeit treten, wo er bisher gearbeitet hatte. Die strenge Durchführung dieser Bestimmung führt man nun durch solche Maßnahmen zu erzwingen, wie die der Düsseldorfer Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes, die auf vier Wochen die Freizügigkeit der Gehälfen insofern einschränkt, daß sie, falls sie bei einem anderen Arbeitgeber in Arbeit treten wollen, dazu erst der Genehmigung ihres alten Arbeitgebers bedürfen, vorausgesetzt, daß sich der Arbeitgeber auch wirklich nach den Anweisungen ihres Vorstandes richten und sich damit auch die Beschränkung ihrer eigenen Freiheit, einzustellen wen sie wollen, gefallen lassen.

Der Streik der Landschaftsgärtner hat in der vergangenen Woche eine Wendung zum Besseren genommen. Obwohl der Verband der Arbeitgeber am Sonnabend den Beschluß erneuert hat, mit den Gehälfen nicht zu verhandeln, ist doch Aussicht vorhanden auf Einigungsverhandlungen. Der Verband der Arbeitgeber hatte die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbe-Richter abgelehnt in dem Glauben, daß die Streikenden bald des Kampfes müde sein würden. Es trat aber das Gegenteil ein. Die Lokalkommission schlug angesichts dieser Situation einen neuen Weg ein, sie bahnete nämlich Verhandlungen mit den einzelnen Mitgliedern des Verbandes an. Zwei Firmen bewilligten die Forderungen, ohne Unterschrift zu leisten. Die meisten Gehälfen der Lokalkommission die Versicherung, zu Einigungsverhandlungen bereit zu sein, wenn die Lokalkommission nochmals solche beim Verband beantrage. Da die Streikenden von jeher zu Einigungsverhandlungen bereit waren, stellte die Lokalkommission an den Unternehmerverband nochmals das Ersuchen auf Einigungsverhandlungen, welche, wenn alle Anzeichen nicht trügen, in den nächsten Tagen stattfinden dürften.

Achtung, Freizeithäfen! Gespart für unsere Mitglieder: Runge, Bernauerstr. 40, Friedrich, Charlottenburg, Rehringstr. 29, Gottschlag, Treptow, Baumhulsenstr. 12. Verband der Freizeithäfen Deutschlands. J. A.: Paul Dief.

Achtung, Rohrleger und Helfer! Die Firma Kuchle in Köpenick ist für Rohrleger und Helfer gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Charlottenburger Mälzkücher ausgesperrt!

Wie schon mitgeteilt ist für Charlottenburg die Mälzkücher verstaatlicht worden. Die frühere Charlottenburger Mälzkücher-Gesellschaft war es, welche es verstand, sich die Abfahr zu sichern und ihr wurde gegen ein Angebot von 220.000 M. pro Jahr das Abfahren des Mälles und Hausmülls übergeben. Die Gesellschaft änderte auch sofort ihren Namen. Sie heißt jetzt „Allgemeine Mälzwerk-Gesellschaft m. b. H.“

Vor etlichen Jahren hat diese Gesellschaft einmal in der „Zeit im Bild“ veranschaulicht, wie aus Mälz Millionen gewonnen werden und waren die Arbeiter und Ausfuhr bestrebt, auch einen kleinen Teil von diesen Millionen für sich zu beanspruchen.

Als nun am 1. April die Gesellschaft das Abfahren begann, schien es, als wäre sie bestrebt, sich in allen Fragen friedlich mit den Arbeitern, welche samt und sonders im Transportarbeiterverband organisiert sind, zu verständigen und es hatten bereits Verhandlungen betreffend Arbeitsordnung und Geschäftsordnung des Arbeiterausschusses unter Hinzuziehung der Organisation stattgefunden. Im Laufe dieser Verhandlungen wurde oft genug dem Arbeiterausschuß zu verstehen gegeben, daß auch der Lohn einer Verbesserung unterzogen werden sollte und wurde auf Grund der Andeutungen des Herrn Direktor Berner und Ausschußratsmitglieds Dr. v. Linde in einer am 21. April abgehaltenen Versammlung beschlossen, der Firma einen Lohnzettel einzureichen.

Am Mittwoch wurde der Firma der Tarif zugesandt und gebeten, am Sonnabend der Organisation eine Antwort zuzusenden. Was macht aber nun die Direktion? Als Antwort auf den eingereichten Lohnzettel wurden fast 150 Mann sofort entlassen!

Die ausgesperrten Charlottenburger Mälzkücher bitten dringend um die Solidarität aller rechtlich denkenden Arbeiter.

Deutsches Reich.

Als Streikbrecher-Exporient

scheint das Unternehmertum England bereits ganz allgemein anzusehen. In den großen Tageszeitungen Londons befindet sich seit einigen Tagen folgende Annonce:

250 Mechaniker sofort für Nähmaschinen, Schreibmaschinen und seine Werkzeuge für Dresden in Sachsen gesucht. Ref. erforderlich. Woolwich S. E.

Der Sekretär der Instrumentenmacherunion schickte darauf heute an diese Adresse und ersucht, daß in Dresden Streik wegen höherer Lohnforderung und kürzerer Arbeitszeit sei — es handelt sich wahrscheinlich um Seidel u. Raumann. Der Agent erklärte den Leuten, sie hätten ihre Leute ausgesperrt und wünschten englische Arbeiter zu engagieren. Sie sollen eventuell Sonnabend nach Dresden abreisen. — Die Angelegenheit wird von dem Komitee der Gewerkschaftsverbände-Ökonomie untersucht; dieses hofft mit den deutschen Gewerkschaften zusammen zu arbeiten, daß schon wieder englische Streikbrecher ihren deutschen Kollegen in den Rücken fallen.

Zum Kampf bei Seidel u. Raumann.

Die Streikenden haben fest und lassen sich durch keine Maßnahme der Unternehmer und Behörden einschüchtern. Am Donnerstag fand eine Versammlung der Streikenden statt, in der der dennohmögliche Reinkampfen die Polizeimaßnahmen und ein von den

Unternehmern den Dresdener bürgerlichen Zeitungen beigelegtes Flugblatt in scharfer Weise kritisierte. Es wurde dann eine Abstimmung über die Fortsetzung des Streiks vorgenommen. Von 1043 Streikenden stimmten 997 für Fortsetzung, 40 dagegen und 6 enthielten sich der Abstimmung. Die in der Versammlung nicht Anwesenden waren auf Posten. Von den circa 1500 Streikenden ist noch niemand umgelaufen.

Die Kreisbauernschaft hat nunmehr das Streikpostenverbot der Polizeibehörde bestätigt. Es wird Refus an das Ministerium vom Streikkomitee eingelegt werden.

Ein allgemeiner Bauereistreik ist in Bamberg ausgebrochen, weil die Unternehmer die minimalen Forderungen der Arbeiter schroff ablehnten. Alle Bauten liegen still.

Die Arbeiter der Gasfabrik in Gredheim stehen in einer Lohnbewegung. Da ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, haben sie die Kündigung eingereicht.

Die Pfahlerer Bayerns sind seit acht Tagen ausgesperrt. Sie haben keinerlei Forderung gestellt, sondern weigerten sich nur, sich zu verpflichten, in diesem Jahre keine Forderung zu stellen. Darauf wurden sie auf die Straße geworfen. Die meisten Aussperrten sind abgereist. Die Unternehmer suchen besonders aus Norddeutschland Ertrag heranzuziehen, was beachtet werden sollte.

Ausland.

Der Streik der Hotel- und Restaurantangestellten in Paris hat eine für diese günstige Wendung genommen. Die Unternehmer setzen sich gezwungen, nachzugeben. Eine Delegation des Unternehmerverbandes hat, wie schon gemeldet, eine Unterredung mit dem Minister Clemenceau gehabt mit dem Resultat, daß sich die Unternehmer nunmehr zu Unterhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter herbeilassen wollen. Diese sollen unter dem Vorbehalt des Friedensrichters vom ersten Pariser Bezirk stattfinden. Was vermochte den Widerstand der Unternehmer so plötzlich zu brechen? Zweifellos ist es der Beschluß, den eine von circa 3000 Personen besuchte Versammlung der Köche faßte, der diese Wendung bewirkt hat. Die Köche beschloßen nämlich folgendes Ultimatum an die Unternehmer: Wenn bis Sonnabend eine Verständigung zwischen den Gastwirten und den streikenden Köchen nicht erzielt ist, werden auch die Köche und das übrige Personal in den Streik eintreten. Ein Maueranschlag, durch welchen die Köche ihre Beschlüsse zur Kenntnis gaben, endete mit den Worten: „Kameraden im Streik, haltet Euch gut; die Köche kommen Euch zu Hilfe!“ — Es steht zu hoffen, daß nunmehr eine Verständigung herbeigeführt wird.

Versammlungen.

Berein „Freier Kindergarten“. Auf der am 22. April im Volkshaus abgehaltenen Generalversammlung des Vereines gelangte nach der Erstattung des Kassens- und Geschäftsbereichs in einer sehr lebhaften Diskussion der einstimmige Wille der Mitglieder zum Ausdruck, nach der behördlichen Schließung des ersten freien Kindergartens die Tätigkeit des Vereines nicht als beendet anzusehen. Der Verein wird sich vielmehr mit um so größerer Entschiedenheit einer Reihe sehr wichtiger Aufgaben widmen, welche in der Richtung seiner allgemeinen Grundsätze liegen. Er wird auch fernerhin bestrebt sein, die Bedeutung des Kindergartenswesens der deutschen Arbeiterschaft durch Wort und Schrift ins Bewußtsein zu rufen. Eine besonders Aufmerksamkeit wird er der Pflege des gemeinsamen Spiels der Kinder auf Arbeiterfesten zuwenden. Er wird zu diesem Zwecke versuchen, sich eines Stammes geschulter Kindergärtnerinnen zu verschaffen, welche er den Arbeiterorganisationen für ihre Feste und Ausflüge zur Verfügung stellen will. Endlich wird er in der Aufklärung und Bildung der Arbeitermütter auf erzieherischem Gebiete durch Vorträge und Einrichtung von Mütterkursen ein fruchtbares Arbeitsfeld finden.

Der auscheidende Vorstand und Ausschuß wurde bis auf ein verbleibendes Mitglied wieder- und Schriftführer Heinrich Schulz neugewählt.

Es soll nun für den Verein ein neuer Abschnitt beginnen, in welchem er sich die Sympathien aller einer edlen und freibühlerischen Kindererziehung geneigten Volkskreise zu verdienen bestrebt sein will.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sozialdemokratischer Pressführer.

Frankfurt a. Main, 26. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Wegen Beleidigung Königsberger Richter wurde heute der Redakteur der hiesigen „Volkstimme“, Genosse Jander, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Einigung in der schlesischen Textilindustrie.

Oberlangenbielau, 26. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Die Arbeiter der Liechitzener Fabrik haben ihre Kündigung zurückgezogen; die Unternehmer haben daher auf die geplante Aussperrung der Textilarbeiter verzichtet. Maßregelungen sollen nicht stattfinden.

Unternehmerrückungen zum 1. Mai.

Leipzig, 26. April. (B. Z. B.) Die heute hier versammelt gewesenen Vertreter der Bergwerke der Halleischen, Geisler, Weichenfesser, Meuselwiger und der sächsischen Reviere beschlossen, die an sie herantretenden Forderungen um Freigabe des 1. Mai allgemein abzulehnen und gegen die feiernden Arbeiter vorzugehen.

Entgeltlicher Postzug.

Deggendorf, 26. April. (B. Z. B.) Heute morgen um 1/2 6 Uhr ist ein Postzug entgeltlich. Drei Wagen des Zuges sind vollständig zertrümmert, alle übrigen Wagen haben schwere Beschädigungen erlitten. Eine Person wurde schwer, mehrere leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Eine Hilfsexpedition ist nach der Unfallstelle abgegangen.

Die Unternehmer wollen keinen Frieden.

Paris, 26. April. (B. Z. B.) Die Arbeitgeber der Gassehausarbeiter und die Restaurateure haben mit 199 gegen 14 Stimmen den Schiedspruch eines Friedensrichters, den die Regierung angeregt hatte, verworfen.

Der Beginn der „liberalen“ Aera.

Petersburg, 26. April. (B. Z. B.) Heute wurden die drei sozialistischen Zeitungen „Zemlja i Trava“, „Narodni Golos“ und „Narodnaja Pravda“ geschlossen. Ferner wurde die heutige Nummer des „Rukhoje Inomia“, das Organ des Verbandes der wahrhaft russischen Leute, konfisziert.

In Wasserstaut.

Miew, 26. April. (B. Z. B.) Das Steigen des Dnepr nimmt drohende Dimensionen an. Einige Straßen der Unterstadt fließen unter Wasser. Der Verkehr wird mittels Booten durchgeführt. Die Bewohner der unteren Stadtviertel verlassen ihre Wohnungen. Das Wasser steigt immer mehr und droht großen Schaden anzurichten.

Attentat auf einen Polizeichef.

Karsum (Gouvernement Simbirsk), 26. April. (B. Z. B.) Der hiesige Kreispolizeichef wurde heute von einem ehemaligen Studenten des Veterinärinstituts durch drei Revolverkugeln schwer verwundet; der Täter wurde festgenommen.

Neue Unruhen.

Barbados, 26. April. (B. Z. B.) Die Rohlensträger auf der Insel Santa Lucia haben von neuem Unruhen hervorgerufen. Auf Ersuchen des Gouverneurs sind gestern eine Abteilung freiwilliger Truppen mit einem Maschinengeschütz und Mannschaften der Polizeitruppe dorthin abgegangen.

Reichstag.

89. Sitzung vom Freitag, den 26. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Herr v. Stengel, v. Einem. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Die Beratung wird eröffnet beim Kapitel Artillerie- und Waffenwesen, zusammen mit dem Kapitel Technische Institute.

Abg. Pauli (L.): Die Gehälter der Büchsenmacher und Oberbüchsenmacher sind ihrer Bedeutung nicht entsprechend; dazu kommt, daß ihr Aufwachen nicht nach dem Dienstalter geschieht, sondern daß sie von der Gunst ihrer Vorgesetzten abhängig sind. Bezüglich der Meister in den Werkstätten für die Infanterie und für die Artillerie hat General v. Arnim im vorigen Jahre eine Gleichstellung vorgeschlagen; leider ist aber in dieser Richtung gar nichts geschehen. Die Behandlung der Meistergehältern als Arbeiter ist ebenfalls nicht zu billigen. Ganz unverständlich ist, daß es in Spandau Werkstätten gibt, in denen einem Meister 574 Leute unterstellt sind; diese zu kontrollieren, ist er gar nicht in der Lage. Ganz unbillig ist es auch, daß die Maschinenführer seit fünfzehn Jahren überhaupt keine Aufbesserung erfahren haben. Ebenso müßten die Bautechniker mehr berücksichtigt werden. Redner wendet sich den verschiedenen Beamtencategorien in den Militärwerkstätten in Spandau zu, deren Gehälter besonders verbesserungsbedürftig seien. Ueber die Arbeiterverhältnisse ist in diesem Jahre wenig zu sagen. Die Arbeiter sind für die ihnen gewährte Aufbesserung dankbar. Aber gelehrte Spandauer dürfen nicht in eine Lohnklasse mit ungelerten gesetzt werden. Benachteiligt sind auch die von der Eisenbahnverwaltung übernommenen Lokomotivführer, die nicht fest angestellt werden, trotzdem sie schon seit vielen Jahren in Spandau beschäftigt sind. Ich bitte den Minister, sich dieser Leute anzunehmen.

Abg. Jubeil (Soz.):

Die gewünschte Rücksicht auf die Beschäftigten des Hauses kann ich nicht nehmen. Bei den Pferdepreisen gestern haben die Herren recht es nicht getan, heute, wo es sich um Arbeiter handelt, wünschen Sie es. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie liegt der Direktion der Militärwerkstätten schwer im Magen. In der Feldzeugmeisterei wurde ein Erlaß angeschlagen, worin auf einen Beschluß der Sozialdemokraten hingewiesen wird, Anhänger in den Werkstätten mittels eines Kartensystems zu gewinnen. Die Arbeiter werden bei Strafe der Kündigung darauf hingewiesen, darauf nicht einzugehen. Dieser Erlaß zeigt deutlich die nach den Wahlen herrschende Angst. Ein ungeheuerliches

Spionagegeheim

wird ausgeübt, um die Sozialdemokraten unter den Arbeitern zu entdecken. Auch die technischen Beamten beteiligen sich an dieser Spionagegeheim. Ein derartiger Beamter wollte Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins werden, doch antwortete man ihm: Leute, die ein so schmutziges Gewerbe betreiben, können nicht aufgenommen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr wandte sich nun an den sozialdemokratischen Wahlverein in Berlin, wohnt er dort, und er hatte die Unverschämtheit, zu fragen, ob er nicht an den internen Sitzungen teilnehmen könnte! Die Antwort, die er erhielt, hat er nicht hinter dem Spiegel gesteckt. Diese Spionagegeheim, die von der Direktion ausgeht, und die Leute, die sich dazu hergeben, sind aufs schärfste zu verurteilen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seit Jahren wurden hier berechnete Beschwerden vorgebracht, ohne daß ihnen Rechnung getragen wird. Es kommen Fälle vor, daß den Arbeitern der Lohn zurückgehalten wird. Den wohlverdienten Lohn entzieht man den schmer arbeitenden Leuten, während Unterhaltungen seitens der Vorgesetzten in großer Umlage vorkommen. Einiges hat in diesen Rüstwerkstätten die Kritik schon verbessert, aber mehr bleibt noch zu bessern. Der Abgeordnete Pauli hat schon auf die Stellung der Büchsenmacher hingewiesen und wie sie von dem Wohlwollen der Vorgesetzten abhängig sind. Diese Günstlingswirtschaft ist ein Krebsgeschwür in den Militärwerkstätten. Auch die Klassifizierung der Arbeiter muß zur Unzufriedenheit beitragen. Schloffer in der dritten Lohnklasse haben einen Stundenlohn von 49,8 Pf., während die der ersten und zweiten Lohnklasse 7,20 M. und 6,10 M. täglich verdienen.

Sie reden soviel von Terrorismus. In Spandau besteht ein Verein der in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter. Den Mitgliedern des Vorstandes wurde gefordert, weil er eine öffentliche Versammlung einberufen hatte, die gegen die hohen Fleischpreise und die Verteuerung der Lebensmittel gerichtet war. Dabei hat der Verein mit Polizei gar nichts zu tun. Die Kündigung wurde auch nicht zurückgenommen, obwohl die Vorstandmitglieder in ihren Gesuchen auf ihre 12jährige Tätigkeit in den Werkstätten hinwiesen. (Hört! hört!) Einem Arbeiter, der nach 12jähriger Tätigkeit um eine Unterstufung einlief, wurde sie abgelehnt. Keint der Herr Minister nicht, daß ein Arbeiter nach 12 Jahren seine Gesundheit bei der schweren Arbeit in Spandau zugelegt hat? (Sehr wahr!) Es war kein aufrechter Sozialdemokrat, sondern ein windelweicher Mann, der auf seine patriotische Gesinnung hinwies. Trotzdem wurde er abgewiesen. Auch ein Beitrag zur „gefüllten Kampfschiffel“. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Noch ein typischer Fall: Ein Arbeiter, der 16 Jahre in der Artilleriewerkstatt beschäftigt war und eine kleine Strafe erlitten hatte, wurde plötzlich auf Verreiben des Direktors in die Feuerwerkerabteilung versetzt. Nach 2 Jahren schied er dort freiwillig aus, um in der Privatindustrie eine Stellung anzunehmen; da erhielt er von der Artilleriewerkstatt das Zeugnis, unterzeichnet vom Direktor Hirschberg: „Sein Verhalten hat zu besonderem Tadel keinen Anlaß gegeben.“ Der Mann verfolgt jetzt vor den ordentlichen Gerichten seinen Anspruch auf ein der Gewerkeordnung entsprechendes Zeugnis, Feldzeugmeisterei und Kriegsministerium haben ihm auf seine Beschwerden kein Recht nicht zuteil werden lassen. Dingen hat ihm das Feuerwerklaboratorium auf seinen Wunsch bezeugt, daß er die ihm übertragenen Arbeiten mit großem Geschick und zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt habe und daß seine Führung stets gut gewesen sei.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Zeugnis des Direktors Hirschberg entsprang also nur der Anmaßung; aber so behandelt man in unseren „Rüstwerkstätten“ alte Arbeiter.

Dank unserer Tätigkeit ist ja nun in den Spandauer Werkstätten gemäß dem Vorbilde des preussischen Eisenbahnministers der Sommerurlaub für die Arbeiter eingeführt worden. Aber noch im vorigen Jahre hat der Generalmajor Gallwitz und auf diese unsere alte Forderung geantwortet, man könne nicht den Betrieb durch Urlaubsteilnahmen stülßen. Und nun auf einmal geht es! Aber es ist so heimlich wie möglich durchgeführt, kein Aufsehen zu einer großzügigen Sozialpolitik mit weitem Blick und idealem Sinn. Sie (nach rechts) können nicht genug auf den sozialdemokratischen Betrieben herumhaken. Aber kommen Sie einmal in unseren „Sommer“-Betrieb, da bekommt jeder Arbeiter seine Woche Sommerurlaub. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In den staatlichen Rüstbetrieben bekommen die Arbeiter nach 7 Jahren Dienstzeit vier Tage Urlaub, und auch dann nur, wenn sie ganz artige Kinder sind!

Die Arbeitszeit

beträgt in den Staatswerkstätten in Hanau, Siegburg, Strohburg und Danzig noch immer 10 Stunden; eine Verkürzung der Arbeitszeit um auch nur eine halbe Stunde würde die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter erhöhen und dadurch den Instituten selbst zugute kommen. In Hanau sind die Lohnunterschiede zwischen den älteren und jüngeren Arbeitern pro Tag 1 M. bis 1,00 M., pro Jahr bis zu 600 M. Die jungen Arbeiter müssen bis zu 15 Jahren warten,

ehe sie in die höhere Lohnklasse versetzt werden. Eine solche Freiheit sollte die Feldzeugmeisterei den Direktoren nicht lassen. In der Pulverfabrik wird den Arbeitern, die in diesem gesundheitsgefährlichen Betriebe nicht volle 300 Stunden im Jahr arbeiten, sondern etwa nur 200, die Gesundheitszulage von 10 Pf. entzogen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei hätte die Verwaltung selbst alles Interesse daran, daß die dort beschäftigten Arbeiter sich gut nähren können. Die Schutzkleider, die den Arbeitern geliefert worden sind, reichen und gewähren keinen Schutz. Daher sehen die Leute, wenn sie aus der Arbeit kommen, aus wie die Kängalen oder wie Kanarienvögel. (Große Heiterkeit.) Nach dem Baden sehen die Leute dann aus wie lebendige Leichname. So ist der verheerende Staub in ihren ganzen Organismus eingedrungen. Den Arbeitern sollten Lederhandschuhe und saubere, feste Schutzkleider geliefert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein weiteres sehr berechtigtes Verlangen dieser Arbeiter geht dahin, daß ihnen die Feiertage, die sie gesetzlich feiern müssen, bezahlt werden. Der Lohnausfall macht sich in dem schmalen Budget der Arbeiterfamilien sehr bemerkbar.

Noch einiges über

die Strafbestimmungen

in Spandau, Hanau und Siegburg. Für Zuspätkommen von 1 bis 15 Minuten wird 20 Pf. Strafe gezahlt, für 15 bis 30 Minuten 30 Pf., für 30 Minuten bis 1 Stunde auch 30 Pf., doch geht hier noch der Stundenlohn mit verloren, also wenn er 45 Pf. beträgt, beträgt die Strafe 75 Pf.! Nachträgliche Entschuldigung gibt es nicht, sie ist 24 Stunden vorher anzubringen! Dabei wohnen die Arbeiter in Hanau 1—1½ Stunden von den Werkstätten entfernt, und bei dem schlechten Wetter im letzten Winter mußten die Leute sich vielfach verspäten. Wie sehr in Hanau die Arbeiter ausgebeutet werden, beweist auch die steigende Zahl der Todesfälle. Es herrscht dort ein ungemessenes Spornsystem, unter dem die Arbeiter leiden. Nur bei dem Aufsichtspersonal spart man nicht. In einer Werkstätte hat man bei 45 Arbeitern 1 Ingenieur, 1 Chemiker als Assistenten, 1 Meister, 5 Meistergehülften und 1 Vorarbeiter! Das scheint doch wohl etwas zu viel Aufsicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie im Vorjahr, muß ich auch in diesem Jahre einen

Arbeiterhinder

mit Namen nennen, den Betriebsführer Dr. Huhn, der seit dem 1. Januar von Hanau nach Spandau versetzt ist; minutenlang läßt er die Leute mit 10—12 Zentner schweren Klößen in der Hand stehen! Er schiltaniert übrigens in gleicher Weise die Meister wie die Arbeiter, und auch der Meister hat sich eine große Erregung bemächtigt. In Hanau hat der Herr sich ein lebendes Andenken bei den Arbeitern gesichert. Würdig zur Seite stand ihm ein Chemiker, den die Arbeiter nur den „Gendarmen“ nennen. Die Arbeiter verlangen mit Recht menschenswürdige Behandlung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Vom Regierungstisch aus werden meine Ausführungen ja wieder als „übertrieben“ und „unwahr“ bezeichnet werden. Aber unsere Kritik zwingt die Regierung doch, wenn auch widerwillig und langsam, Verbesserungen in den Betrieben vorzunehmen. Wir werden das auch in Zukunft erreichen und unsere Pflicht wie bisher auch weiterhin erfüllen. (Draboi! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Becker (Z.): Wir haben in diesem Etat überall Verbesserungen der Löhne der Arbeiter; daher kann ich den Ausführungen des Vorredners nicht zustimmen. In Siegburg ist eine Pensionskasse eingerichtet; in einem Flugblatt wurde bei den Wahlen gesagt, daß die Verwaltung diese Wohlfahrtsinstitution zurücknehmen würde, wenn die Arbeiter den Gegner der Regierung wählen würden! Das ist geradezu eine Beleidigung der Militärverwaltung. Außerdem lenke ich die Aufmerksamkeit der Verwaltung auf die schlechte Bezahlung der Unterbeamten. Mit 600 M. stehen diese Leute sich vielfach schlechter als Arbeiter. (Zustimmung im Zentrum.)

General Sigt v. Arnim:

Herrn Becker kann ich sagen, daß die Pensionskasse in Siegburg mit den Wahlen nichts zu tun hatte. In Spandau sind Arbeiterlöhne aufgebessert, die unter den ortsüblichen waren. In den anderen Werkstätten werden auch Erhebungen darüber angestellt. Herr Pauli beklagt sich, daß beim Aufrücken der Büchsenmacher nicht nur nach dem Dienstalter entschieden wird, und Herr Jubeil sprach direkt von Günstlingswirtschaft. Die Qualifikation muß aber beim Aufrücken mitsprechen, das ist auch bei den Offizieren nicht anders. Herr Pauli sagte, daß ein Meister 574 Arbeiter zu kontrollieren habe, Herr Jubeil, daß bei 45 Arbeitern 9 Aufsichtsbeamte seien; daraus entnehme ich, daß im allgemeinen das Verhältnis das richtige ist. (Heiterkeit.) Den von Herrn Jubeil vorgebrachten Beschwerden werden wir nachgehen, und ich hoffe, daß sie sich als unberechtigt herausstellen werden. Aber bedauere ich, daß Herr Jubeil unter Namensnennung hier einen Beamten vor aller Welt einen Menschenhinder nennt, ohne daß im Augenblick die Tatsachen geprüft werden können. Herr Jubeil hat dann gegen die Leitung der Feldzeugmeisterei einen Vorwurf gerichtet wegen eines Erlasses gegen Leute, die sich in der Werkstatt agitatorisch betätigen. Die Verantwortung für diesen Erlaß trägt das Kriegsministerium. Wir wollen keine Heuchler, aber Arbeiter, die sich der Pflichten gegen den Staat bewußt sind. (Beifall rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.): Der Vorstand des Vereins von Arbeitern und Arbeiterinnen der königlichen Werkstätten in Spandau, von dem Herr Jubeil sprach, ist mit Recht entlassen worden, denn er hat meinem sozialdemokratischen Gegenkandidaten Gelegenheit gegeben, zu den Arbeitern der Werkstätten zu sprechen, und die Arbeiter werden natürlich aufgeregt, wenn man ihnen sagt, sie sollen höhere Löhne und längere Arbeitszeit verlangen. (Heiterkeit.) Der jetzige Vorsitzende des Vereins schreibt mir, daß der Verein von den Sozialdemokraten nichts zu hoffen hat und nichts zu hoffen wünscht. (Beifall rechts.)

Abg. Jubeil (Soz.): Agitatorische Tätigkeit innerhalb der Arbeitszeit verurteilen auch wir aufs schärfste, innerhalb der Arbeitszeit soll gearbeitet werden. Nicht darum handelt es sich bei dem von mir gerügten Erlaß, sondern um die Gesinnungsschneiferei, die bis in die engsten Familienkreise hinein getrieben wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese verurteilen wir auf das schärfste. Sie sagen, Sie wollen keine Heuchler in Ihren Betrieben; aber dadurch werden sie geradezu gezüchtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Pauli hat nicht zum ersten Male so plötzlich von einem Verein einen Brief erhalten, um ihn hier zu präsentieren. Daß die Dinge aber anders aussehen, als in dem Briefe geschrieben, beweist der sozialdemokratische Stimmenzuwachs in Spandau. Ohne Unterstützung dieser Herren (zu den Freisinnigen), und zwar beider Richtungen, wären Sie nicht hier. Diesen Herren verdanken Sie Ihre Wahl. (Draboi! rechts.) Aber daß Sie nicht wiederkommen, auch trotz der Unterstützung dieser Herren, dafür werden die Arbeiter sorgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Herr Jubeil hat von einem Ingenieur gesprochen, der seine Gesinnungsschneiferei bis in die Familien fortpflanzte und seine Nachrichten dann an das Kriegsministerium lieferte. Ich kann auf das bestimmteste konstatieren, daß an das Kriegsministerium nie eine derartige Mitteilung herangeraten worden ist. Insofern war also die Mitteilung des Abg. Jubeil falsch. (Hört! hört! rechts.)

Sächsischer Militärbefehlshaber v. Salza: Der Abg. Müller-Meinigen hat vorgestern einen Fall mitgeteilt, wonach in Dresden ein Referat betraut worden ist, weil er am Tage der Kontrollerversammlung eine Gewerkschaftsversammlung geleitet hätte. Ein Mann des Namens, wie der Abg. Müller angegeben, existiert beim

Dresdener Bezirkskommando überhaupt nicht, auch hat aus dem angeführten Grunde nie eine Verstrafung stattgefunden. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Abg. Jubeil (Soz.): Die Mitteilungen des Ingenieurs über die politische Gesinnung der Arbeiter gingen natürlich an die Direktion, nicht an das Kriegsministerium.

Abg. Pauli-Potsdam (L.): Ich hatte den Brief nicht bestellt, aber vielleicht hat es der Abgeordnete Jubeil getan. (Heiterkeit rechts.) Wenn der Abgeordnete Jubeil sich über meine Wiederwahl so aufregt...

Vizepräsident Dr. Baasche: Das ist nicht mehr persönlich; Sie dürfen nur richtigstellen, was falsch gesagt worden ist.

Abg. Pauli: Das will ich ja gerade. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Jubeil hat also recht, daß ich mit freisinniger Hilfe gewählt worden bin (Stufe des Präsidenten), nein, das kann ich nicht berechnen (Schallende Heiterkeit); aber Herr Jubeil vergißt zu sagen, wie oft er mit freisinniger Hilfe gewählt worden ist. Wenn die Freisinnigen das nächstmal ihre Schuldigkeit tun, fliegt er auch hinaus. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest der fortbauenden Ausgaben. Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Als Beihilfen an die Gemeinden Spandau, Siegburg und Lippstadt werden 30 000, 30 000 und 9000 M. gefordert.

Die Budgetkommission beantragt dazu, den Reichszentraler aufzufordern, noch im Laufe dieses Jahres dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den Gemeindeabgaben regelt.

Abg. Pauli-Potsdam (L.) bittet um Erhöhung der Entschädigung für Spandau und stimmt der Resolution zu.

Reichssekretär Herr v. Stengel sagt zu, daß die Vorlegung des gewünschten Gesetzentwurfs, der gegenwärtig ausgearbeitet werde, nach Möglichkeit beschleunigt werden sollte.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Diese Auskunft lautet sehr wenig befriedigend. Offenbar ist die preussische Regierung der Stein des Anstoßes. In der Sache selbst liegen doch wohl keine besonderen Schwierigkeiten. Ob die Reichsbetriebe Gewerbetriebe zur Erzielung von Gewinn sind oder nicht, ist für die Gemeinden vollkommen irrelevant. Die Stadt Spandau muß von ihrem Grundbesitz erhebliche Terrains verkaufen, um nur die Mittel für die nötigen Schulen usw. zu gewinnen. Freilich sind diese Verkäufe dem preussischen Landwirtschafts- und Finanzminister sehr angenehm; sie benutzen sie als Deduktion für ihre beabsichtigten Grundwerbverkäufe. Daher haben wir allen Grund, auf die größtmögliche Beschleunigung dieses Gesetzes zu dringen. (Draboi! bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Herr v. Stengel: Von der preussischen Regierung sind keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden; die Schwierigkeiten für die Konstruktion des Gesetzes liegen vielmehr in der Materie selbst, eben darin, daß es sich nicht um gewerbliche Betriebe, sondern um Betriebe des Reiches handelt. Ich kann nur nochmals versichern, daß die Beratungen möglichst beschleunigt werden sollen.

Die Titel und die Resolution werden hierauf angenommen. Die übrigen Titel oder Ausgaben werden debattelos angenommen.

Bei den Einnahmen rügt

Abg. Erzberger (Z.), daß das Gelände der Westbahn am Zoologischen Garten an das Offizierkorps der Landwehrinspektion Berlin billiger verkauft werde, als das Reich selbst dafür bezahlt habe.

Generalmajor v. Rodow: Das finanzielle Interesse des Staates ist gewahrt; denn den besten Teil des Geländes haben wir behalten.

Abg. Südekum (Soz.):

Ich habe drei Einwände gegen diese Etatposition. Zunächst eine formale. Die Position ist nicht genau angegeben; die genaue Vermessung und der genaue Preis wird vorbehalten. Das sollte der Reichstag nicht durchgehen lassen. Dazu kommt, daß der Preis ganz außerordentlich niedrig ist. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, würde ich Sie bitten, die Position abzulehnen. Wir werden auch in den künftigen Etats wieder Forderungen für Grundstücke haben. Das Reich sollte sich auf den Standpunkt stellen, ohne Not kein Stück Grund und Boden abzugeben. Weiter spricht gegen die Bewilligung ein allgemeiner Grund. Durch die Errichtung des geplanten Kasinos wird die Abschließung des Reserveoffizierkorps gefördert. Freilich sagte General v. Rodow, bisher seien solche Kasinos nicht gebaut worden und hier solle kein Präzedenz geschaffen werden. Aber wir wissen nicht, wie lange Herr v. Rodow noch hier sein wird, und erfahrungsmäßig werden solche Annehmungen später vergessen. Durch das Reserveoffizierkorps wird ein Streberet, ein Scharben unter fremde Meinungen gezogen, das sehr bedenklich ist. Die Regierung versucht sogar eine politische Bevormundung der Offiziere a. D. und verlangt von den Reserveoffizieren politische Betätigung in ihrem Sinne. Da sollte das Zentrum es sich doch sehr überlegen, einer Maßregel zur Stärkung dieses Reserveoffizierkorps zuzustimmen. (Draboi! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Die Offiziere a. D. unterstehen nicht dem Einflusse der Militärverwaltung; sie unterliegen nur den Ehrengerichten, und noch nie ist ein Offizier wegen politischer Dinge vor ein Ehrengericht gestellt worden.

Ich gebe zu, daß es etatsrechtlich bedenklich ist, in den Etat eine Position hineinzuschreiben vorbehaltlich genauer Vermessungen und Abschätzungen. Aber wir brauchen die Position in den Einnahmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt weiter hinzu, daß wir dieses Terrain nicht irgendwie benutzen können.

Abg. Erzberger (Z.): Ich bedauere, daß die Aufklärung darüber, daß es sich nur um das Hinterland handelt, nicht schon in der Budgetkommission gegeben ist. Aber da tatsächlich das Gelände sonst unbenutzt bleibt, bitte ich, dem Verlauf zuzustimmen.

Abg. Dove (Fp. Bg.): Die drei freisinnigen Parteien können dieser Position nicht zustimmen. Wenn das Gelände doch für das Intendanturgebäude des III. Armeekorps gebraucht wird, so liegt kein Anlaß vor, es jetzt leichter Hand fortzugeben.

Abg. Dr. Baasche beantragt, die Position an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Herr Kriegsminister sagte: „Wenn das Terrain nicht an das Offizierkorps verkauft wird, dann werden wir eben das Intendanturgebäude an die bisherigen weitaufziger bauen.“ Das sind keine Grundfälle, mit denen wir verhandeln können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Intendanturgebäude braucht einen bestimmten Raum, oder es braucht ihn nicht; man kann aber nicht willkürlich über das notwendige hinausgehen. — Gegen den Grundfall, daß das Reich nicht Grundstücke aus der Hand geben sollte, die es vermutlich in absehbarer Zeit brauchen kann, ist kein einziger durchschlagender Grund ins Feld geführt worden.

Auf die Abschließung des Reserveoffizierkorps von der übrigen Bevölkerung ist der Herr Kriegsminister nicht eingegangen. Glauben Sie aber doch nicht, daß es sich hier lediglich um einen Versammlungsraum handeln soll, sondern das soll ein richtiges Offizierskasino werden, und jeder Reserveoffizier wird dann seine Hochzeiten und Familienfeste dort feiern müssen, schon mit Rücksicht auf die hohen Betriebskosten. Die Kontrolle der Reserveoffiziere wird dann sofort gehen, daß sie selbst dabei einen horror (Wischen) empfinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dies Kasino dann mitten im Westen liegt, heißt es einfach „antreten“! Das ist natürlich kein Dienstbefehl, aber es hat genau dieselbe Wirkung. All das sollte uns veranlassen, die Forderung glatt abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Das Reserveoffizierkorps in Berlin beträgt 300 Reserveoffiziere. Darunter befinden sich Kavaliere,

Bankiers, Schauspieler, alles Leute, die keine Rentiers sind, sondern ihre Beschäftigung haben. Wie sollen sich diese durch den Bau eines Kasinos einfinden und von der Bevölkerung, mit der sie täglich verkehren, entfremden? Ich protestiere gegen die Behauptung, daß hier das Terrain zu billig veräußert wird. — In betreff des Intendantengebäudes bemerke ich Herrn Südekum, daß das Gebäude seine bestimmte Größe hat, aber wenn man Platz hat, so kann man es doch ein wenig vergrößern.

Abg. de Wendel (E.): Als ehemaliger Offizier protestiere ich gegen die Behauptung des Abg. Südekum, daß die Offiziere a. D. nicht politisch selbständig seien.

Abg. Dr. Dahn (D. v. L.): Schließt sich diesem Protest an.

Abg. Erzberger (Z.): Wenn wir die Vorlage ablehnen, wird das Offizierskasino doch gebaut, nur auf einem anderen Plage.

Abg. Lattmann (Antik.): In einer Richtung sind die Referendare politisch gebunden: jeder Offizier, der die Sozialdemokratie unterstützt, handelt ehrlos. (Wachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baasche (zur Geschäftsordnung): Ich ziehe meinen Antrag auf Zurückverweisung der Position an die Budgetkommission zurück.

Die Position wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen. (Rufe: Der neue Block! Weiterkeit.)

Der Rest des Militäretats wird debattelos angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Etat der Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei, Novelle zum Reichsbeamtengesetz. Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.
(Sitzung vom 26. April.)

Vor die Beratung des Kolonialrats fortgesetzt wird, kommt endlich die Angelegenheit des neuen Reichsmilitärgerichts zum Abschluß. Die Anforderung ist schon ein paarmal zurückgestellt worden, weil das Bittlebenische Grundstück zu teuer war. Zuletzt hat eine Exkursion stattgefunden, bei der auf Singers Anregung auch das Gelände des Botanischen Gartens besichtigt wurde. Das Gelände ist sehr passend, aber es ist wesentlich teurer als das Bittlebenische. Es wird beschlossen, nunmehr den Vorschlag der Regierung zu akzeptieren und die angeforderte Summe zu bewilligen.

Abg. v. Richthofen berichtet sodann über die Beratungen der Subkommission für

Regelung der Reichszuschüsse zu den Kolonien.

Es war vorgeschlagen worden, daß der Reichszuschuß subsidiär sein soll, d. h. daß Ueberschüsse an die Reichskasse zurückfließen sollen. Dieser Vorschlag fand keine Annahme. Die Regierung fürchtet von einer solchen Regelung nachteilige Folgen in bezug auf die Sparfameit der Gouverneure: Die Gouverneure würden sparsamer wirtschaften, wenn die Ueberschüsse bei dem Etat der Kolonien bleiben. Die Subkommission hat sich auf folgende Beschlüsse geeinigt:

Für diejenigen Schutzgebiete, die einen Reichszuschuß nicht mehr bedürfen, ist ein Ausgleichsfonds aus den eigenen Einnahmen zu bilden, aus dem zunächst etwaige Fehlbeträge Deckung finden können.

Nach längerer Debatte wird dieser Beschluß als Resolution zum Kolonialetat von der Kommission angenommen.

Etat für Togo

weist 2 073 940 M. Einnahme auf; davon entfallen auf Steuern 85 000 M. und auf Zölle 1 672 000 M. Reichszuschuß erfordert Togo nicht; es bleibt noch eine Summe von 11 800 M. als Reservefonds übrig. Trotzdem die Kollektoren erheblich gestiegen sind, wird hier nicht mehr eingestrichelt, da das für den Etat zunächst ohne Bedeutung ist, weil ein Reichszuschuß nicht in Anspruch genommen wird. In der Besprechung wird dringend Einschränkung des Schnapsverkaufs gefordert. Arndt hat den Reichsdirektor nur in Verbindung mit Schnapsniederlagen gesehen! Weiter verlangt Arndt bessere Postverbindung und größere Umstaut des Gouverneurs, damit nicht der Reis, der in Togo angebaut wird, erst nach Hamburg geht, um von da nach Kamerun transportiert zu werden! Der Regierungsvertreter erklärt, daß die Regierung die Absicht habe, den Verkauf des Branntweins in gewissen Bezirken ganz zu verbieten, um die Gegenden, in denen die Branntweinpest noch nicht herrscht, frei zu halten. Aber man müsse vorsichtig sein, weil die Haupterträge der Kolonie aus den Branntweinsäften kommen!

Bei den Ausgaben, Titel 1 „Gouverneur“, fragt Ledebour an, ob den Eingeborenen das ihnen von den Landgesellschaften zu viel abgenommene Land zurückgegeben worden sei; den Eingeborenen habe man so wenig Land gelassen, daß es nicht mehr zur Freizügigkeit der Existenz ausreicht. Hier sei obendrein das Reichsinteresse im Spiel; denn es stehe fest, daß die Baumwollproduktion in eigenen Kulturen der Eingeborenen vorteilhafter sei als bei den Anlagen der Gesellschaften.

Ein Regierungsvertreter gibt Auskunft dahin, daß eine Kommission eingeseht sei und Zählungen und Schätzungen der Eingeborenen stattfinden, nach deren Ergebnis die Rückgabe erfolgen soll. Die Angelegenheit sei noch in der Schwebe. — Ledebour ist mit dieser Auskunft nicht zufrieden und schildert, wie die Eingeborenen direkt befehligen worden seien, indem man ihnen den Sektor Land für 10 M. abnahm. Dornburg gibt Ledebour an, daß sich die Entwicklung Togos nur auf der Eingeborenen-Kultur aufbauen kann. Aber eben deswegen sei von dem Gouverneur zu erwarten, daß er die Interessen der Eingeborenen wahrnimmt. Auch könne er nicht zugeben, daß in der Sache zu langsam gearbeitet worden sei. Abg. Storz bespricht sich über die Streng des Gouverneurs und legt einen Beamten-Anstellungsvertrag vor, der ziemlich rigoros ist. Semler aber ist damit sehr zufrieden: wir sollten uns freuen, einmal einen Gouverneur zu haben, der nach kaufmännischen Grundsätzen verfährt. Stauby bespricht sich ebenfalls über die Behandlung, die der Gouverneur den Beamten angedeihen läßt; vor allem sei die einmonatige Kündigung zu verwerfen, und auch die Bezahlung soll ungenügend sein. Ein Regierungsvertreter gibt an, daß es sich in dem von Stauby erwähnten Fall um einen Beamten handele, der in der unteren Stelle nicht bleiben wollte, für eine höhere sich aber nicht eignete.

Bei den Militärausgaben fragt Ledebour an, aus welchen Stämmen sich die Polizeitruppen rekrutieren. Die Regierung erklärt, daß in Togo wie in Kamerun Leute aus westafrikanischen Stämmen und aus den Eingeborenen genommen werden. Ledebour möchte, um Reibungen zu verhindern, möglichst nicht ganz fremde Leute angeworben wissen.

Für Entschädigung an Beamte, die aus dem Kolonialdienst ausgeschieden, sind 5000 M. eingestellt. Hierzu hat Spahn eine Resolution beantragt, welche Unterstützung aller derjenigen verlangt, deren Gesundheit im Tropenland gelitten hat. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Die Regierung sagte wohlwollende Prüfung zu. Alle Ausgaben und Einnahmen werden im übrigen ohne Änderung bewilligt.

Der Etat für Neu-Guinea

weist an Einnahmen 1 515 225 M. auf (Steuern 55 000 M., Zölle 245 000 M.). Ein Reichszuschuß ist nicht notwendig; es bleiben 4000 M. im Reservefonds. Erzberger wendet sich gegen die Ausfuhr von Arbeitern durch Ansfiedler; die Regierung sagt Vermeidung zu. Ledebour fragt an, wie der Betrieb der Ansfiedler organisiert ist: ob es sich um Farm- oder bäuerlichen Betrieb handelt. Nach der Erklärung der Regierung ist es gemeinsamer Betrieb; die Ansfiedler arbeiten selbst mit, halten sich aber schwarze Hilfskräfte. — Ausgaben und Einnahmen werden unverändert genehmigt.

Der Etat für die Karolinen

balanziert mit 482 441 M.; Reichszuschuß ist nicht erforderlich, dem Reservefonds fließen 1351 M. zu; da aber 10 000 M., die für Vermessung der Eingeborenengrundstücke angelegt sind, auf Antrag des Referenten gestrichen werden, erhöht sich der Reservefonds um diesen Betrag. Der Etat wird im übrigen bewilligt.

Der Etat für Samoa

hat 735 504 M. Einnahmen (darunter 145 600 M. Steuern, 330 000 M. Postzölle, 25 000 M. Ertragszölle aus dem Rechnungsjahr 1906). Der Reichszuschuß beträgt 179 841 M.

Erzberger kritisiert die Verschwendung, die mit dem großen Beamtenapparat in dieser kleinen Kolonie getrieben wird. Außerdem habe man einen Polizeimeister, der Brutalität beging, befördert, statt ihn abzusehen. Der Regierungsvertreter erklärt, daß Samoa schon eine ausgebildete Verwaltung habe, als es in deutschen Besitz kam; man konnte also nicht viel machen. Der Polizeimeister ist Chinesenkommissar geworden, wozu er sich gut eignet. — Ledebour kritisiert die Einfuhr von Chinesen und hebt die Gefahren hervor, die das mit sich bringt. Nach einigen weiteren Bemerkungen über eine militärische Ehrengarde des Gouverneurs von Samoa und die samoanische Selbstverwaltung und nach ziemlich allgemeiner abfälliger Kritik an der teuren Verwaltung, die umso mehr zu tabeln sei, als Samoa Reichszuschuß erfordere, wird der Etat nach der Vorlage bewilligt.

Es steht nunmehr vom Kolonialetat noch aus Südwestafrika und Kiautschou.

Aus der Partei.

Die Maisfeier.

Ein Verbot des Maisfestumzuges hat für dieses Jahr auch der Magistrat in Saalfeld an der Saale erlassen. Ebenso verweigerte die hochwohlwollende Behörde auch die Genehmigung zur Abhaltung der Maisfeier auf dem städtischen Schießhausplatz. Schon vor circa 10 Jahren verbot der Saalfelder Magistrat den Maisfestzug, doch hob das Ministerium in Weimingen das Verbot mit der Begründung auf, daß ein solches sich nicht rechtfertige, solange keine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorkomme. Der sozialdemokratische Verein hat gegen das diesjährige Verbot sofort Beschwerde beim Ministerium eingelegt. Es wird sich nun zeigen, ob das Ministerium des „liberalen“ Herzogtums den Wert der Konsequenz besitzt und eine Regel, die es vor einem Jahrzehnt aufgestellt hat, auch jetzt noch den untergeordneten Organen gegenüber zur Geltung zu bringen gewillt ist.

Noch ein Ungeheuer. Von seinem Amt als Mitglied des Schulkollegiums enthoben wurde, wie jüngst in Stellingen-Langensfeld, jetzt auch in Eidelstedt ein der sozialdemokratischen Partei angehöriges Mitglied.

Der sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt) hat sein im Volkshaus eingerichtetes Heim eröffnet. Mit der am 1. April erfolgten Verschmelzung mit dem Leipziger Arbeiter-(Bildungs-)Verein hatte der Kreisverein dessen Aufgaben übernommen und nunmehr im Volkshaus Räume beschafft, in denen die bisher 2500 Bände zählende, durch die Einverleibung von sechs Gewerkschaftsbibliotheken auf 4300 Bände gestiegene Bibliothek untergebracht worden ist; ein schönes großes Lesezimmer bietet angenehmen Aufenthalt. Für die kürzlich errichtete Jugendorganisation sind am Saalbau mehrere Zimmer hergerichtet worden, die nach dem Garten hinaus liegen und den jungen Leuten eine angenehme Stätte der Erholung bieten. Im Lesezimmer liegen sämtliche Partei- und Gewerkschaftszeitungen aus.

Die Errichtung eines Arbeiterssekretariats beschloß am Mittwoch das Gewerkschafts-Komitee in Erfurt. Dafür stimmten die Vertreter von 28 Gewerkschaften, dagegen 2, nicht vertreten waren 2 Gewerkschaften. Unter den dagegen stimmenden Gewerkschaften befand sich die stärkste der hiesigen Organisationen die Holzarbeiter, doch kann auch deren spätere Zustimmung noch erwartet werden. Als Zeitpunkt der Errichtung des Sekretariats ist der 1. Oktober d. J. bestimmt worden. Die Vorarbeiten wurden einer besonderen Kommission übertragen. Mit diesem Beschluß haben die Erfurter Gewerkschaften einen bedeutenden, schon lange als notwendig erkannten Schritt getan, der seinen günstigen Einfluß auf die Fortentwicklung der Erfurter organisierten Arbeiterschaft nicht verfehlen wird. Dem Gewerkschafts-Komitee sind gegenwärtig über 5000 organisierte Arbeiter angegeschlossen.

Zum sozialdemokratischen Sieg in Zürich wird uns noch geschrieben: Im bürgerlichen Lager herrscht Jammer und Wehklagen. Mit vorläufigem Siegesruhm hohnte am Abend vor der Wahl die „Züricher Bg.“: „Es wird am Sonntagabend Klage sein in Ausersehl“, d. h. in der sozialdemokratischen Partei, und nun ist die Klage im bürgerlichen Lager in Ausersehl wie in den übrigen vier Kreisen der Stadt, in ganz Zürich. Die Arbeiterschaft hielt gründliche Abrechnung mit dem brutalen Gewaltregiment, dessen Träger der nun auf der Straße gefesselte liberale Stadtrat und städtische Polizeidirektor Welti war und das im vorigen Sommer anlässlich der Streiks seine blutigen Organe von entsetzlicher Rohheit, Bestialität und Gewalttätigkeit gegenüber der Arbeiterschaft feierte. Es gab keine Schandtat der Züricher Polizei, die nicht in ihrem Chef ihren stets bereiten Verteidiger gefunden hätte. Die sozialdemokratischen Vertreter im Großen Stadtrat mochten Klagen auf Klagen, belegte mit unüberleglichem Beweismaterial, gegen die Polizei vorbringen; Herr Welti befreit alles, schwächte alles ab oder beschönigte es und empfahl schließlich, begleitet von dem verständnislosen Veißall der kompakten bürgerlichen Majorität, seine Polizei als das Kind, das reiner als ein Engel sei. Mit klarem Zielbewußtsein bemühten am Sonntag die Arbeitermassen ihren Stimmzettel als mächtige Waffe und setzten damit den bornierten Polizeimenschen hinweg. Es ist ein Akt sühnender Gerechtigkeit, der da am Sonntag an dem Liebling aller Schanzmacher und Arbeiterfeinde vollzogen wurde und mit dem auch seine besondere Schutztruppe, der reaktionäre „Bürgerverband wahrhaft zürcherischer Leute“, dem aber auch gleichgesinnte Ausländer angehören und der die schweizerische Ausgabe des deutschen Reichs-Lagenverbandes ist, die verdiente Niederlage erlitt, denn er trieb eine unglaublich maßlose und gewissenlose Dege und stachelte gerade dadurch die Arbeitermassen auf.

Am Montagabend zogen 8000 Arbeiter in einem imposanten Demonstrationzug mit zwei Russkappellen und Vereinsbannern durch die Straßen der Stadt, um ihrer Freude über den errungenen Wahlsieg öffentlich Ausdruck zu geben. Vor dem Redaktionstotal des „Volkrecht“ in Ausersehl fand die gewaltige Demonstration, deren Teilnehmer bis auf 10 000 angewachsen waren, nach begeisterten Ansprachen der Genossen Pfarrer Pfleger, Eismann und Grewlich ihren befriedigenden Abschluß.

Der 21. April 1907 eröffnet für die Weiterentwicklung der Züricher Sozialdemokratie die herrlichsten Aussichten — es geht vorwärts!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wahlkampfabwehr. Wegen Beleidigung der Schutztruppe in Südwestafrika, begangen zur Zeit des Reichstagswahlkampfes, wurde von der Strafkammer in Eberfeld der Geschäftsführer des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, Genosse Dettmering, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Dettmering hatte am 2. Februar in einer Wählerversammlung der Christlichsozialen und Bürgerpartei erklärt, die Schutztruppe habe in Südwestafrika Schand- und Gräueltaten verübt.

Derselben Straftat soll sich Genosse Bachmann in Chemnitz schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht zu Schneberg verurteilte ihn zu 75 M. Geldstrafe, weil er in einer Versammlung gesagt haben soll, „es sei nur der Abkhan der Offiziere und Mannschaften nach Südwestafrika geschickt worden“. Genosse Bachmann bestritt die Äußerung in diesem Sinne getan zu haben. Die von der Anklagebehörde geladenen Zeugen sagten jedoch im großen und ganzen zugunsten des Angeklagten aus.

Die russische Revolution.

Kein liberales Kabinett!

Petersburg, 26. April. Die Gerüchte von einer Umgestaltung des Kabinetts in liberalem Sinne finden nirgend Glauben. Stolypin erklärte auf eine Anfrage, es liege garnichts vor, was diesen Gerüchten auch nur einen Schein von Glaubwürdigkeit verleihen könnte.

Herr Stolypin brauchte sich mit dem Dementi wirklich nicht zu bemühen. Man weiß, daß, solange er atmen kann, Reaktion Trumpf sein wird.

Die Folterkammern.

Petersburg, 26. April. (Reichsbüro.) Die heutige Sitzung gilt der Interpellation wegen der Vorgänge in Alga. Zahlreiche Redner geben neue Schilderungen von den Gefängnissen beengenden Rhythmandlungen. Der Justizminister erklärt, daß eine Untersuchung bereits angeordnet sei und daß er weiter nichts zu bemerken habe; er sei indes erstaunt darüber, daß die Berichte über die Grausamkeiten keinerlei Angaben enthielten über die Quellen, wo die Beweise zu finden seien. In Erwiderung auf Einwendungen der Deputierten Hessen und Bergamont ergriff der Minister dreimal das Wort. Die beiden Redner führen aus, die Duma habe die Regierung interpelliert, und dieser liege nicht das Recht zu, Beweise von der Duma zu verlangen. Nach Schluß der Debatte wird ein Antrag der Sozialisten und Populisten angenommen: ob die Regierung die Absicht habe, einige Beamte vor ihrer eventuellen Rehabilitierung durch die gerichtliche Untersuchung zu entlassen. Der Antrag wird mit aller gegen vier Stimmen angenommen.

Die Sitzung wird darauf kurz nach sechs geschlossen.

Gehimsitzung.

Petersburg, 26. April. Die Duma wird am Montag von 11 Uhr ab eine geheime Sitzung abhalten, um die Rekrutierungsfrage zu erwägen. Die öffentliche Sitzung wird um 2 Uhr wie gewöhnlich ihren Anfang nehmen.

Ein strenger Herr.

In Saku dauert der Ausstand der Schiffbesatzungen fort. Der berüchtigte, überschneidige General Taube hat mit folgendem Erlaß in den Kampf eingegriffen:

„Ich habe in den letzten Wochen alle Mittel angewandt, um zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu vermitteln und die Lage der Arbeiter zu verbessern. — Ich erkenne an, daß die durch erhebliche Zustände der Arbeitgeber erreichten Resultate für die Arbeiter durchaus befriedigend sind. (!) Da ich infolgedessen weitere Besprechungen für unnütigen Zeitverlust halte, weicher die Arbeiter ihres normalen Lohnes beraubt, mache ich hiermit folgendes bekannt:

Die Kapitäne, ihre Gehälfen und die Maschinisten haben sich am Freitag, den 28. April, um 6 Uhr abends, auf ihren Schiffen einzufinden. Zuwiderhandelnbe verfallen einer Strafe von drei Monaten Gefängnis und 3000 Rubel Geldstrafe oder Verbannung nach entfernter Provinzen. Kannschaften, welche sich nicht zur angegebenen Zeit einfinden, werden ausgewiesen.

Arbeitgeber, welche die Ausführung der Artikel 1 und 2 dieser Verordnung verhindern, unterliegen einer Strafe von 3 Monaten Gefängnis, 3000 Rubel Buße und Ausweisung. Alle Versuche des Widerstandes oder der Gewalttätigkeit werden unmissverständlich mit bewaffneter Hand unterdrückt werden.“

General Taube vergißt — wie es scheint —, daß die strengen Herren meist nicht lange regieren — besonders in Rußland.

Stolypins schöne Worte und seine — Tatenlosigkeit.

Der Hilfsverein der deutschen Juden erhält das nachstehende Telegramm, das überaus erste Beschwörungen zum Ausdruck bringt:

Petersburg, 26. April. Das Besprechen Stolypins, daß er einer Deputation gab: keine Pogrome zuzulassen, kann keine Beruhigung bringen, da gleichzeitig die Propaganda des Verbandes des russischen Volkes im hiesigen Rußland ist und Stolypin gegen diese Propaganda nichts tut. Die Verbandsfürsorge in den verschiedensten Städten erklären offen, sie können alles nach ihrem Wunsch durchsetzen! — Es sind auch in der Provinz, wie feststeht, Propagandisten bereits zusammengestellt, die dem Verwaltungsrat des Verbandes nach Petersburg einmarschieren werden. Darauf werden die vom Verband für gewöhnlich erklärten Personen verhaftet oder ausgewiesen! Beamte der Provinzialbehörden, welche dem Verbande unangenehm sind, werden veretzt. Die Mitglieder des Verbandes mißbrauchen den kaiserlichen Namen mit Hinweis auf geschätzte Begnadigungen und behaupten, es sei ihnen alles erlaubt! —

Stolypin wird öffentlich in der schwarzen Presse für einen Verräter erklärt. Gestern veröffentlichte „Ruhosje Inamja“ ein Gesuch an den Kaiser, das mit folgenden Worten schloß: „Kaiser, auf Deinem Gewissen laist große Verantwortung vor dem Volke, das Dich liebt, Dir traut, Kaiser, veräume keinen Tag; We die Duma auf, oder es wird zu spät sein. Nimm auf Dein Gewissen nicht Blut, das unabwendlich fließen muß, wenn Du ägerst.“

Diese unbehinderte, öffentliche Aufreizung zum Blutvergießen steigert die Beunruhigung im höchsten Grade. —

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter zum Duell gefordert.

Während der Debatte über den Regierungsantrag, drei sozialdemokratische Deputierte aus der Duma auszuschließen, weil sie „wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei Rußlands“ unter Anklage gestellt worden seien, unterwarf Genosse Kalkitkin, früherer Vize-Gouverneur des Fergan-Gebietes, die russischen Gerichte einer strengen Kritik und schloß mit den scharfen, aber zutreffenden Worten, daß die russische Justiz sich „meißelnd öffentlich verfeigern lasse“.

Einer der Petersburger Professoregehälfen betrieb daraufhin eine Versammlung seiner Kollegen, an der gegen 20 Personen teilnahmen und die den Beschluß faßte, Kalkitkin aufzufordern, seine Worte öffentlich zurückzunehmen, widrigenfalls er gefordert werden würde. Es wurde gelost, wer die Forderung übernehmen sollte. Das Los fiel auf den Professoregehälfen S. Da dieser aber als Familienvater sich der Gefahr nicht aussetzen mochte, so erklärte einer seiner Kollegen, Kuban, daß er an seine Stelle trete.

Als Antwort auf die Forderung erklärte Genosse Kalkitkin, daß er erstens prinzipieller Gegner des Duells sei, zweitens als Volksvertreter im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gesprochen habe und daß er nur seinen Wählern und seiner Partei für seine Worte verantwortlich sei.

Die Fraktion erklärte sich mit der Stellungnahme Kalkitkins vollständig einverstanden.

Sind Unterhaltungen ohne polizeiliche Genehmigung in Preußen gestattet?

Zu einer Verneinung der in der Ueberschrift gestellten Frage möchte man auf Grund eines Kammergerichtsurteils gelangen, das am Dienstag gefällt wurde, wenn das Urteil vor objektiver Kritik standhalten würde.

Der Sachverhalt ist folgender:

Eines Sonntags, kurz vor der vorjährigen Reichstagswahl im Kreise Weuthen-Tarnowitz, erschienen drei Männer im Orte Kalko, um Flugblätter zu verbreiten. Unter ihnen der Reichstagskandidat der Sozialdemokratie, Arbeitersekretär Scholtyssek. In dem Orte herrscht nun (nach richterlicher Feststellung) die Sitte, daß die männlichen Einwohner sich an Sonntagen zu gewohnter Zeit auf der Straße treffen und sich unterhalten, daß sie besonders in der Nähe des Wirtshauses zusammenstehen. So war es auch an diesem Sonntag. Als Scholtyssek sich gegenüber einem Wirtshaus befand,

trat ein Arbeiter B. an ihn heran und machte ihn darauf aufmerksam, daß ein Flugblatt auch dem Amtssekretär in die Wohnung hineingeworfen sei. Scholtzky sagte, das habe nichts, und kam mit dem Arbeiter ins Gespräch. Der erzählte nun, daß Scholtzky der sozialdemokratische Kandidat sei. B. sprach zu ihm nunmehr vertrauensvoll auch von seiner eigenen Person. Daß er schwer arbeiten müsse usw. Sch. erwiderte, die Bergarbeiter erhielten zu wenig Lohn. In dem Augenblick kam ein anderer Einwohner heran und fragte B., wer der fremde Herr sei. Als er hörte, es wäre Scholtzky, blieb er ebenfalls stehen. Das zog noch mehr Personen an, bis etwa 15 Personen sich umstanden, der sein Gespräch noch eine Weile fortsetzte. — Demnach erhielt Scholtzky eine Anklage und das Landgericht Neuzin D/S. verurteilte ihn auf Grund der §§ 9 und 17 des preussischen Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe von 30 M., weil er an einer politisch nicht genehmigten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel teilgenommen habe und in ihr als Redner aufgetreten sei. Unter anderem führte das Gericht aus: Als sich noch mehr Personen hinzugefunden hätten, um das Gespräch des Angeklagten mit ihren beiden Kameraden anzuhören, habe Angeklagter fortgeführt, über die geringen Löhne der Bergarbeiter zu sprechen. Ihnen gegenüber habe er auf den Reichtum der Arbeitgeber hingewiesen und als Mittel zur Abhilfe vorgeschlagen, daß die Grubenbesitzer 10 Prozent von ihrem Einkommen abgeben sollten. Diese Darlegungen seien nun nicht so gefallen, daß bald dieser bald jener mit ihm Worte wechselte, sondern in der Weise eines anhaltenden Vortrages etwa eine Viertel bis eine halbe Stunde, wenn auch dann und wann Zwischenbemerkungen der Umstehenden laut geworden seien und diese untereinander zwischen durch ihre Meinungen ausgetauscht hätten. Angeklagter habe zwar im gewöhnlichen Gesprächston gesprochen. Die Umstehenden hätten ihn aber hören können. Es sei allerdings dem Angeklagten zu glauben, daß er nur wegen der Flugblattverbreitung nach R. gekommen sei und höchstens eine Stunde für den Ort übrig gehabt habe. Dennoch habe er sich um eine Versammlung gehandelt. Sie sei eben nach und nach zustande gekommen und 15 Personen seien auch eine nicht zu kleine Zahl. Aus der Form der Unterhaltung sei ferner eine Rede geworden. Und zweifellos sei die Versammlung eine „öffentliche“ gewesen und eine solche unter freiem Himmel.

Der Angeklagte legte Revision ein und betonte, zu dem Gespräch mit einem Kammerer beziehungsweise mit zwei Leuten seien die anderen nur hinzugekommen, um es zu belauschen.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht fand die Ausführungen des Landgerichts zum Teil stark gekünstelt; die Revision mühte aber an den tatsächlichen Feststellungen scheitern. Das Kammergericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg verwarf die Revision mit folgender Begründung: Eigentlich hätte das Landgericht die Straftat sogar als ein Vergehen (§ 17 Absatz 2) behandeln müssen. Denn bei der großen Gemeingefährlichkeit solcher Taten rechne der Gesetzgeber mit einem Vergehen (nicht bloß „Uebertretung“). Das Urteil sei durchaus nicht gekünstelt. Solche Sachen würden so gemacht, wie es der Angeklagte getan habe, indem er denen, die es hören wollten, seine sozialpolitische Weisheit zutage förderte und die Begierde der Massen aufregte, indem er sagte, die reichen Bergwerksbesitzer müßten 10 Proz. abgeben, was für die schlechtesten Bergarbeiter sehr vorteilhaft gewesen sein werde.

Die Urteile des Kammergerichts auf dem vereinsrechtlichen Gebiete sind in wachsendem Maße dazu angetan, die Gemeingefährlichkeit preussischer Vereinigungen des Vereinsrechts offen zu legen. Freilich kennen wir derartige Urteile nur in Prozessen gegen Arbeiter. Wäre die vom Kammergericht gebilligte Auslegung des Begriffes Versammlung zutreffend, so wäre so ziemlich jede Unterhaltung über ernste Dinge eine „Versammlung“. Strafbar wäre mithin so ziemlich jeder Deutsche, der nicht so verbrodelt ist, daß er über ernste Dinge sich nicht unterhält. Ist die strenge Auslegung des Vereinsgesetzes richtig, so ist absolut unverständlich, weshalb nicht der Reichskanzler wegen seiner öffentlichen Versammlungsrede, die er nach den Wahlen in der Wilhelmstraße hielt, unter Anklage gestellt ist. Im Falle Scholtzky eine gekünstelte Versammlungsanklage, aber Verurteilung, im Falle v. Bülow klare Verletzung des Vereinsgesetzes, aber Nichtanklage. Wo die Justiz so klar wie in Preußen in gespanntem Verhältnis zur Gerechtigkeit steht, müssen die Grundpfeiler der Rechtsordnung morsche und faule sein. Der dauernde Gegensatz zwischen dem Rechtsempfinden und dem Gesetz oder der Gesetzesauslegung zeigt aller Welt die innere Schwäche, Mäßigkeit und Unkultur der gern mit ihrer Stärke bramarbasierenden herrschenden Gesellschaftsklasse. Die im Kammergerichtsurteil als dem preussischen Gesetz entsprechende festgelegte Beschränkung der Unterhaltungsfreiheit hat ihres Gleichen nur in den Verhältnissen des altösterreichischen Reiches kurz vor seinem Untergang. Dort wurden „Zusammenrottungen“ auf der Straße an denen gestraft, die sich zwecks Unterhaltung zusammenrotteten.

3. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands.

Dresden, 25. April 1907.
Es wird die Debatte über Agitation und Taktik und Partei und Gewerkschaft und das Verhältnis der Zivilmusiker zu ihnen fortgesetzt.

Reiter. Lübeck führt aus, daß zwischen Partei und Gewerkschaften und Zivilmusikerverband ein sonderbares Verhältnis herrscht. Vielfach wird unsere Organisation nur als eine Geschäftsorganisation angesehen. Uns ist viel geboten worden von den genannten Instanzen. Erst als wir und energisch dagegen wehrten, wurde es besser. Redner erörtert einen in Lübeck vorgekommenen Fall. In Lübeck sei der Konkurrenz der Beamten und des Militärs ein Ziel gesetzt. Früher waren es besonders Zollbeamte, die den Berufsmusikern das Brot wegnahmen. Eine Vorstellung beim Steueramt hatte das gewünschte Resultat.

Redner bespricht dann die miserable Lage der freien Musiker. Die meisten Lohnarbeiter verdienen mehr als ein Musiker, der in teurer Wäsche einhergehen muß. 600, 700, 800 und höchstens 900 M. sei das Einkommen. Ohne Nebenbeschäftigung könne der Musiker nicht existieren. Dann sei er nicht in der Lage, genügend über zu können. Das sei aber für einen Musiker, der auf der Höhe bleiben will, eine zwingende Notwendigkeit. Die Arbeiterpreise beschäftige sich fast gar nicht mit den Verhältnissen der Zivilmusiker. Auch auf den Gewerkschaftskongressen müssen die Interessen der Zivilmusiker erörtert werden.

Schröder. Altona ist gleichfalls der Meinung, daß an den meisten Orten kein gutes Verhältnis zwischen Arbeiterorganisationen und freien Musikern bestehe. Wenn Arbeiterorganisationen die Musiker der gemäßigten Organisation beschäftigen, so setzen sie gerade eine Kränze darauf, daß diese nicht der modernen Organisation beitreten, weil sie dann eventuell in den Verdacht kommen, nicht leisten zu können, weil in dieser Beziehung ein Vorurteil zu bestehen scheint. Freilich sei an der niedrigen Einschätzung des Zivilmusikerverbandes oft auch das Verhalten der Mitglieder schuld, die Gewerkschaft und Geschäft nicht auseinander zu halten wissen und sich gegenseitig unschöne Konkurrenz machen. Redner bezeichnet es als Pflicht eines Musikers, wenn er in einem Nebenberuf tätig ist, auch in die betreffende Organisation einzutreten. Es müßte energisch dafür gesorgt werden, daß die freien Zivilmusiker, die Mitglieder der modernen Organisation sind, auch als solche respektiert werden von Partei und Gewerkschaft.

Verbandsvorsitzender Fauth bebauert, daß die Frage unseres Verhältnisses zu Partei und Gewerkschaft meistens von einem niedrigen Niveau aus betrachtet worden ist. Er müsse leider konstatieren, daß zwar auf beiden Seiten Schuld vorhanden sei, daß aber der größte Teil der Schuld bei den Musikern liege. — Was das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft anbelangt, so

habe sich das ja seit dem Mannheimer Parteitage bedeutend gebessert.

Fauth bespricht die

Waifeierfrage vom Standpunkt der Gewerkschaften und verteidigt den Beschluß der Organisationsleitungen betreffs der Verweigerung der Unterstützung bei Maßregelungen wegen Arbeitsruhe am 1. Mai. Durch große Aussparungen wegen der Arbeitsruhe können die Gewerkschaften an der Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben gehindert werden. Die Zentralverbände sind keinesfalls Gegner der Maidemonstration, sie sind nur der Meinung, daß die Gewerkschaften erst eine größere Zahl der Berufsangehörigen umfassen müssen, ehe an eine Durchführung der Arbeitsruhe gedacht werden könne. Auch auf die Massenstreikfrage geht Redner ein und bekämpft die anarcho-sozialistische Anschauung, daß der Generalstreik das einzige Mittel zur Umwälzung der Gesellschaftsordnung sei. Es müsse vielmehr auf allen Gebieten systematisch gearbeitet werden, um die Vorbedingungen für eine neue Gesellschaft zu schaffen. Aber auch der Massenstreik könne jetzt nicht durchgeführt werden, da dazu die Organisationen nicht stark genug seien. Die Diskutierung dieser Frage aber sei bedenklich, da dadurch leicht bei den Mitgliedern die Meinung entstehen könne, daß die ganze opferreiche und mühselige Organisationsarbeit überflüssig sei. Redner verurteilt in scharfer Weise die Veröffentlichung des Protokolls über die interne Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission gegen den Willen der letzteren. Doch könne dabei nicht von Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften gesprochen werden, es seien nur eine Anzahl sogenannte Uebergenossen, die einen extremen Standpunkt in der betreffenden Frage einnehmen. Redner kritisiert einen Artikel der „Neuen Zeit“, in dem sogar die hohen Gewerkschaftsbeiträge als ein Hindernis für deren Entwicklung bezeichnet wurden. Auch den „Vorwärts“-Konflikt berührt Redner und verurteilt die Form der Entlassung der „Vorwärts“-redakteure.

Fauth gibt zu, daß die Taktik der freien Musiker zunächst dahin gegangen sei, durch ihren Anschluß an die modernen Organisationen sich geschäftlich zu nützen. Es sei teilweise so weit gekommen, daß man die Taktik habe: „Wir dürfen nicht so stark werden, sonst kommen wir nicht oft genug dran bei den Gewerkschaften.“ Es sei dringend nötig, solche Ansichten und solche Taktik zu bekämpfen. Es muß auffällend auf die Mitglieder gewirkt werden, daß sie sich nicht um des Geschäfts, sondern um des Zweckes der modernen Arbeiterbewegung willen organisieren. Auf der anderen Seite müsse das Vorurteil bekämpft werden, als ob die freien Musiker weniger leistungsfähig seien wie die anderen. Der Ausbau der Organisation sei bei der jetzigen Taktik der Umstände hinderlich, daß für mehr keine Beschäftigung vorhanden ist. Dies Hindernis müsse beseitigt werden. Geschäft und Gewerkschaft müsse auseinander gehalten werden. Eine zweite Mauer sei in dem Tarif vorhanden, den die Unternehmer nicht anerkennen. Die Organisation schließe aber Kollegen aus, die unter dem Tarif spielen. Es müsse deshalb versucht werden, die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifs zu zwingen, dann erweitere sich der Kreis der Musiker, die unserem Verbands beitreten können, bedeutend. An dem Verhalten der Mitglieder liege es, ein gutes Verhältnis zu Partei und Gewerkschaft herzustellen.

Ueber

„Gewerkschaften und Jugendorganisation“

spricht der Vertreter der Generalkommission Knoll. Er gibt einen kurzen Ueberblick über die Anstrengungen der wirtschaftlichen und politischen Gegner, die Jugend zu gewinnen. Auch den Gewerkschaften und der Partei nahestehende Kreise haben sich in den letzten Jahren intensiver mit der Jugendorganisation beschäftigt, sie in ein lebhafteres Tempo gebracht. Aber die jetzt ins Leben gerufenen Jugendorganisationen haben sich mit ihren eigentlichen Aufgaben nicht begnügt, sondern haben auf Gebiete hinübergegriffen, die den Gewerkschaften unbedingt überlassen bleiben müssen. Die heutigen Jugendorganisationen seien nicht das, was man auf Seiten der Generalkommission darunter verstehen müsse. Es darf nicht Aufgabe der Jugendorganisation sein, in dumpfen Restaurationslokalitäten junge Wissenskreise zu züchten, in die eine große Portion unverbauten Wissens hineingepfropft würde, sondern durch Spiel, Sport und Unterricht die jungen Leute zu frischen, körperlich und geistig gesunden Menschen zu erziehen, damit sie später ihren Platz im Leben auszufüllen vermöchten und tüchtige Mitglieder der modernen Organisationen würden. Sie müßten zur Organisation erzogen werden. Eine selbständige Organisation der Jugend sei nicht zweckmäßig. Auf dem Standpunkte stehen die Generalkommission und auch der Parteivorstand. Die Generalkommission werde jedenfalls dem nächsten Gewerkschaftskongress einen entsprechenden Plan vorlegen.

Billie-Bremen weist darauf hin, daß in Bremen gerade von den Leitern der Partei intensiv in der von der Generalkommission gemißbilligten Weise an der Jugendorganisation gearbeitet werde.

Fauth-Hamburg gibt den Ortsverbänden den Rat, die Frage der Jugendorganisationen im Auge zu behalten, wenn auch für die Musiker die Frage noch wenig aktuell wäre.

Faschka-Babennau meint, daß in Sachsen infolge des Rinderjährigenerbotes eine Organisation der Jugend unmöglich sei.

Fauth bespricht das, denn das Vereinsgesetz beziehe sich nur auf Organisationen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Die von der Generalkommission gewünschte Form falle darunter nicht.

Zum Punkt

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse

gibt der Verbandsvorsitzende einen kurzen Ueberblick über Entschung und Zweck der Kurse. Es handle sich nicht darum, Elementarunterricht zu geben oder wissenschaftliche Ausbildung zu betreiben, sondern darum, für Ausbildung guter gewerkschaftlicher Funktionäre zu sorgen, ihnen das Material zur weiteren Durchbildung zu verschaffen, sie in die gewerkschaftliche Literatur einzuführen.

Knoll führt aus, daß die in den einzelnen Orten gebotenen Vortragskurse durchaus nicht die von der Generalkommission eingetragenen Kurse ersetzen könnten, die speziell auf die gewerkschaftliche Praxis und Bedürfnisse zugeschnitten seien. Er empfiehlt warm die Beschädigung dieser Kurse.

Es wird beschlossen, Verbandsmitgliedern an dem Kurzfuss teilnehmen zu lassen und die Auswahl dieser Personen dem Verbandsvorstand zu überlassen.

Es wird in die Beratung der zu dem Statut gestellten Änderungsanträge eingetreten. Bremen und Berlin beantragen, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen.

Alle Redner empfehlen diese Sitzverlegung. Der Verbandsvorsitzende Fauth empfiehlt die Verlegung warm. Es sei nötig, in enge Fühlung mit der Reichstagsfraktion zu treten. Das sei für den Zentralverband nötiger wie für jede andere Gewerkschaftsorganisation. Auch sei Berlin die Zentrale für das musikalische Leben Deutschlands.

Die Sitzverlegung wird einstimmig beschlossen. Stellung und Erfolg der Beiträge sollen künftig die Ortsverbänden (bisher nur Hauptverwaltung) gewöhren können.

Der Kassierer Alten fordert eine Beitragserhöhung mit der Begründung, daß dem Verband u. a. durch die Anstellung eines Beamten größere Ausgaben erwachsen.

Der Vertreter der Generalkommission Knoll warnt davor, eine Erhöhung der Beiträge mit der Anstellung eines besoldeten Vorstehenden zu motivieren. Diese sei wohl möglich ohne Beitragserhöhung. Bei den Mitgliedern könnten sonst Mißverständnisse entstehen.

Der Antrag Alten wird vorläufig zurückgestellt. Ueber den Antrag Hannover, daß der Hauptvorstand innerhalb 14 Tagen Anfragen und Anträge sowie Beschwerden zu erledigen hat, entspinnt sich eine lebhafte Debatte.

Der Antrag entspringt den Beschwerden, die gegen den bisherigen Verbandsvorstand erhoben wurden. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem Knoll vor der Annahme gewarnt.

Ein Antrag Berlin, daß ein Ort die sechs Ausschussmitglieder zu stellen hat, wird angenommen, nachdem auch der Vertreter der Generalkommission energisch dafür eingetreten war.

Soziales.

Zurückweisung von Arbeitersekretären.

Vor dem Kottbuser Gewerbegericht sollte dieser Tage in der Klagesache eines Schuhmachers K. gegen einen Hofschaumacher B. verhandelt werden. Ersterer hatte mit seiner Vertretung den Arbeitersekretär Hentz betraut. Es handelte sich in dem Klageobjekt um rückständigen Akkordlohn und Schadenersatz wegen zu später Ausschüttung der Quittungskarte zur Invalidenversicherung. Bevor der Arbeitersekretär die Klage vortragen konnte, wurde ihm vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts, dem Senator Wachen, erklärt, daß das Gericht ihn nicht als Vertreter zulassen könne, da er offenbar das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betriebe. „Sie dürfen das nicht als eine persönliche Sache auffassen“, so meinte erläuternd Herr Wachen; „ich habe immer gern mit ihnen verhandelt; das Gesetz läßt aber ein geschäftsmäßiges Verhandeln vor den Gewerbegerichten nicht zu.“ Genosse Hentz versuchte aus-einanderzusetzen, daß bei ihm von einer Geschäftsmäßigkeit bei Uebernahme von Vertretungen nicht gesprochen werden könne. Er habe als Arbeitersekretär weder vertragliche Verpflichtungen zur Uebernahme persönlicher Vertretungen noch habe er durch die letzteren irgend welchen persönlichen Vorteil. Letzteres sei aber doch unbedingt Voraussetzung, um den Begriff der „Geschäftsmäßigkeit“ zu decken. Er müsse darauf beharren, zur Vertretung des Klägers zugelassen zu werden.

Darauf erging folgender Gerichtsbeschluss:

Beschluß.
In Sachen des Schuhmachers August K. . . . hier selbst, Klägers, wider den Schaumacher B. . . . hier selbst, Beklagten, wegen Lohn und Schadenersatz, wird der Arbeitersekretär Hentz hier selbst, weil er, wie die Akten des Gewerbegerichts ergeben, das Verhandeln vor Gericht „geschäftsmäßig“ betreibt, auf Grund des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes als Prozeßbevollmächtigter des Klägers nicht zugelassen.

Die Vertretung durch einen Arbeitersekretär ist keine geschäftsmäßige. Es ist aber dringend erforderlich, durch Reichsgericht ausdrücklich festzulegen, daß eine Zurückweisung von Arbeitersekretären durch die Vorstände des Gewerbegerichts nicht getroffen werden sollte, die dahin geht: „Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen.“ Das richtige wäre es, diese Bestimmung, soweit sie sich nicht auf Rechtsanwälte bezieht, ganz zu streichen.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenförderung und Kokszerzeugung — Brennmaterialien-Verbrauch.

Die Kohlenförderung Deutschlands in den drei ersten Monaten 1907 hat gegenüber der Vergleichszeit 1906 nochmals ein Mehr gebracht. Für Steinkohlen stellt sich das Fördermehr auf 129 952 Tonnen, für Braunkohlen auf 361 978 Tonnen, für Koks auf 419 600 Tonnen und für Preßkohlen auf 71 677 Tonnen. Da von den Fördern behauptet wird, daß die gesamte Erzeugung schlank in den Konsum übergehe, größere Lagerbestände nirgends vorhanden sind, muß in den letzten drei Monaten der Verbrauch noch weiter gestiegen sein. Neben der erhöhten Erzeugung ist auch noch der Ausfuhrüberschuß bei Steinkohlen gesunken und zwar um 1 042 622 Tonnen; bei Braunkohlen hat sich der Einfuhrüberschuß um 54 528 Tonnen gehoben, dagegen ergibt sich für Koks eine Zunahme des Ausfuhrüberschusses um 109 104 Tonnen. Demnach stellt sich der Inlandsverbrauch wie folgt:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks
To.	To.	To.	To.
1906	81 848 676	16 497 655	4 109 442
1907	83 081 550	16 914 161	4 479 948

Aus diesen Ziffern ist der Schluss zulässig, daß in der Kohlen- und Eisenindustrie der Beschäftigungsgrad noch nicht nachgelassen hat. Im März dieses Jahres ist die Förderung hinter der Menge des im März 1906 geforderten Quantums etwas zurückgeblieben, aber unter Berücksichtigung der Arbeitslage ergibt sich doch eine Zunahme. Für die Beurteilung der Gesamtlage und der Situation in der nächsten Zeit können diese Produktionsziffern aber nicht maßgebend sein, denn unbestritten hatten die Werke der Rohmaterial- und Halbzugherstellung bisher noch hinreichend Aufträge zu erledigen und teilweise reichen die Auftragsbestände ja auch noch für einige Monate. Bei der Angst vor einer Materialnot haben sich die Vertriebsleiter mit möglich hohen Preisen eingebekkt; nunmehr kommen aber Spezifikation und neue Aufträge nur zögernd herein.

Bodentwässer.

Zur Begründung der Einführung der Wertzuwachssteuer in Breslau wies der Magistrat auf die Tatsache hin, daß der gemeine Wert der im alten Stadtgebiete liegenden Grundstücke von 480 Millionen Mark im Jahre 1885 auf 760 Millionen Mark im Jahre 1895 und auf 1080 Millionen Mark im Jahre 1905 gestiegen ist. In den der schlesischen Hauptstadt neu einverleibten Vororten dürfte die Wertsteigerung eine noch erheblichere sein. Die Preissteigerung, denn nur um eine solche, nicht um eine wirkliche Wertsteigerung handelt es sich, beträgt demnach 125 Prozent. Für die 600 Millionen Mark Aufschlag sind gar keine oder nur ganz minimale Werte geschaffen worden. Die ungeheure Summe bedeutet eine Belastung für die Gesamtheit zugunsten einiger Grundbesitzer. Wer solche „göttliche“ Einrichtung abschaffen will, ist natürlich ein Umstürzler.

Gegen die Fleischnot.

In der letzten Sitzung der Stadterordneten in M. Wabach beklagte sich ein Stadterordneter darüber, daß am Ort die hohen Fleischpreise noch fast unverändert fortbestehen, während die Viehpreise, besonders die Preise für Schweine, bis auf 60 Prozent des höchsten Standes gesunken seien. Da die Fleischsteuer andauer, sei es Pflicht der Stadtverwaltung, in irgendeiner Weise einzugreifen oder durch Verhandlungen mit der Fleischer-Zunft eine Herabsetzung der unbegründet hohen Preise zu erzielen. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit durch die Schlachthofkommission näher prüfen zu lassen. Es wäre angebracht, daß auch andere Kommunalverwaltungen sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Diskontherabsetzung der Bank von England. Der Diskontherabsetzung von 5 auf 4 1/2 Proz., die die Bank von England am 11. April vornahm, hat sie am 25. d. M. eine weitere Herabsetzung auf 4 Proz. folgen lassen.

Gewinnsteigerung. Die Akt.-Ges. für Glasindustrie von Siemens erzielte im letzten Jahre 1756 421 M. Reingewinn gegen 1 851 393 M. im Vorjahre. Die Dividende erhöht sich von 16 auf 16 Proz. — Von 808 897 M. auf 952 109 M. erhöhte sich der Reingewinn der Lederfabrik Hirschberg in Hirschberg. Die Aktionäre erhalten 10 Proz. — Aus 523 717 M. Reingewinn gegen 520 980 M. i. V. verteilt die Maschinenfabrik Cuzinger in Worms 18 Proz. Dividende. — Die Akt.-Ges. Joh. G. Ström in Old brachte für das letzte Jahr 463 027 M. Reingewinn heraus, im Vorjahre 277 459 M. Die Papierfabrik bekommen diesmal 16 Proz., die vorjährige Dividende betrug 11 1/2 Proz. — Die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft in Berlin erzielte laut Geschäftsbericht im Jahre 1906 einen Reingewinn von 1 407 036 M. (i. V. 1 404 068 M.), aus dem wieder 7 1/2 Proz. Dividende gezahlt werden sollen.

Werder a. d. H. Achtung! Maifeier. Achtung!

Die diesjährige Maifeier für Werder a. d. H. und Umgegend findet am Mittwoch, den 1. Mai statt. Morgens 9 Uhr: Versammlung im Kochischen Lokale, Fischerstraße 98. Nach der Versammlung: Ausgabe der Maifeierkarte. Am Tage Konzert. Abends Ball. Die Genossen, welche an diesem Tage zur Blüte nach Werder kommen, machen wir besonders aufmerksam.

Das Gewerkschaftskartell.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler

und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

- Bezirk A am Sonntag, den 28. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5.
- „ B am Sonntag, den 28. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Ehlert, Wienerstr. 25.
- „ C am Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, bei Schulz, Alte Jakobstr. 18/19.
- „ D am Sonntag, den 28. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Hummel, Goplenstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches, 2. Kassensbericht vom 1. Quartal 1907, 3. Bericht über den Bezirk A findet die Wahl eines Revisors statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 29. April 1907, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, gr. Saal.

Tages-Ordnung:

1. Der Terrorismus in der Rechtsprechung. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Robert Schmidt.
2. Erziehung zur Agitations-Kommission.
3. Branchenangelegenheiten.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. Sektion der Rohrer.

Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 8).

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag, 2. Verbandsangelegenheiten.

Sektion der Brunnenbauer.

Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, im Lokale von Meyer (früher Augustin), Oranienstr. 103.

Mitglieder-Versammlung

1. Unsere Stellungnahme zu unserer Bewegung, 2. Diskussion. Recht starken Besuch in beiden Versammlungen erwartet.

Achtung! Zusehneider und Zusehneiderinnen! Mitglieder-Versammlung

findet am Freitag, den 3. Mai, präzise 8 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 88, statt.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend. Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Freyer (früher Kellers Festsaal), Koppensstraße 29.

General-Versammlung.

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907, 2. Wahl des Ausschusses, 3. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

== Große Fänge == in lebend frischer Ware täglich eintreffend.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Anzeigenenteil verantwortlich: Th. Wolff, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Wolff & Co., Berlin SW.

Boykott aufgehoben!!

gegen die Herren-Garderoben-Firmen:
 Osten: Behrendt, Grüner Weg 84
 Westen: J. Lewy & Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 47
 Norden: J. Lewy & Co., Brunnenstr. 50
 Bornstein, Brunnenstraße 181
 Bendit, Brunnenstraße 68
 Ringel, Chausseestraße 31
 Ringel, Brunnenstraße 47.

Zuckerpreise steigen

In Folge von bedenklichen Verkäufen an das Ausland — gelagerten Vorräten im Handel und Konsum — Kartell der Zuckerfabriken — Produktionsverminderung — bevorstehend, Streiks in den Zuckerfabriken — Einschränkung des Rohzuckerumsatzes wegen jetzigen Verlustes — Steigen der Rohzuckerpreise — Zurückhaltung der Verkäufer — erhöhter Fabrikationskosten — künstlich zurückgehaltener Nachfrage — Elagreifen der internationalen Spekulation — Deckungen für wahnwitzige Leerverkäufe. Diese Ursachen bewirken beim Einsetzen der ersten Nachfrage jede für sich schon große, beim mechanischen Ineinandergreifen aber mit mathematischer Genauigkeit fabelhafte noch niemals dagewesene Preiserhöhungen. Wer sich für die gefährlichen Vorgänge und daraus ergebenden Wirkungen im Wirtschaftsleben interessiert, verlange die von Kaufmann Michael Proestler in Würzburg verfasste Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“. — Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, M. 2. — B, Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von M. 2,10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, M. 2,20, bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschreiben und Prospekt.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt
 59 Moritzplatz 59
 Ecke Stallchreiberstraße.
 Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung verbleibender Möbel. Wöchentliche od. monatliche Teilzahlung gestattet!

Jeder Herr lese
 garantiert sich liefern Anzüge nach Mass 40 M., Paletots nach Mass 35 M. Täglich, Sonntag, verkaufen wir zurückgesetzte
Anzüge Paletots
 die aus feinsten Wasstoff gefertigt sind, kostet 18—38 M., mod. Rock, Gehrockanzüge, Hosen, Regenmäntel, Westen. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Trappe.

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 44112* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10—2, 5—7, Sonn. 10—12 Uhr.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
 Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
 Seefisch-Kochbücher gratis.
 Verkauf-Niederlagen:
 Prinzenstr. 30 am Moritzplatz.
 Potsdamerstr. 112a bei der Lützowstraße.
 Madaistr. 22 im Schlesiischen Bahnhof, der Kurzen Straße gegenüber.
 Landbergerstr. 52—59 am Stuttgarter Platz.
 Wilmersdorferstr. 111, Tel. Charlottenbg. 6718. Tel.-Amt VI 7190.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Bezirk 228.
 Die Beerdigung des Genossen **Paul Hertwig** findet nicht am 4 Uhr, sondern am 2 Uhr statt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Schmied **Friedr. Hundertmark** wohnhaft Liegnitzerstr. 9, Stadtbezirk 113a, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schmiede.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Friedrich Hundertmark** im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 176/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Klempner **Amandus Hanert** wohnhaft Stallherstr. 57, Stadtbezirk 109 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 244/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Amandus Hanert** am 24. d. Mts. an Schwindstich gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 117/13 Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Wedding.) Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 29. April, verstarb unser treuer Kollege **Otto Wörner** infolge eines Unfalles (Ueberfahren durch Omnibus).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 Der Zweigvereins-Vorstand.

Nathan Wand
 129 Stallherstr. 129. Die schönsten 45692* Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neuem Schnitt sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, preislich ganz ausserordentlich billig zu haben.
Nathan Wand
 129 Stallherstr. 129. Hochbahnstation Köpenicker Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Bezirk 228.
 Die Beerdigung des Genossen **Paul Hertwig** findet nicht am 4 Uhr, sondern am 2 Uhr statt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Schmied **Friedr. Hundertmark** wohnhaft Liegnitzerstr. 9, Stadtbezirk 113a, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schmiede.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Friedrich Hundertmark** im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 176/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Klempner **Amandus Hanert** wohnhaft Stallherstr. 57, Stadtbezirk 109 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 244/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Amandus Hanert** am 24. d. Mts. an Schwindstich gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 117/13 Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Wedding.) Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 29. April, verstarb unser treuer Kollege **Otto Wörner** infolge eines Unfalles (Ueberfahren durch Omnibus).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 Der Zweigvereins-Vorstand.

Wir empfehlen besonders: Cabliau ohne Kopf 23 Pf. Seelachs mit Kopf 30 Pf. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Bezirk 228.
 Die Beerdigung des Genossen **Paul Hertwig** findet nicht am 4 Uhr, sondern am 2 Uhr statt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Schmied **Friedr. Hundertmark** wohnhaft Liegnitzerstr. 9, Stadtbezirk 113a, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schmiede.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Friedrich Hundertmark** im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 176/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Klempner **Amandus Hanert** wohnhaft Stallherstr. 57, Stadtbezirk 109 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 244/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Amandus Hanert** am 24. d. Mts. an Schwindstich gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 117/13 Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Wedding.) Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 29. April, verstarb unser treuer Kollege **Otto Wörner** infolge eines Unfalles (Ueberfahren durch Omnibus).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 Der Zweigvereins-Vorstand.

Wir empfehlen besonders: Cabliau ohne Kopf 23 Pf. Seelachs mit Kopf 30 Pf. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Auf Wunsch der organisierten Parteigenossen von Werder a. O. richten wir an die organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, bei ihren Ausflügen zur diesjährigen Baumblüte in Werder a. O. die Lokalliste streng beachten zu wollen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow. Den Parteigenossen zur Mitteilung, daß das diesjährige Kreisfest am Sonntag, den 14. Juli, im Etablissement „Hasselwerder“ (Znh. Mb. Scheruch), Nieder-Schöne-weide, stattfindet. Die örtlichen Vereine werden gebeten, davon Notiz zu nehmen.

Zehlendorf. Am Sonntag früh 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Der 1. Bezirk erhält sein Material bei Nied. Raststr. 12; der 2. und 3. Bezirk bei W. Wieden, Potsdamerstr. 25. Die Genossen aus Schlahtensee im bekannten Lokal.

Grünau. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß diesen Sonntag eine doppelte Flugblattverbreitung stattfindet. Daher ist es notwendig, daß sich die Parteigenossen zahlreicher als sonst beteiligen.

Die Genossen, die zur Landtour mitgehen, holen sich das Material heute abend um 8 Uhr aus der „Grünen Ede“ ab. Die Genossen, die am Orte verbleiben, müssen Sonntag früh um 4 1/2 Uhr in der „Grünen Ede“ erscheinen.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr und abends 8 Uhr, im Restaurant Karl Conrad, Friedrichstr. 137: Öffentliche Versammlungen mit der Tagesordnung: Vortrag: „Die kulturelle Bedeutung der Kaiserzeit.“ Referenten: Genosse Sonnenburg und Genosse Wuschel. Von 1 bis 7 Uhr im Restaurant Wilhelmshagen, Seestr. 45: Konzert und humoristische Vorträge. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Das Festkomitee.

Rahnsdorfer Mühle. Mittwoch, den 1. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant „Paradiesgarten“: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Jakobson über: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Die Genossen von Alt-Rahnsdorf, Schöneiche, Klein-Schönebeck und Pichtenau werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Nowawes. Am morgigen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Gruhl, Priesterstr. 80. Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes des Wahlvereins ist es, sich an derselben zu beteiligen.

Des weiteren werden von 10 bis 12 Uhr Beiträge für den Wahlverein in folgenden Lokalen einliefert: 1. Bezirk: Otto Hiemele, Wallstr. 55; 2. Bezirk: Karl Gruhl, Priesterstr. 80; 3. Bezirk: Paul Junger, Gr. Weerenstr. 50; auch werden Mitglieder aufgenommen. Die Mitglieder und Ordner des Kreisfestkomitees werden ersucht, um 10 Uhr vormittags im Lokal von Hiemele zu erscheinen. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Den Parteigenossen von Königs-Wusterhausen, Wildau und Niederlehme zur Kenntnis, daß am morgigen Sonntag früh 7 1/2 Uhr eine Flugblattverbreitung für die oben genannten Orte stattfindet. Die Parteigenossen von Königs-Wusterhausen und Wildau treffen sich bei Witwe Lange, Berlinerstraße, die Genossen von Niederlehme im früheren Kindertageslokal. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Rankow. Die Malversammlung findet am Mittwoch, 10 Uhr vormittags, im Gesellschaftshaus des Herrn Roszpiet, Kreuzstraße 8/4 statt. Nachmittags 3 Uhr: Mafeliet im Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102. Turnerische und Gesangsaufführungen, Spezialitäten, Tanz, Konzert usw.

Klosterfelde (Nieder-Barnim). Die Genossen veranstalten am Freitag eine Partie nach Wandlitz, Zehlendorf. Um 2 Uhr dortselbst Versammlung im Offiziellen Lokal. Die Arbeiterschaft der Umgegend wird um Juzug gebeten. — Am 28. April cr., 8 Uhr nachmittags findet ebenda eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Rechin über: „Was erstreben die Sozialdemokraten und warum ist es Pflicht aller Arbeiter, sich zu vereinigen?“

Schönwalde (Mark). Die Mafeliet findet wie bisher im Lokal des Herrn Schulz statt. Von der Arbeiterschaft der Umgegend wird reger Zuspruch erwartet.

Berliner Nachrichten.

Noch eine Leistung der hessenden Polizei.

Wie hat die Polizei sich zu verhalten, wenn ein Geisteskranker Hand an sich legen will oder seinen Angehörigen gefährlich zu werden scheint? Hat sie ihn zu seinem und seiner Angehörigen Schutz bis auf weiteres in Verwahrung zu nehmen? Aus Moabit wird uns ein Vorkommnis gemeldet, bei dem die um Hilfe angegangene Polizei anders verfuhr.

Ein früherer Maurer F. in der Bremerstraße war infolge eines Unfalles, den er vor 18 Jahren erlitten hatte, seit langem geisteskrank. Schließlich artete sein Zustand so aus, daß befürchtet werden mußte, er werde sich an seinen Angehörigen vergreifen oder sich selbst entleiben. Frau F., die nur noch ihre Enkelin bei sich hatte, mußte in einer Nacht um 12 Uhr einen Hausbesucher zu Hilfe rufen, weil sie den tobenden Kranken, der sich mit Messer und Schere bewaffnet hatte, nicht zu beherrschen vermochte. Man ließ zur Wache und holte von dort ein paar Schutzleute herbei. Sehr erbaunt schienen sie nicht von der Aufgabe zu sein, die ihnen gestellt wurde. Der eine räsonnierte unterwegs: sonst gucke man den Schuhmann nicht mit dem Hintern an, aber wenn man ihn brauche, dann hole man ihn sogar in der Nacht. Nachdem die Beamten die Wohnung betreten und sich den Kranken besehen hatten, nahmen sie ihn auf Wunsch der geängstigten Frau F. in Verwahrung und führten ihn zur Wache. Das kann etwa nach 1 Uhr nachts oder spätestens um 1/2 Uhr gewesen sein. Etwa um 1/3 Uhr wurde Frau F. geweckt und es wurde ihr gemeldet, auf dem Hofe stehe ein Schuhmann mit dem Kranken, den er zurückbringen solle. Der Schuhmann hatte sich Zutritt zu dem Hause verschafft, aber der Kranke hatte auf dem Hofe plötzlich erklärt, hier wohne er ja gar nicht. Ein Hausbewohner, der spät in der Nacht nach Hause kam, wurde von dem Schuhmann angehalten und befragt, ob er F. kenne. Als er das bejahte, wurde er zu Frau F. hinaufgeschickt, um ihr die Rückkunft ihres Mannes anzukündigen. Doch Frau F. weigerte sich, jetzt in der Nacht den Kranken herein zu lassen, vor dem sie sich fürchtete, zu sich hineinzulassen, und so mußte der Beamte ihn wieder mitnehmen. Wieder eine Stunde später wurde Frau F. von neuem geweckt. Diesmal stand ein Schuhmann vor ihrer Tür und forderte Einlass. Als sie öffnete, schob er ihr ihren Mann in den Korridor hinein. Sie er-

hob Einspruch, aber der Beamte erklärte, F. habe versprochen, sich ruhig zu verhalten. Damit ging er weg. Kaum war er hinaus, so nahm F. schon wieder eine drohende Haltung an. Frau F. lief hinunter, um den Portier zu wecken. Inzwischen aber stürzte F. die Treppe hinauf bis zum vierten Stock, erschlug das Flurschloß und stürzte sich auf den Hof hinab. Wieder wurde die Polizei geholt, die sonst nach jenem Schuhmannswort „nicht mit dem Hintern angequatscht wird“. Als sie eintraf, fand sie einen Toten. Ein Schuhmann mußte zurückbleiben und Wache stehen. Früh um 8 Uhr stand er noch da — „damit nun wenigstens nicht der Tote wegläufen kann“, meinte ein Hausbewohner.

Nun die Polizei nicht mehr gebraucht wurde, war sie da, stundenlang da. So ist es aber heute: Wenn man die Polizei braucht, ist sie oft nicht zu haben und wenn sie als überflüssig und lästig empfunden wird, findet sie sich ein, oft ungerufen.

Im Kinderhaus, Blumenstr. 78, findet im Monat Mai wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege für Frauen und Mädchen statt. Meldungen hierzu Dienstag, den 30. April, und Mittwoch, den 1. Mai, von 2 bis 4 Uhr im Bureau Blumenstr. 78, v. 1.

Das Provinzialschulkollegium hat anerkannt, daß die Direktoren der hiesigen höheren Lehranstalten es sich angelegen sein lassen, die Beurteilungen von Schülern vor und nach den Sommerferien auf Grund sorgfältiger Prüfung der einzelnen Fälle immer mehr zu beschränken; es wird dabei die Erwartung ausgesprochen, daß auch in Zukunft alle geeigneten Mittel angewendet werden, um einem Mißbrauch zu steuern. Die Eltern der Schüler sollen auch in Zukunft durch rechtzeitigen Hinweis auf die Nachteile aufmerksam gemacht werden, die ihren Söhnen aus solcher Schulverweigerung erwachsen müssen. Diese Verfügung ist wiederholt in Erinnerung gebracht worden.

Von der Kirche der Besthenden.

Das Stöckerche „Reich“ bettelt um nochmalige Erwähnung im „Vorwärts“. Aufs Wetten verstehen sie sich da drüben ohnedies nicht schlecht; hat doch kürzlich Stöcker selber in den Kreisen der Wohlhabenden 60 000 Mk. zusammengesammelt, um mit ihrer Hilfe sein Blättchen, das schon lange nicht mehr leben kann und doch noch nicht sterben mag, wieder noch eine Zeitlang hinzukriechen. Damit wir genügend werden, das „Reich“ zum dritten Male in unserem Blatte zu erwähnen, wüßte es jetzt genug und ziemlich eine ganze Spalte hindurch. Red schwindelt es darauf los, der „Vorwärts“ habe „gegen alle Christenleute nur den einen Vorwurf der Heuchelei“. Nein, nicht gegen „alle Christenleute“! Wir wissen, daß es auch noch überzeugungsgläubige Christen gibt. Keinen Menschen wird es einfallen, sie als Heuchler brandmarken zu wollen. Zu den Heuchlern zählen wir selbstverständlich nur jene Sorte scheinheiliger Betrüder, die mit frommtumdem Augenblick ihre Gläubigen betrügen. Das Stöcker-Blättchen weiß sehr wohl, wo sie zu suchen sind.

Die Kirche dient, so hatten wir gesagt, den Besthenden als Bollwerk gegen die Arbeiterklasse. Das werde, meint das Stöcker-Blättchen, widerlegt z. B. durch die „Zeugnisse Stöckers wider den Rammonsgesit“ oder durch die Worte seines Amtsrubers Sufhardt: „Man kann nicht vom modernen Sozialismus reden, ohne der Sünden der höheren Stände zu gedenken, die ihn großgezogen haben. Denn diese trifft eine Hauptschuld. Sie ernten was sie gesät haben — gesät in sündiger Erwerbssucht, Genußsucht und Sinnlichkeit.“ Wie wenn in dieser Frage es darauf anläge, was der Pastor über die Besthenden redet! Darauf kommt es an, was er den Bestlosen sagt. Die „höheren Stände“ lassen den Pastor reden und sind es zufrieden, daß im „niederen Volk“ sich noch immer Leute finden, die willig glauben, die er ihnen predigt. Die bestehende Klasse braucht den Pastor, weil doch einer da sein muß, der die Arbeiter auf die „Schätze im Himmel“ vertritt. Desto ungestörter darf dann sie selber „Schätze auf Erden sammeln“. Gerade den Pastor, der am lautesten über die „Sünden der höheren Stände“ jammert, können die Besthenden am besten brauchen. Gegen unsere Bemerkung, daß eine immer mehr wachsende Schaar von Arbeitern den Pastoren und ihrer Kirche den Rücken kehrt, jetzt jetzt das Reich die Ausrufung des Genossen Gähre: „Die austretenden Massen dürfen nicht bloß nach Tausenden und Zehntausenden, sondern mühten nach Hunderttausenden zählen!“ Es ist richtig; so schrieb Gähre, der sogar selber mal Pastor war. Aber was bedeutet eigentlich das Stöcker-Blättchen mit diesem Jital? Will es vielleicht sagen, daß noch lange nicht genug ausgestreut sind? Nun, das kann ja sein. Doch was sollen Stöckers Schäflein bei so unvorsichtiger Rede sich denken! Das Blättchen fordert, man möge „doch einmal wagen“, öffentlich anzugeben, um wieviel Seelen die Freireligiöse Gemeinde in 1906 zugenommen hat. Ja, das wissen wir selber nicht — und das ist uns auch sehr gleichgültig. Wir sprechen nämlich immer nur von den Austritten aus der Kirchengemeinschaft, nicht von den Eintritt in die Freireligiöse Gemeinde. Oder möchte das „Reich“ glauben machen, das sei daselbe? Und will es wegreiben, daß in Berlin die Zahl der Austritte stark zugenommen hat?

Daß man nicht sagen kann, die Dissidenten wohnen in den Arbeitervierteln, hatte das Blättchen geschwätzt. Nach wie vor schwindelt es, der „Vorwärts“ habe geschätzt, indem er nur diese Sabbälste zitierte und nicht den ganzen Satz: „Im ganzen ist die Verteilung (der Dissidenten) auf die städtischen Synoden ziemlich gleichförmig, so daß man nicht sagen kann, die Dissidenten wohnen in den Arbeitervierteln.“ Ganz die Redaktion des „Reichs“, nur durch Wiedergabe des ganzen Satzes davor geschützt werden zu können, daß sie von den Lesern des „Vorwärts“ für noch einfältiger gehalten wird, als sie es ohnedies ist? Wir hatten zwar ausdrücklich gesagt (in Nr. 93), das „Reich“ gebe an, daß z. B. in der Gethsemane-Gemeinde 509 Dissidenten gezählt seien, in der Emmaus-Gemeinde 400, in der Jona-Gemeinde 304 usw. Wir wollen aber der Redaktion des Blättchens jetzt noch nachträglich in aller Form bescheinigen: sie war nicht so einfältig, ihren Lesern vorzuschwätzen zu wollen, daß in Arbeitervierteln überhaupt keine Dissidenten wohnen.

Ueber den Mangel an geographischen Kenntnissen bei Beamten führt ein Freund unseres Blattes in einer Zuschrift Klage. Als er kürzlich seinen Sohn, der von Köln an der Elbe kam, bei der Polizei anmelden wollte, wurde ihm von einem Beamten erklärt: „Es gibt nur ein Köln und das liegt am Rhein“. Mit dieser kategorischen Erklärung war der Anmeldende befriedet. Die Polizei weiß es besser. Vorsichtiger wäre der Beamte aber schon gewesen, wenn er vor Abgabe der Erklärung einen Blick in das Ortslexikon geworfen hätte, das wohl auf jedem Polizeirevier vorhanden ist. Sollte das aber nicht der Fall sein, täte es not, daselbe anzuschaffen.

Einem brutalen Ueberfall ist Freitagabend der 45-jährige Arbeiter Freil. Goldnerstr. 107, zum Opfer gefallen. An der Ecke der Brunnen- und Bernauerstraße streifte er versehentlich ein junges Mädchen mit dem Arm. Der Begleiter des Mädchens überschüttete daraufhin den K. mit gemeinen Schimpfwörtern und fiel schließlich über ihn her. Er schlug solange mit der Faust auf ihn ein, bis er demütiglos zusammenbrach. Passanten nahmen sich des Mißhandelten an und sorgten für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus. K. hat sehr schwere, anscheinend innere Verletzungen erlitten. Der Täter wurde von dem empörten Publikum geolappt und dann der Polizei übergeben.

Falsche Fünfsiggenntstücke befinden sich seit einiger Zeit im Umlauf. Die Falsifikate sind so täuschend nachgemacht, daß sie nur bei ganz genauem Hinsehen von den echten Geldstücken unterschieden werden können. Sie sind aus einer Mischung von Zinn und etwas Silber hergestellt und fühlen sich fettig an.

Bersämhäite Liebe hat dem 19-jährigen Feiseurgehilfen Freil. W. aus der Fruchtstraße den Revolver in die Hand gedrückt. Beim Tanzunterricht lernte er die 20-jährige Köcherin Emma G. aus der Wangelstraße kennen und verliebte sich in sie. Das Mädchen aber, dem er noch zu jung war, nahm seine Liebeswerbungen nicht ernst und brach alle Beziehungen ab. Nun machten Bekannte den jungen Mann eifersüchtig, indem sie wahrheitswidrig behaupteten, seine Angebetete halte es mit einem anderen und gehe mit diesem sogar nachts aus. Darauf begab sich W., mit einem geladenen Revolver ausgerüstet, in Begleitung einiger Bekannten in der vergangenen Nacht nach der Wangelstraße. Während seine Begleiter draußen warteten, ging er in den ersten Stock hinauf und klopfte bei den Wirtinnen seiner Geliebten. Als der Wirt seinem Verlangen, das Mädchen zu wecken, nicht entsprach, schloß W. sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Polizei brachte ihn nach der nächsten Unfallstation und dann nach dem Virchowkrankenhaus.

Das Opfer eines schweren Automobilunfalls wurde am Freitagabend der Geheimrat Dr. Schöne. Dieser bereits in hohem Alter stehende Herr war im Begriff gewesen, an der Kreuzung der Tiergarten- und Friedrich-Wilhelmstraße den Bahndamm zu überschreiten, als ein Automobil direkt auf ihn zu gefahren kam. Der Chauffeur versuchte noch mit aller Gewalt, das Fahrzeug zum Stehen zu bringen, wodurch es zur Seite geschleudert wurde. Dr. Sch. wurde nun von dem Kraftwagen umgeworfen und schwer verletzt nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Dort stellte der Arzt eine Gehirnverletzung und erhebliche Kopfverletzungen fest. Nach Anlegung von Verbanden wurde der alte Herr nach seiner Wohnung in der Tiergartenstr. 27a gebracht.

Auf die Wohnungsverhältnisse ausländischer Arbeiter wirft folgende Lokalliste ein bezeichnendes Licht:

„Die Aufhebung eines italienischen Massenquartiers erfolgte gestern durch die Charlottenburger Polizeibehörde. Dieser war der Verleger zahlreicher Italiener in dem Hause Wallstr. 95 aufgefallen. Als dort heute früh Schulleute bei einem Rietter erschienen, entdeckten sie, daß dieser nicht weniger als 21 italienische Arbeiter in einem verhältnismäßig kleinen Zimmer inquartiert hatte. Die genüglichen Schlafbüchsen lagen dicht zusammengepfercht auf dem Fußboden und auf zusammengedrückt Tischen — ein Bett war nicht vorhanden. Kein einziger der Italiener, die bei Erdarbeiten im Grunewald beschäftigt sind, war von dem betriebelamen Logiswirt polizeilich angemeldet worden. Die Behörde veranlaßte eine schnelle Umquartierung der Gäste.“

Daß auch Möbelwagen als Schlafräume für Arbeiter von Unternehmern für zu wenig gehalten werden, ist aus folgendem Inserat ersichtlich, das im „Lokal-Anzeiger“ vom Donnerstag zu lesen ist. Da heißt es:

„Möbelwagen, alte, gebrauchte, für Arbeiter-Schlafräume geeignet, sucht zu kaufen Ad. Schwickel, Ingenieur, Neubrandenburg.“

Allen Anschein nach handelt es sich hier ebenfalls um Schlafgelegenheit für ausländische Arbeiter. Die „väterliche“ Sorge für „geeignete“ Unterkunftsräume für die Arbeiter ist lediglich zu suchen in dem Umstande, daß diese Arbeiter billig wohnen sollen. Dann sind sie auch leichter geneigt, mit einem geringeren Lohn wie sonst üblich vorlieb zu nehmen und sich als Lohnrücker gegen die organisierten Arbeiter auszuspielen zu lassen, die infolge ihrer gewerkschaftlichen Schulung auch einen anständigen Lohn verlangen und sich für eine derartige, wie hier beliebte Unterbringung bedanken würden.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom Donnerstag gemeldet. In beiden Fällen sind die schweren Verletzungen herbeigeführt durch das Weiteigen von in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Als gegen 7 Uhr abends ein Zug der Linie 6 (Richtung Moabit) die Seidelstraße durchfuhr, versuchte der 14-jährige Lehrling Karl Jander, dessen Eltern in der Siemensstraße 8 wohnen, auf den Hinterrad des Motorwagens zu springen. Der Knabe verfehlte das Trittbrett, kam zu Fall und geriet mit dem rechten Bein unter den Schuttrahmen des Anhängers. Von dem Personal des Bahnwagens und Straßenpassanten wurde der Wagen angehalten und der Verunglückte aus seiner Lage befreit. Da das rechte Bein des Jander zermalmt war, mußte sofort auf der Unfallstation in der Brüderstraße zu einer Amputation des Gliedes geschritten werden. Mittels Krankenwagen wurde der Schwerverletzte dann nach der königlichen Klinik gebracht — Genau in derselben Weise trug sich eine Stunde später ein Unfall in der Alexander-, Ecke der Holzmarktstraße zu. Hier versuchte die in der Kantstraße 132 wohnhafte Frau Karoline Steinert den Hinterrad eines vorbeifahrenden Motorwagens der Straßenbahnlinie 80 (Richtung Charlottenburg) zu besteigen. Sie glitt von dem Trittbrett ab und fiel vor den Schuttrahmen des Anhängers. Frau St. erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels, eine Wunde am Kopf und schwere innere Verletzungen. In sehr bedenklichem Zustande wurde sie nach dem Krankenhaus Friedrichshagen übergeführt.

Ein „schwerer“ Diebstahl in des Wortes wahrster Bedeutung ist gestern auf dem Grundstück der Lungenheilstätte in Möhlenes verübt worden. Eine Bande hatte den Moment abgepaßt, wo das Hintergebäude unbewacht war. Ungehindert drangen die Diebeshand nun ein, brachen einen 25 Zentner schweren Herd ab und schleppten ihn ins Freie, wo sie ihn auf einen mitgebrachten Handwagen luden und mit ihm unbehelligt davonführten.

Im Waschlaf ertrunken. Als Donnerstagnachmittag die Frau des Bahrschlüßführers Darra aus der Frodlauerstr. 10 nach der im fünften Stock gelegenen Waschlaf ging, nahm sie ihren 1 1/2 Jahre alten Sohn Hermann mit, während die beiden älteren Kinder auf der Straße spielten. Als Frau Darra noch mit ihrer Wäsche beschäftigt war, kam die Zeitungsfrau mit der Dichtung. Frau Darra ging in die im vierten Stock gelegene Wohnung hinunter, um die Angelegenheit zu erledigen, und ließ den Kleinen in der Waschlaf. Dieser sah bei ihrem Weggange ruhig am Fußboden. Als sie zurückkehrte, lag das Kind regungslos im gefüllten Waschlaf. Ein Arzt konnte nur noch feststellen, daß der Knabe im Wasser erstickt war. Er war an das Fah herangetroffen und kopfüber hineingefallen. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Die Sommerausgabe des Berliner Wegweiser (Offizielles Fahrplandbuch der Großen Berliner Straßenbahn usw.) ist soeben erschienen und enthält außer den Fahrplänen der Straßenbahn die dem neuesten Stande entsprechenden Angaben sämtlicher Verkehrsmittel Berlins: Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, Omnibuslinien, Fernverkehr u. a. Außer einem vollständigen Straßenverzeichnis und sonstigen wissenswerten Angaben liegt dem Wegweiser ein übersichtlicher Pharusplan Berlin bei. Das Taschenbüchlein ist bei allen Straßenbahnbahnhöfen für den Preis von 25 Pf. zu haben.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr kam in der Friedenstr. 41 Feuer aus. Es brannten Spinde, Kleider, die Deckenverhüllung in einer Küche u. a. Der 1. Zug löschte die Flammen, der kurz vorher nach der Greifswalderstr. 194 alarmiert worden war. Der 20. Zug hatte am Spittelmarkt 13 und in der Niederwallstr. 20 zu tun. Dort brannten ein Treppendachstuhl,

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Verantw. gegenüber dem Publikum.

Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 27. April.
 Reg. Opernhaus. Carmen.
 Reg. Schauspielhaus. Die Nebenbemerin.
 Neues fgl. Opernhaus. 1001 Nacht.
 Deutsches. Das Wintermärchen.
 Kammerstücke: Frühlingserwachen.
 (Anfang 8 Uhr.)
 Lessing. Florian Gezer.
 Anfang 8 Uhr.
 Borzing. Fiddio.
 Neues Schauspielhaus. Gerthas Hochzeit.
 Berliner. Die Sittennote.
 Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimat.
 Schiller-Theater Charlottenburg. Traumulus.
 Anfang 8 Uhr: Wilhelm Tell.
 Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Am grünen Weg.
 Komische Oper. Reuzigerke Frauen.
 Zentral. Letzte Engers. Braunschicht.
 Westen. Die lustige Witze.
 Anfang 8 Uhr: Der Freischütz.
 Kleines. Heimkehr.
 Neues. Der Dieb.
 Residenz. Haben Sie nicht zu vergaßen?
 Lustspielhaus. Sufarenfieber.
 Deutsch-Amerikanisches. Ranzelle Nitouche.
 Thalia. Wo die Liebe hinwagt.
 Luitens. Eine offizielle Frau.
 Trianon. Bl. Jofette — meine Frau.
 Bernhard Rofe. Die Geier-Bally.
 Metropol. Der Teufel lacht dazu.
 Gebr. Herrnfeld. Ein verrücktes Hotel.
 Wintergarten. Cleo de Mérode.
 Apollo. Die Sittennote.
 Apollo. Der Triumph des Weibes.
 Apollo. Spezialitäten.
 Apollo. Was ist was Anderes. Spezialitäten.
 Apollo. Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Urania. Teubentrache 14/19.
 Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Schweden.
 Anfang 4 Uhr: Am Golf von Neapel.
 Sternwarte. Invalide. 57/62.
Ferdinand Bonn

Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Sittennote.
 Sonntag: Die Sittennote.
 Montag: Der Richter v. Salamea.

Neues Schauspielhaus

Sonnabend, den 27. April 1907:
Gerthas Hochzeit.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag mittig 12 Uhr: Raitnee der Tanzschule von Jadora Duncan.
 Abends 7 1/2 Uhr: Mit-Geidelberg.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Dieb.
 Morgen und folgende Tage:
Der Dieb.

Kleines Theater.

Zum 1. Male:
Heimkehr.
 Volksstück in 3 Akten v. Rudolf Hamel.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Kuckucksei. Abends 8 Uhr: Heimkehr.

Lortzing-Theater

Beilkenstr. 7/8.
 Sonnabend, den 27. April 1907:
Fidello.
 Anfang 8 Uhr.
 Abonnements gütlich
 Sonntag nachm.: Geschlossener Verein.
 Abends 8 Uhr: Der Mikado.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Zentral-Theater (Operette).

Abends 8 Uhr:
Der lustige Krieg.
 Operette in 3 Akten von J. Strauß.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
 Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und V. Weber.
 Robert de Trievin: Rich. Alexander.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Sommerpreise. Anfang 8 Uhr.
Am grünen Weg.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Nachmittags 4 Uhr:
Am Golf von Neapel.
 Abends 8 Uhr:
 Durch Dänemark und Schweden.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
 Anfang 8 Uhr.
Eine offizielle Frau.
 Schauspiel in 4 Akten v. J. Lehmann.
 Sonntag 3 Uhr: Eine offizielle Frau.
 8 Uhr: Trompeter von Säckingen.
 Montag zum 1. Male: Freie Liebe.
 Lebensbild in 4 Akten v. Morowik.

DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Abends 8 Uhr:
Die Grier-Wally.
 Morgen nachmittag bei halben Preisen: Der Trompeter von Säckingen.
 Abends: Die Geier-Bally.
 Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Fround. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
 Rauchen überall gestattet.
 Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heimat.
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Traumulus.
 Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Dörfel Herfisch.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.
 Montag, abends 8 Uhr:
Meloch. — Der zerbrochene Krug.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
 Große Extra-Vorstellung.
 Zum ersten Male:
Der Schuster als Millionär.
 Volksstück mit Gesang v. J. Schubert.
 Anf. 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Ball.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
 Sonntag, den 28. April 1907,
 abends 7 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
 Trauerspiel in 6 Akten v. Grillparzer.
 Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
 Kassenöffnung 6 Uhr.
 Vorverkauf von 10-1 Uhr.
 Montag: Kaiserin Maria Theresia und ihr Hof.

Folies Caprice

Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Kolossal Erfolg!
Eine Nacht in der Apotheke.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Berthelm.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 14/20. Täglich. Vor.
 Heute abend 8 Uhr:
Das große April-Programm.
 10 Pers. Geni Family 10 Pers.
 Circensische Spiele zu Verbe.
Grete Gallus
 Charakter-Soubrette.
 12 erstklassige Nummern 12.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Traumulus.
 Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Dörfel Herfisch.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.
 Montag, abends 8 Uhr:
Meloch. — Der zerbrochene Krug.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
 Nur noch kurze Zeit:
Hasson und Jenny
 Kugelläufer.
Alcide und Alberti
 fliegender Bambus.
Onkel Moritz
 Schwan!
 und 10 erstklassige Nummern.
Schluss der Saison:
 Dienstag, den 30. April 1907.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Präulein Jofette — meine Frau.
 Sonntag 3 Uhr: Der Hausfreund.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
 Anf. wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Reichshallen-Restaurant.
 Militär-Konzert.

Gustav Behrens-Theater.

Schöneberg-Berlin W. Golzstr. 9.
 Der Glou der Saison:
Der unfom. Chausseur
 mit seinem Auto.
 Die Goldamie!
 sowie die neuen Spezialitäten.
 J. Schütz die großart. Lust-Operette:
 Menschuckmann im Sündenpfl Berlin.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Steidl-

Theater- und Konzerthaus,
 Brückenstr. 2 (a. d. Rammer-Str.)
 Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.
Bureau Piepenbrink!
 III. Barocke von Feix Steidl.
 Tageskasse 11-2 Uhr.
 Im Restaurant täglich:
Gr. Dyburski-Konzert.
 Vorzügliche Küche!

Buggenhagen

Moritzplatz.
 Jeden Mittwoch u. Sonnabend:
Humoristisches Konzert
 und Freitanz.

Anton Bookers Ball-Salon

Habe noch Sonnabends und Sonntags Säle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.
Anton Booker, Weberstr. 17.
 T. N.: VII. Nr. 12414. 44262*

Englischen Unterrichts.

einzelu und im Zirkel, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
 Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Firma besteht seit 1880.

Für stärkste Herren mit Bauch stets passende Garderoben.

Achten Sie genau auf **No. 88**

Wollen Sie sich stets schick und elegant kleiden für wenig Geld. **Nur bei**

J. Grünberg, N., Chausseestr. 88

Abonnements und Monats-Garderoben.

Reederei Nobiling.

Morgen sowie alle Sonntage 9 Uhr früh, 2 1/2 Uhr mittags, mit Musik nach der **Berliner Schweiz** Zwiebusch Gosener Berge.
 Abfahrtsstelle: Restaurant Schultheiß, Rannowisbrücke.
 Preis hin und zurück 75 Pf., Kind 50 Pf. Rückfahrt 7 Uhr abends.
 Dampfer und Motorboote zu Ausflügen bereit zu haben.
 Aulante Bedingungen. Prospekte gratis. 2365

Castans Panopticum, 165, Friedrichstr. 165.

Keine Illusion:
:: Das lebende Wunder Miß Gabrielle ::
 Ohne Unterkörper geboren!
Kein Extra-Entree!

Dampfer-Extrafahrten mit Musik nach **Voigts Krampenburg (Berliner Alpen).**

Jeden Sonntag und am 1. Mai zur Waisefer.
Abfahrt in Berlin an der Waisenbrücke
 vorm. 9 1/2 — nachm. 2 1/2 Uhr; von Gede-Wien je 1/2 Stunde später.
 Fahrpreis hin und zurück 75 Pf. Am 1. Mai nur 50 Pf.
 Reederei L. Kahnt.

Wohin? machen wir unseren Frühjahrsausflug immer wieder?
 Zum alten Freund nach Pichelswerder!
 Es laßt uns ein Der Alte.

Blitz-Schnell

kommt man zu **Philipp Anstreicher,** Witticherstr. 82, Ecke Brandenburgstr.
Monats-Anzüge von 6 R. an, Monats-Paletots von 4 R. an, Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
 auch für forpulenten Herren passend.
 Dieselben sind von feinen Kadalteren und Keisenber, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.
 Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Korresse genau zu achten.

Soeben erschienen: 233/18*

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit
 von **Hugo Schulz**
 Der 1. Band liegt jetzt komplett vor.
 Er enthält 352 Bilder und Dokumente aus der Zeit und eine Beilage.
 Preis broschiert 5 R., in Leinen geb. 7 R., in Halbfranz geb. 8 R.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
 Linden-Strasse 69, Laden.

Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen **Jobs. Skorczyk, Berlin N. 58.**

Verkaufsstelle A. (Fernsprecher III, 5790, 5575.) **Schönhäuser Alle 144**

Verkaufsstelle B. **Badstrasse 67, Ecke Hochstr.**

Wichtige Einkaufsquellen für täglich frisch von Jung eintreffende:

Schellfische, Kabeljau, Seelachs, Seehecht, Rotzungen, Bratflundern, Knurrhahn etc.

Fischkarbonaden u. Fischkoteletten
 täglich frisch und bratfertig!

Genau: **Edelweiß** aus Schweden:

Rauchlachs in allen Preislagen, Spickhalet, Bücklinge, Sprotten, Flundern, Seehasen, Schellfische, Lachsheringe etc.

Hummer-Krabben u. Nordsee-Krabben tägl. frische Sendungen!

Fischkonserven: Rollmöpse, Heringe in Gelee, Bismarok-Heringe, Delik-Heringe, Anchovis, Appetit-Stid, Sardellen, Russ. Sardinen, Sardinen in Oel (feine Marken).

Lebende Aale, Schleie, Hechte, Barse, Plitzen etc.

95 Pfennig

Woche!

Lachmann & Scholz
76 Turmstraße 76

Viele von den Artikeln können nicht ergänzt werden, wenn das vorhandene Quantum vergriffen. Verkauf nicht an Wiederverkäufer!

Unser Verkauf ist bekannt als eine eigenartige Gelegenheit, gute Waren zu außergewöhnlich billigen Preisen einzukaufen!

- 1 Kinderkleidchen mit Tressen u. Samt garn., verschiedene Größen 95 Pf.
- 1 Rolltuch mit Bordüre 95 Pf.
- 3 Damast-Servietten, extra groß 95 Pf.
- 9 Tallienverschlüsse mit Fischbein, waschbar 95 Pf.
- 1 Tüll-Store, große Musterauswahl 95 Pf.
- 1 Herren-Yachtclub-Mütze m. Tuchschild 95 Pf.
- 1 Herren-Hut, weiche Form 95 Pf.
- 1 Hausschürze, blau u. rosa gestreift 95 Pf.
- 1 Haibröform, kariert oder gestreift 95 Pf.
- 1 Kaffeedecke, neue altdeutsche Muster 95 Pf.
- 6 Staubtücher 95 Pf.

Putzkasten mit Messerbrett, Putzstein, 95 Crème, Putzwasser u. Putztuch, zus. Pf.

- 3 Rollen Butterbrot- u. 3 Rollen Klosett-papier 95 Pf.
- 2 dekorierte Blumenvasen 95 Pf.
- 1 Kleiderriegel, extra stark, mit 5 Nickel-doppelhaken 95 Pf.
- 1 Fruchtschale mit Metallfuß 95 Pf.
- 1 Satz Kompottschalen und 1 Butterdose 95 Pf.
- 1 Gewürz-Etagère mit Tonnen 95 Pf.
- 6 Tischmesser 95 Pf.
- 1 Kaffeemühle und 1 Pfeffermühle 95 Pf.
- 1 große Bratenplatte 95 Pf.
- 1 große Gemüseschüssel und 1 Sauciere 95 Pf.
- 2 ovale Schüsseln 95 Pf.
- 4 große bunte Milchtöpfe 95 Pf.
- 1 Salz- und 1 Mehlreste 95 Pf.
- 1 großer Blumenkübel 95 Pf.
- 1 Kartoffelschüssel und 1 Salatförm 95 Pf.
- 12 Teller, tief und flach 95 Pf.
- 1 Damen-Hand- oder Kettentasche 95 Pf.
- 3 Paar Schweißsocken 95 Pf.
- 2 Paar Moccasocken 95 Pf.
- 3 Paar baumwollene Damenstrümpfe 95 Pf.
- 1 Macco-Herrenjacke 95 Pf.

- 1 bunte Reformschürze 95 Pf.
- 4 Paar stark platt. woll. Socken 95 Pf.
- 1 seidener Stoffgürtel 95 Pf.
- 1 Mtr. 16 cm breites Chiné-Band, sonst 1,65 M. 95 Pf.
- 2 Mtr. reinseid. Moiréband, ca. 10 cm breit 95 Pf.
- 1 Steh-Umlegekragen mit Krawatte 95 Pf.
- 1 Steh-Spachtelkragen und Manschette 95 Pf.
- 1 Barehend-Unterrock mit Eins. u. Spitze 95 Pf.
- 1 Bettvorleger, imitiert Perser 95 Pf.
- 1 Spachtelpasse, mod. Muster u. Façon 95 Pf.
- 1 großen Spachtel- oder Tüllkragen, Wert bis 2,65 M. 95 Pf.
- 4 St. eleg. franzö. Schleier, dicht getupft 95 Pf.
- 3 St. Clifton-Schleier 95 Pf.
- 1 Paar gewebte wollene Ringelstrümpfe 95 Pf.
- 4 Paar Satin-Schweißbl. m. holl. Gummi 95 Pf.
- 3 Paar Strumpfbänder mit Schleifen 95 Pf.
- 1 Paar elegante seidene Strumpfhalter mit Taffel-Schleifen 95 Pf.
- Kinder-Matrosenhut, blau-weiß oder weiß 95 Pf.
- Herren-Strohhat, jede Form 95 Pf.
- 1 Damenbeinkleid mit Spitze 95 Pf.
- 1 Untertaille mit Einsätzen 95 Pf.
- 1 Frotteerhandtuch 95 Pf.
- 1 seid. Damen-Krawatte mit Spitze besetzt 95 Pf.
- 2 seidene Lavalliers 95 Pf.
- 1 Damen-Gürtel, elegante Ausführung 95 Pf.
- 1 Pompadour mit Sprungbügel, schwarz 95 Pf.
- 6 Kissen-Einsätze mit Sprüchen 95 Pf.
- 3 Dreil-Handtücher 95 Pf.
- 1 Dtd. Taschentücher 95 Pf.
- 1 Damast-Tischtuch 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Blusenstoff 95 Pf.
- 1 weiße Tischdecke mit Franze und 2 Stück Taschentücher zusammen 95 Pf.
- 1 Filzstich-Komodendecke 95 Pf.
- 1 Vorleger, Axminster 95 Pf.

- 1 Ballschläger 95 Pf.
- 1 Uhrkette u. 1 Paar Manschetten-Knöpfe 95 Pf.
- 1 Brosche und 1 Paar Ohrringe 95 Pf.
- 1 Frisierlampe, 1 Krepp- u. 1 Tollenschere 95 Pf.
- 1 Paar Leder- oder Tachpantoffel mit Ledersohle 95 Pf.
- 1 Paar Kinderstiefel mit Ledersohle 95 Pf.
- 1 Markt Tasche, extra groß, mit durchgehenden Lederriemen 95 Pf.
- 1 Damenuhrkette und Kettenarmband 95 Pf.
- Küchentischdecke, Wandschoner, Spindstreifen, Leitungsschoner, Eimerspindeldecke, zus. 95 Pf.
- 1 Bluse in Waschstoff oder Samtflanell 95 Pf.
- Kostümrockstoffe (Neuheiten) per Meter 95 Pf.
- Reinseidene Blusenstoffe, moderne Must. 95 Pf.
- 1 Plättdecke 95 Pf.
- 3 Meter Hemdenbarchent 95 Pf.
- 1 Pfd. Schinkenspeck 95 Pf.
- 1/2 Pfd. Kaffee und 1/2 Pfd. Kakao 95 Pf.
- 3 Dosen Hering in Aspic 95 Pf.
- 1 Büchse Schoten, 2 Pfund 95 Pf.
- 1 Büchse Brechspargel, 2 Pfund 95 Pf.
- 1 Flasche Kognak oder 1 Flasche Rum 95 Pf.
- 1/2 Pfd. Kaffee und 2 1/2 Pfd. Zucker 95 Pf.
- 2 Pfd. Blat- oder Leberwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. feine Leberwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. Pr. Landleberwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. Pr. Fielschwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. Braunschweiger Mettwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. harte Zervelatwurst 95 Pf.
- 1 Dose Stangenspargel, 2 Pfund 95 Pf.
- 1 Dose Pflaumen, 2 Pfund 95 Pf.
- 1 Glas diverse Früchte 95 Pf.
- 1 Sandspiel 95 Pf.
- 1 Karren 95 Pf.
- 6 Bierbecher und 6 Untersätze 95 Pf.

- 1 Wasserkaraffe, 1 Rumkaraffe 95 Pf.
- 2 Visit-, 1 Kabinettrahmen 95 Pf.
- 2 Wandteller, neueste Umrahmung 95 Pf.
- Wichskasten m. Wichsbürste, Schmutz-u. Auftragsbürste, zusammen 95 Pf.
- 6 dekorierte Dessert-Teller 95 Pf.
- 5 Paar Tassen, bunt 95 Pf.
- 5 Speiseteller, tief und flach 95 Pf.
- Kongreßblätter, 1,50 Meter lang 95 Pf.
- 1 Leitungsschoner mit Beckenbehang 95 Pf.
- 1 Schlummerkissen mit Satinvolant 95 Pf.
- 2 Stück Leinwanddecken, 50x55 95 Pf.
- 1 Leitungsschoner und 1 Spindstreifen 95 Pf.
- 1 Klammer-Schürze 95 Pf.
- 1 Küchenhandtuch, rot od. blau garniert 95 Pf.
- 2 Fenstervorsetzer 95 Pf.
- 1 Kassette mit Briefpapier 95 Pf.
- 1 Poesie-Album 95 Pf.
- 1 Postkarten-Album 85 Pf.
- 1 Band Klassiker 95 Pf.
- 1 engl. garnierter Damenhut 95 Pf.
- 1 Strohhut-Fasson 95 Pf.
- 1 Rosenpique 95 Pf.
- 1 Blumenpique in allen Arten, für Damenhüte 95 Pf.
- 12 Stück Blumenseife, sortierte Gerüche 95 Pf.
- 13 Stück Hausselle, gelb oder blau 95 Pf.
- 1 Zerstäuber und 1 Flasche Parfüm 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter, imit. Nußbaum mit beweglicher Stange 95 Pf.
- 1 Zigarrenschrank mit Schnitzerei 95 Pf.
- 1 Toilettenhalter mit Leuchter, Spiegel, Aschschale, Feuerzeug und Rolle 95 Pf.
- 1 Necessair in Buchform mit Aufschrift und vollständigem Inhalt 95 Pf.
- 1 Zeltungsmappe und 1 doppelte Bürstentaste, geschnitten 95 Pf.

Turmstr. 76. **Lachmann & Scholz** Turmstr. 76.

Jeder Herr!!
ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!
S. Littmann
Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2
nahe Station Hochbahn Oranienstraße.

- Kein Kaufzwang. Ich offeriere:
- Feine Sommer-Paletots von Mk. 11,50 an
 - Elegante Herren-Anzüge " " 10,50 "
 - Feine Herren-Anzüge " " 12,00 "
 - Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge " " 14,50 "
 - Elegante Kammgarn-Anzüge " " 16,50 "
 - Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig " " 22,50 "
 - Hochfeine Einsegnungs-Anzüge " " 10,75 "
 - Elegante Stoff-Jackets " " 5,50 "
 - Feine Burschen-Anzüge " " 5,75 "
 - Elegante Herren-Stoffhosen " " 3,50 "
 - Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter " " 3,50 "
 - Elegante Radfahr-Anzüge " " 12,50 "
- Kein Kaufzwang.

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M. für 50 Pfg. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Restaurant Café Ruhwald.
Waltersdorfer Schlense bei Erkner.
Empfehle Vereinen, Gesellschaften, Fabriken usw. mein Lokal, bekannt als schönster Ausflug der Oberhavel, zu den herrlichsten Sand- und Waldpartien unter idealsten Bedingungen. Auch einige Sonnabende zu vergeben. — Avis! Dinnmellwörter, den 9. Mai nr.: Großes Schlachtfest. Spezialität: Frische Würst. Zwei neue verbedete Regalbahnen. — Um zahlreichen Zuspruch bitten! Fernsprecher Erkner Nr. 12. **Hermann Palm.**

Praktisch! Reinlich! Sparsam! 3866L*

Spiritus-Kocher

für Haus und Reise.
Centrale für Spiritus-Verwertung
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!



Unerreicht Wohlgeschmack

Heute offerieren und inserieren
Berliner Ringbrauereien:
Nach Aufhebung des Kundenschutzvertrages — Lagerbier das Liter zu 16 Pf. — und sind sogar so gütig, um die ringfreien Brauereien zu maßregeln und wirtschaftlich zu ruinieren, den Kunden, welche von diesen Brauereien beziehen, das Bier noch billiger zu liefern.

Wie seither verkaufe ich mein Lagerbier zu 15 Pf. pro Liter und bitte Bestellungen an Herrn **Gustav Pätzoldt**, Cuvrystr. 25, Telefon: Amt IV No. 3937, zu richten, welcher diese prompt ausführen wird.

Brauerei C. A. Müller
Potsdam.

Achtung!
Maurer-Anzüge
Arbeiter-Kleidg.
umgezogen n. d.
Brunnenstraße 158.
Gelber Laden.

Unternehmer zur Erbauung von Bauantennen gelucht. Angebote Lindemann, Ziegel, Hauptstraße. 279/8

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten, Gitschinerstr. 72**, Station im Hause. Haltstelle Bringenstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Diese sind von feinen Kavaliereu und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 44592*
Fahrgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wir empfehlen unseren Lesern die nachstehend bezeichneten Werke

Robert Schweichels
zur gefälligen Lesüre: 233/19

- Heimatlos, Roman. Preis pro Band statt 1 M. nur 40 Pf.
- Camilla, Roman.
- Der Wunderdoktor, Erzählung.
- Verloren, Eine Lebensgeschichte aus dem Volke.
- Der Schmuggler, Erzählung.
- Auf dem Krantwethof, Eine Geschichte aus den Alpen. Preis pro Band 50 Pf.
- Der Tenfeldmaler.
- Der Uhrmacher vom Lac de Joug, Roman. Preis pro Band statt 2 M. nur 60 Pf.
- Der Kutschwinger, Roman aus den preussischen Ostwäldern.
- Brigitte; Die Rose von Labanah, Zwei Erzählungen. Preis pro Band 1 M.
- Die Wildheuerin, Roman.
- Das weiße Kreuz in Ormont, Roman.
- Der Bildhauer vom Nchensee, Roman. Preis brosch. 2 M. geb. 3 M.
- Um die Freiheit, Geschichtlicher Roman aus dem Bauernkriege 1525. Preis 2 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68,
Lindenstraße No. 69, Laden.

10. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.

In der Vormittags Sitzung wird in die Tagesordnung der zum Statut vorliegenden Anträge eingetreten. Die Statistik über Arbeitslosigkeit und Krankheit soll als Broschüre herausgegeben werden.

Der erhöhte Beitrag soll ab 1. Juli 1907 erhoben werden.

Einige Redner traten für die Annahme dieser Anträge ein, während andere, darunter auch der Vertreter der Generalkommission, angesichts der Verhandlungen mit den Werkbesitzern davon abrieten, Anträge anzunehmen, die einem Festlegen auf die Arbeitsruhe gleichkämen.

Die Debatte endete mit der Annahme dieser Resolution:

Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Schiffszimmerer hat Kenntnis genommen von dem Aufruf des Parteivorstandes betr. die Meiseier und beschließt:

Angesichts der Gesamtsituation in Deutschland ist die Erklärung des Parteivorstandes ein richtiges Wort zur rechten Zeit

und empfehlen wir deshalb allen unseren Mitgliedern, in diesem Jahre von einer Arbeitsruhe am 1. Mai Abstand zu nehmen. Der Breslauer Delegierte bemerkte noch, daß in seinem Ort Verwickelungen aus der Beteiligung an der Arbeitsruhe nicht zu befürchten seien und daß in solchen Fällen den Zahlstellen Spielraum gegeben werden müsse.

Aus der Frauenbewegung.

Mutterschutz und Alkoholfrage.

In der letzten Versammlung des Bundes für Mutterschutz sprach Dr. phil. Helene Stöcker über „Unsere Gegner“. Sie führte u. a. aus: Man hat uns früher den Vorwurf gemacht, daß wir die uneheliche Mutter mit einem Glorienschein umgeben hätten.

Dr. Otto Juliusberger sprach über „Die Alkoholfrage“. Fast die Hälfte aller Krankheiten und Verbrechen seien auf Konto des Alkoholmißbrauchs zu setzen.

Die meisten Gehirnverletzungen seien Folgen des Alkoholmißbrauchs. Die Syphilis sei, von einem tüchtigen Arzt behandelt, fast immer heilbar, aber es müsse vollständige Enthaltensamkeit geübt werden.

In der Diskussion wandte sich Fräulein Schreier gegen die Ansicht, daß nur der Arbeiter dem Alkohol frönd. Sie verstände unter Alkohol auch Wein und Champagner.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. April, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Eingang Büdenstraße, Saal 109: Versammlung, freireligiöse Vorlesung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. C. S. 29 Hamburg. Filiale Baumhulienweg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant von Wwe. Kleinmager, Baumhulienstr. 67: Mitgliederversammlung.

Witterungsübersicht vom 26. April 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Ranksen, Wien, Saparanda, Bielefeld, Selm, Überden, Paris.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. April 1907.

Zeitweise heiter, aber noch kühl und veränderlich bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Wasserstand am 26. April. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden + 16 Sp. — Elbe bei Magdeburg 2,72 Meter. — Oder bei Rathbor 2,64 Meter. — Oder bei Breslau + 0,02 Meter. — Oder bei Briesg 3,14 Meter. — Reihemündung 2,72 Meter.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestraße 70-71.

Von Sonnabend, den 27. April bis Mittwoch, den 1. Mai cr. inkl. so lange Vorrat:

Sonder-Angebot

in Glas * Porzellan * Emaille.

Parfümerie und Seifen

- Harzkernseife hell . . . Riegel 5 Stück 40 Pf.
Stein's Waschkraft ist bestes Seifenpulver, 6 gr. Pak. 90 Pf.
Weiße Flieder-Seife reine Fettseife 45 Pf.
Harzkernseife dunkel, ca. 2 Pfd. . Riegel 50 Pf.
Vaselin-Seife ca. 125 gr Stück 9 Pf.
San Remo-Veilchenseife i. eleg. blauer Packg., 3 St. 50 Pf.
Palmöl-Oberschale sehr trocken, ca. 2 Pfd. Riegel 60 Pf.
Lanolin-Seife ca. 150 gr. 3 Stück 48 Pf.
Bay-Rum Kopfwasser, vorzüglich bewährt zur Entfernung der Schuppen, Flasche 48 Pf.

Von Sonnabend, den 27. April so lange Vorrat.

Kolonialwaren

- Pflaumen Pfund 50 40 30 25 18 Pf.
Gemischtes Backobst Pfund 60 40 Pf.
Ringäpfel Pfund 40 Pf.
Pflaumen, entsteint Pfund 40 Pf.

ZUCKER 5 Pfund 90 Pf.

Gebraute Kaffees Mischung IV III II I 90 1.10 1.30 1.50

bis Dienstag, den 30. April cr. so lange Vorrat.

- Deutsche Maccaroni 1 Pfund-Paket 33 Pf.
Maccaroni Schwalbe 1 Pfund-Paket 44 Pf.
Maccaroni v. Knorr 1 Pfund-Paket 40 Pf.
Kunst-Honig 2 Pfund-Dose 80 Pf.

- Pa. Apfelsinen . . Dutzend 30 35 45 60 Pf.
Pa. Blut-Apfelsinen . . . Dutzend 35 48 Pf.

- Zitronen Dutzend 25 33 40 Pf.
Pa. Ananas Pfund 68 Pf.

- Pa. Himbeersaft garantiert rein — Pa. Kirschsaff
1/2 Flasche . 85 Pf. 1/2 Flasche . 45 Pf.

Fleischwaren

- Schinkenspeck Pfund 90 Pf.
Westfälische Salami in Rinddarm . . 1.45 M.
Westfälische Schlackwurst in Rinddarm . 1.45 M.
Westfälische Schinkenwurst 1.10 M.
Westfälische Bratwurst 85 Pf.
FF. Leberwurst Pfund 95 Pf.
Landleberwurst 85 Pf.
Fleischwurst 92 Pf.
Rotwurst 50 Pf.
Zwiebel-Leberwurst 50 Pf.
Berliner Mettwurst Pfund 70 Pf.
Braunschweiger Mettwurst 92 Pf.
Jagdwurst 1.00 M.
Fetter Speck 75 Pf.
Magerer Speck 80 Pf.

Kassler Rippespeer Pfund 0,80

Braten-Schmalz . . . Pfund 0,58

Im Erfrischungsraum: Eine Tasse Schokolade mit Schlagsahne und Kuchen 10 Pf.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Hercules tragen. Kleiner Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stoff gearbeitet. Sehr feste Rappnähte. Daßbarste Mittel-Teile. Große Hüden umsonst. Die Hercules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Gadett „Edison“, schblau Körper oder Dreif 2 M. 65
 Monteur-Hose „Edison“, schblau Körper oder Dreif 2 M. 25
 Manchester-Polen 10,50, 5 M. 75
 Gestirt. Manchester-Gadett 19,—, 10,50
 Kales-Mittel 3,—, 2,50, 2 M. 25
 Rehauser-Mittel (Braum) 3,—, 2 M. 50
 Weiße Lederhosen 4,50, 3 M. 50
 Stoffreiner-Ärmel, blau, 5 M. 50
 Weiße Jodetts für Freizeite, Reiner Konditor, Röcke usw.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
 Chausseest. 24a/25, Brückenstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Haupt-Katalog gratis und franko.
 Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 39542*

Wer will Geld

Sparen, kauft 46333*
 Monatsanzüge . . . 9,00 M.
 Abonnementanzüge . . . 12,00
 Pfandleihanzüge . . . 10,50
 Parteanzüge . . . 12,00
 Gehrockanzüge . . . 14,00
 Anzüge, Ersatz f. Maß, 19,00
 Paletots . . . 9,00
 Hosen . . . 2,00

Zentral-Keller, Berlin 50., Neanderstraße 35.
 3 Min. von Stadtb. Jannowitzbrücke, an der Köpenickerstraße.
 — Straßenbahn - Vergütung. —

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand aufgedruckt.

Groß. Lager in Kleidung f. starke Herren

Hochelegante Rock-Anzüge

aus modern karierten und gestreiften Stoffen
 N. 28, 38, 38, 42, 45, 48.

Jackett-Anzüge

aus dauerhaft modern. Stoffen in vornehmster Verarbeitung für jede Figur in tausendfacher Auswahl fertig am Lager
 N. 18, 22, 26, 30, 38, 36, 40, 45

Anfertigung nach Maß in eleganter Ausführung, tadellos sitzend, zu billigen Preisen.



Frühjahrs-Paletots in allen Preislagen.

Heitinger & Co.

Berlin 50., nur Oranienstr. 40-41.
 Deutsche Compagnie.

Preis-Kurant gratis und franko.

Was ist Reise-Cheviot?

Ein eleganter Ausstattungsstoff in modernen edlen Farben, reine Schafwolle, unzerbrechlich, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Direkter Versand nur guter Stoffarbeiten zu Anzügen, Paletots, Hosen bei billigen Preisen. Jeder genaue Vergleich übertrifft. Was über 1000 Dostorten liegen Kaufbestellungen u. Empfehlungen vor. Verlangen Sie Muster portofrei zur Ansicht. Wilhelm Postkes in Düren 226 bei Aachen.

Vornehme Maß-Anfertigung.

Vornehme tadellose Maßarbeit

aus nur guten ausgeprobten Stoffen und Zutaten
 liefert nur die längst für gut und reell bekannte Firma

Leske & Lehrer,

78 Kottbuser Damm 78.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Ir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen. Ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis vermerkt.

Original-Inserat. Nachdruck verboten.

Um eine tadellos gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir des großen Andrages wegen, uns Pfingstbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl an prachtvollen Stoffneheiten des In- und Auslandes ist unerreicht dastehend.

Sämtliche Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt.

Vornehme Maß-Anfertigung.



Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung
 liefert elegante, fertige Herren-Moden

Kreuz für Mass. Mass-Anfertigung. höchste Verarbeitung. Garantie tadellos. Sitz.

J. Kurzberg
 An der Jannowitzbrücke 1, I. Direkt am Bahnhof.



Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben

Größt für Maß. Anfertigung nach Mass. Tadellos. Ausführung.

Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Gr. Frankfurterstr. 37, II. Eingang Bernauerstr. Weg.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Abet-niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Käuferhof. +1

Steppdecken billig Groß Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Käuferhof. +1

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Quedlinburger Markt 4, Bahnhofstraße. 255/2*

Gardinen, Portieren, Tischdecken, Wanddecken, Schürmatten spottbillig. Pfandleihhaus, Köpenickerplatz 7. 29468*

Steppdecken spottbillig, fabric Große Frankfurterstraße 60. 21678*

Gastrosen, Petroleumlampen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Vorlagenerstraße 32 (Bahn-Verbindung Warschauerstraße), Melnitzerstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigoldi, Kaiser Friedrichstraße 247.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36. 23958*

Fahrräder, Teilsahlungen, Anbaustrasse 20, Schillerstraße 40.

Pfänderverkauf. Sommerpaletots, Jackettanzüge, Raucherregende, Bettententent, Gardinenverkauf, Ausbrennerische, Teppichverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. [*

Bederbetten. (schöne dreie, Stand 20 Mark, auch sämtliche Möbel einer großen Wohnung verkauft Dresdenstraße 38, vorn II links. 83/6*

Singerringe! (edellos, 20,00, Alexanderstraße 12, Vogelhandlung).

Wandteiche! Hermannplatz (schön, staumend billig Verkaufspris). Verkaufener Pfänderverkauf, Bettententent, Vermietungsbett, Bettstühle, Waschtische, Teppichverkauf, Steppdecken, Wärendentent, Schürmatten, Gardinenverkauf, Sommerpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge. +115*

Kollegen! Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Stephanstraße 43. +77*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, fracht von 2,50, (sonst für fortwährende Figuren. Neue Garderobe zu staumend billigen Preisen, aus Pfandleihen verkaufte Sachen kauft man am billigsten bei Kauf. Puladstraße 14. 2006*

Teppichhaus Emil Lebere, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extrakt gratis. 22118*

Misch-Landregain, reichgeleitet 2,35, Wert 5 Mark. Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lebere, Oranienstraße 158. Inventurliste gratis.

Rein! Rein! 300 Hochwald-Kleiderzellen, Eggersdorf bei Strausberg, fünf Minuten vom Bahnhof, jeder Größe,ulant, besonders billig, ohne alle Konkurrenz, mitten im Walde, große Seen, Rennbahn, Telefon, elektrisch Licht, rege Bautätigkeit, herrliche gesunde Umgebung, nie wiederkehrend, täglich Terrain, auch Sonntags, aber Bahnhof Strausberg nur der bekannte Otto Roers, Schönhauser Allee 129. 2276*

Restaurations, Vergarten, Vereinszimmer, Wohnung, 2000 M., Brauerelände, guter Umsatz, verlässlich Adressstraße 68. +92*

Handelsgeschäft, Arbeitergegend, circa 5 Jahre im Besitz, wegen Grundstücks-Übernahme sofort verlässlich, Ertragreich Heuschützstraße 6, Restaurant Heilmann. +77*

Gebrauchte Steppdecken, Betten, Teppiche, Gardinen, Bilder, Spiegel, Remontiermaschinen, Regulatoren, Portieren, Stores spottbillig. Luke, Grünbergweg 113. 2216*

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Kleiderkabinett 27,00, Bettstellen, reelle Matratten 20,00, Truemein 30,00, billige Presse, große Auswahl, Möbel, Speiser Tischfeld, Kraußstraße 60.

Bederbetten 11,00, Tisch, Dresdenstraße 38. 756*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig, Sommer, Wienerstraße 51.

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, zurückgelehrt, aus feinsten Rohstoffen, 18—38,00, verkauft täglich, Sonntags, Deutsches Verlanbauhaus, Jägerstraße 63, I. *

Bestichte Preis-Fenstermängel 215, Wert 4,00, Inventur-Extrakt, Teppichhaus Lebere, Oranienstr. 158.

Nähmaschinen! Bergte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. +122*

Sommerpaletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Beugungsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Jägersfeldt, am Rosenhallerstraße 10, Fernsprecher Amt III 5117. 255/17*

Milchgeschäft zu verkaufen Rigoldi, Seehowerstraße 9. +116*

Vorjährige Herrenanzüge, Paletots, Hosen, neu nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufte Hälfte Rollenpreis, Grenzauerstraße 23 II, Alexanderplatz.

Waschbottelhaus! Inventurkassentocher! 3,00, Gefäßlose Spargassentocher! 5,00, Gasbadbadkissen 14,00, Gasbottelapparate! Gasbottelkissen! spottbillig, Bromegastromen! Gasunglampen! 9,00, Wollwäner, Wollwänertheaterstraße 32. 24158*

Teppichhaus Emil Lebere, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extrakt gratis. 22118*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig, Schneider, Karlsruherstraße 172. 22475*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, Reineffialen. 23638*

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16,00, Steppdecken billig Gudemersstraße 3, Wandteiche. +34*

Schuhgeschäft verlässlich, Leinet, Steinmetzstraße 12 III. 1895

Brennaborrader, Teilsahlungen, ohne Anzahlung, Heide, Danzigerstraße 95. 24388*

Damenjacketts, Paletots, Mäntel, Kostüme, Seidenröcke, Modellen, Reilmutter, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Bellealliancestraße 105. 24408*

Herrenrad, Glodenlager, Luxusmodell, sofort sehr billig, Hanel, Oranienstraße 25. 27917*

Herrenhüte, weich und Reif, Einzelverkauf zu sehr billigen Engrospreisen. Strohhüte in sehr großer Auswahl nur bei R. Schneidmühl, Polzmarstraße 34a, eine Treppe, Ecke Hindenburgstraße. 2295

Milchgeschäft, 150 Meter täglich, sofort verlässlich, Rigoldi, Seehowerstraße 25. 2306*

kein Laden! Nur I. Etage. Nach Inventur verkaufen wir zurückgelebene Rohstoffbestellungen, Stoffe und Rohstoffbestellungen. Anzüge und Paletots, Verkaufspreis 60—70 Mark, jetzt 30—40 Mark. Foh englische Anzüge, Verkaufspreis 80—100 Mark, jetzt 40—50 Mark. Wlahm u. Co., Friedrichstraße 212, I. 3313*

Herrenfahrrad (60), Damenfahrrad (45), hochsein Wienerstraße 37, Lokal. 2445

Niesentanzhosen, Hain 18, Rammier 12 und 25 Mark, Dredgeld 50—100 Pfennig. Lebens-, Kinder-, Selbstversicherungen. Kostenlose Aufnahmen. Baumgärtelweg, Baumgärtelweg 70, Baum. 24448*

Pianino, Kreuzgähig, 150,—, Turmstraße 8 I. (Vormärts-Telef. Kabell.) 24448*

Brennaborrader, hochlegant, jeden Preis. Geizlerstraße 25, III rechts.

Anzüge, Betten, Bettstühle, Leinwand, Decken, spottbillig Pfandleihhaus Köpenickerplatz 7. 24478*

Galbrenner, wie neu, jeden Preis, Panstraße 24a, parterre. +96

Herrenhüte in Filz, Stroh und Seide. Hüden, große Auswahl, billige Preise. Palm, Putzmaier, Oranienstraße 6. +7

Zigarrengeschäft verlässlich, bestes in der Gegend. Offerten unter 10.000 Pfennig Postamt 59 erbeten.

Herrenfahrrad, jeden Preis, Dronthelmerstraße 40, vorn, Wischke.

Parteilokal, sicherste Brotstelle, 1100 Miete mit Wohnung, Preis 2500 Mark bar, verkauft sofort Emil Graß, Bernauerstraße 21. 2355

Verschiedenes.

Vernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht lernbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Kindern wie Erwachsenen ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vormärts“ zu richten. 775*

Rixdorf, Eines Festhale, Anseherstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parteilokal (600 Personen), Sonntags Ball. 23888*

Kunststofferei von Frau Kolofsky, Charlottenburg, Gieselerstraße 84, I. *
Patentanwalt Bessel, Gieselerstraße 84. 9275*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichterbergerstraße 9, parterre. 83/4*

Rixdorf, Durchstation, zum Landsmann* (Anhaber Ed. Rixdorf), jetzt Geis Handwerkerstraße, Ecke Leisingstraße. +114*

Vollkammer-Gesellschaft, Gndrich-Verlag*, Fennstraße 1a. +93

Strohputzwerke. Hüden werden umgeformt. Palm, Putzmaier, Oranienstraße 6. +77

Obiges Festhale, Schwedterstraße 23/24. Habe noch einige Sommerende im Mai und Juni zu vergeben. Paul Obigo. +58

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietet Frau Jacoby, Kolbergerstraße 26, III.
Möbliertes Erdzimmer, großes, Badbenutzung, Gas, Baumgärtelweg, Trojanstraße 6 II links, direkt am Bahnhof. 1076

Schlafstellen.
Schlafstelle, (schönes) Kurzimmer, zwei Herren, Reichbergerstraße 84, III links. 2165*

Möbliertes Schlafstelle, zwei Herren, Seif, Koloberstraße 19, vorn I. +77

Möblierte Schlafstelle für einen, auch zwei Herren. Frau Schröder, Simphonstraße 27, Verlängerte Köpenickerstraße. 2345

Möblierte Schlafstelle, vorn, Herrn. Holmannstraße 1, Riemah.

Möblierte Schlafstelle für Damen Rixdorf, Schönheiderstraße 16 bei Rabe.

Schlafstelle für zwei junge Leute Prinzessinnenstraße 7, vorn IV rechts.

Kammer für Herrn mit Bett, Dröfeler, Rigoldistraße 13, vorn.

Separate Schlafstelle vermietet Runge, Naumnstraße 31. 2436

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht alleinige Schlafstelle, Nähe Gdrtler Bahnhof. Offerten mit Preisangabe erbeten C. R. Expedition Kaufplatz. +7

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Münder Schuhmacher Mittel um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gdrtler, Puladstraße 27. 14658*

Stellenangebote.

Jebermann wird schnellstens zum erstklassigen Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Günstigste Erfolgschance. Größter Stiefmachpreis gratis. Große Reparaturwerkstätten. Lehrpläne kostenlos. Autotechnikum „Berlin“, Wilmersdorf, Hildbergstraße 13, bedeutendstes Lehrinstitut Deutschlands. Von Behörden bevorzugt. 279/4*

Kochensänger Sterbefälle sucht Vertreter. Generalagentur Ludowikstraße 5. 223/4*

Selbständige Geldschrankbauer verlangt Kaufmann, Adeniderstr. 114.*

Kunstschlosser, selbständiger Arbeiter, sofort nach außerhalb in dauernde Stellung gesucht. Sonntag 10—12 Uhr. Rasberg u. Co., Alie Talobstraße 20/22, Ausgang 7.

Grundbesitzer und Verkäufer verlangt Max Leonhard, Goldbleitenfabrik, Weihensee, Leberstraße 88.

Ausreicher für Tisch und Stühle sofort gesucht. Ruhn, Kaufbörser Straße. 2376

Selbständige Kolonnenführer auf Wendeltreppen sofort gesucht. Dreggoff u. Schmidt, Reinickendorf, Hauptstraße 25/29. 2496

Ein Verhältnissen für Musterlager wird verlangt Ritterstraße 83 I.

Notenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Wittenwälderstraße 6. 33/9*

Wäschenehemer bei hohem Lohn verlangt Dornit, Rosenheide 78.

Mädchen zu zwei Kindern (jüng und sechs Jahre alt) für einen kleinen Haushalt gesucht. Frau Swienty, Sedanstraße 67, III, Schönberg.

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

FABRIQUE d'INSTRUMENTS de PRECISION (S. A.)
 (vormals: H. Mühlenbrück, Ingr.) sucht gute und tüchtige 201/17*

FEINMECHANIKER.

Offerten ans Bureau in Lausanne.
Tüchtige Zivillrockschneider finden sofort und dauernde Beschäftigung nach 1. Tarif, Reisegeld nach Uebereinstimmung. 40512*

George Bartling & Söhne, Kiel, Holtenstr. 23.

Holzbildhauer

werden sofort nach Kopenhagen gesucht. Off. 529 an Nordisk Ansoosbureau, Kopanahen.

Tüchtigen Schrifthauer

sucht A. Scherhag, Schlesberg, Stolonenstr. 42. 2488

Lith. Maschinenmeister

für große Schnellpresse sofort verlangt. Herren, denen ein angenehmer Stellung gelegen, wollen sich persönlich bei uns vorstellen. 2336

Albrecht & Meister, Köpenickerstr. 37.

Perfekte Tailleurarbeiten werden sofort bei hohem Gehalt gesucht. Kaufhaus des Westons, G. m. b. H. Eingang Passauerstr. 40/41, III. Etage.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Die Sperre über die Firma Kaufmann Wilhelm Meinte, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 206, und dem Töpfermeister Heinrich Runge, Berlin, Poligstraße 33, besteht so lange, bis sie an dieser Stelle aufgehoben wird. Sollte den Kollegen bekannt werden, daß Meinte oder Runge einen Vau anfragen, so ist uns dies sofort zu melden.
 Die Verbandsleitung.